

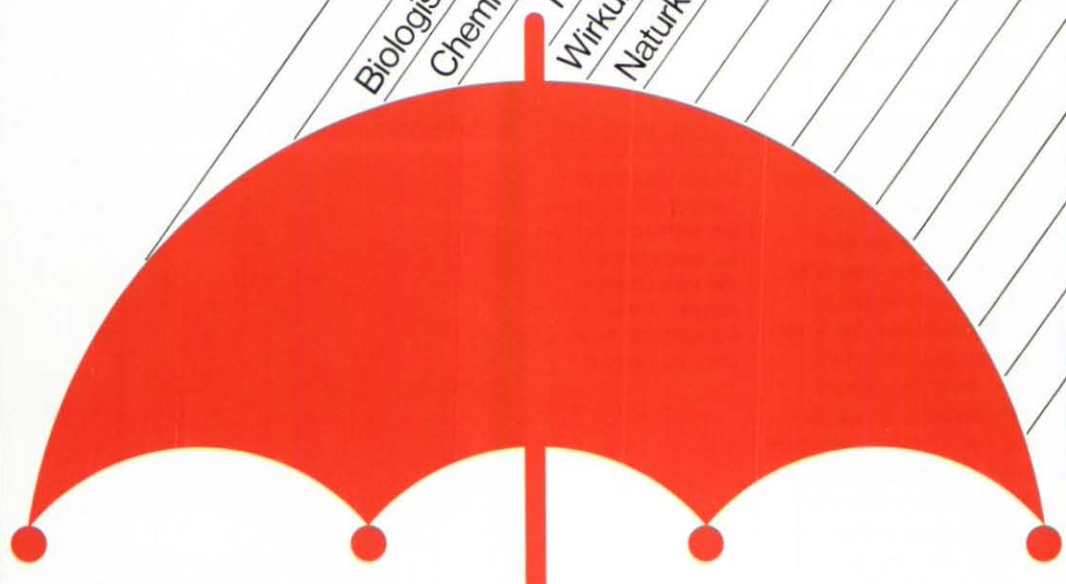


# MAGAZIN

zeitschrift für zivilschutz, katastrophenschutz und selbstschutz

**6'79** Juni

*Biologische Kampfmittel · Biologische Ka*  
*Chemische Kampfmittel · Chemische Ka*  
*Radioaktiver Niederschlag · Radio*  
*Wirkungen von Atomwaffen · Wirkunge*  
*Naturkatastrophen · Naturkatastrophen*



Selbstschutz  
 Warndienst  
 Schutzraumbau  
 Katastrophenschutz  
 Gesundheitswesen  
 Schutz von Kulturgut

# ZIVILSCHUTZ



# „Maidonner“ rief 600 Helfer auf den Plan

Große Katastrophenschutzübung bei Gummersbach – OKD mit dem Ergebnis zufrieden

Unter dem Codenamen „Maidonner“ wurde in Dieringhausen bei Gummersbach eine der größten Katastrophenschutzübungen der letzten Jahre durchgeführt. Man nahm an, daß durch mehrere Gasexplosionen die Kreisberufsschule teilweise zerstört worden war. Über 200 Schüler und Lehrer, die sich in dem Gebäude befanden, waren durch einstürzende Mauern verschüttet, dabei schwer verletzt oder getötet worden. Betonplatten hatten auf der Zufahrtsstraße mehrere Fahrzeuge mit Insassen zertrümmert.

Bereits sechs Minuten nach Auslösung des Katastrophenalarms traf der Gummersbacher Notarztwagen an der Unglücksstelle ein. Kurz darauf trafen Polizei und die ersten Feuerwehrgewagen und zwei weitere Notarztwagen ein. Über Funk waren inzwischen alle umliegenden Krankenhäuser alarmiert und deren Rettungsdienste angefordert worden. Mitarbeiter des Gaswerkes sperrten die Hauptleitung. Die Feuerwehren begannen sofort mit der Brandkörperbekämpfung, die Besatzungen der Notarztwagen versorgten die Schwerverletzten.

Ständig trafen weitere Helfer an der Unglücksstelle ein. 156 Helfer des DRK, 63 vom THW, 52 Feuerwehrlaute, 30 vom MHD, 39 Schutzpolizisten, 19 Kriminalbeamten und 20 von diversen Rettungsdiensten. Nahe dem Einsatzort formierte sich die technische Einsatzleitung unter Führung von Oberkreisdirektor Dr. Fuchs und Kreisbrandmeister Günther Koch. Eine Stunde nach der Alarmierung kamen zwei Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes, um die Verletzten in die Krankenhäuser zu überführen. An allen Stellen wurde der Ernstfall bis ins Detail geprobt: Sieben Schminkegruppen des DRK sorgten für ein wirklichkeitsgetreues Bild der Verletzten, für das THW waren eigens Betonmauern errichtet worden, die es zu durchbrechen galt, um die Verletzten zu bergen.

Freilich ging die Übung, die von allen als erforderlich bezeichnet wurde, nicht ganz reibungslos über die Bühne. So wurden beispielsweise die Verletzten der Reihe nach und nicht nach der Schwere ihrer Verletzungen geborgen, auch gab es Schwierigkeiten beim Parken der Einsatzfahrzeuge – einige Wagen wurden derart zugestellt, daß sie weder vor noch zurück konnten, schließ-

lich identifizierte die Kriminalpolizei statt acht „Toten“ insgesamt 15. Auch war zwischen Gummersbach und Dieringhausen nur eine Telefonstandleitung geschaltet worden, was zu einer hoffnungslosen Überlastung des Funkverkehrs führte. Auch die Koordinierung der verschiedenen Hilfsorganisationen ließ Wünsche offen. Aber solche Probleme

bleiben bei der Größenordnung dieser Übung nicht aus und nicht zuletzt sollen Einsätze dieser Art ja die Schwachstellen in Alarmplänen und Abläufen auch zeigen. So beurteilte denn auch der OKD die Übung als die bestgelungene auf Kreisebene und dankte den knapp 600 Personen für ihre Beteiligung.

**Die Berufsschule in Dieringhausen wurde in dicke Qualmwolken gehüllt, um die Gasexplosionen in der Schule zu verdeutlichen.**



**Helfer des THW hatten die Aufgabe, verletzte Schüler und Lehrer, die von einstürzenden Mauern verschüttet wurden, zu bergen.**



**Zu der Übung wurden auch Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes angefordert, die die Verletzten in die Krankenhäuser transportieren sollten.**





# MAGAZIN

6/79



## Impressum

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz Eupener Straße 74, 5 Köln 41  
Telefon: (02 21) 4 98 81

## Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz  
Das „ZS-MAGAZIN“ erscheint monatlich

## Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

## Redaktion:

Jochen von Arnim  
Helmut Freutel  
Ulrike von Gimborn  
Erich W. van gen Hassend  
Dr. Evelyn Henselder

## Grafik und Layout:

Jan Peter Lichtenford  
4020 Mettmann

## Druck, Herstellung und Vertrieb:

A. Bernecker,  
Postfach 140, 3508 Melsungen  
Tel.: (0 56 61) 80 86; Telex: 09-9960

## Anschrift der Redaktion:

Eupener Straße 74, 5 Köln 41  
Postfach: 450 247, Ruf (02 21) 4 98 81

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.  
Abonnement vierteljährlich DM 8,40,  
jährlich DM 33,60.

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind 6 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum Schluß eines Kalender- vierteljahres erfolgen. Sie muß bis spätestens an dessen erstem Tag beim Vertrieb eingehen. Bestellungen beim Vertrieb.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

## Inhalt

### „An der Spitze steht der Zivilschutz“ 9

Eine Übersicht über den Haushalt der zivilen Verteidigung in den Jahren 1969 bis 1979.

### „Zivilschutz unterm Regenschirm“ 12

Jürgen W. Möllemann überreichte die Preise zum BVS-Plakatwettbewerb.



### „Zwei Untersuchungen – zwei interessante Ergebnisse“ 14

Schutzwerkerhebung in Straubing und Allensbacher Umfragen waren Themen einer Informationsveranstaltung des BZS.

### „Kinder als Helfer hinzugewonnen“ 17

Ausstellungseröffnung „Kinder malen Katastrophen und Selbstschutz“.

### „„Hol über‘ mit unsinkbaren Pontons“ 20

500 Kölner THW-Helfer überprüften technische Möglichkeiten und Ausbildungsstand.



### „Als in Niederbayern die Lichter verlöschten“ 22

Erfahrungen aus dem Einsatz der Instandsetzungszüge des THW zur Unterstützung der Energieversorgungsunternehmen.

### „Wasser – lebensnotwendig“ 23

Die Sicherung der Trinkwasserversorgung im Rahmen des Wassersicherstellungsgesetzes.

### „Das Minimagazin“ U 3

In diesem Monat: Erste Hilfe ist wichtig.



UMSCHAU

### Schweres Unglück auf Bahnübergang

Beim Zusammenstoß eines Tanklastzuges mit einem Personenzug auf einem unbeschränkten Bahnübergang in der Nähe von Winkelhaid bei Nürnberg ist der Fahrer des Tankwagens in seinem Führerhaus verbrannt. Die beiden Lokomotivführer wurden schwer verletzt. Die Höhe des Schadens konnte noch nicht ermittelt werden. Unser Bild zeigt den völlig ausgebrannten Tankwagen und den schwer beschädigten Personenzug.



### Vereinte Nationen gaben Briefmarken für die UNDRO heraus

Der UNDRO – United Nations Disaster Relief Organisation – sind vier Briefmarken gewidmet, die die Postverwaltung der Vereinten Nationen herausgegeben hat. Die UNDRO ist die Hilfsorganisation der UNO für die internationale Katastrophenhilfe. Wie üblich erscheinen die Marken in zwei verschiedenen Währungen, nämlich in amerikanischen Cents und Schweizer Franken. Es wurden grafisch zwei unterschiedliche symbolische Darstellungen gewählt mit der englischen Inschrift „UNDRO gegen



Katastrophen“ und französischer Beschriftung „UNDRO im Fall der Katastrophe“ (vgl. Abbildung).

### Bayern: nur 22 Betten für Strahlenopfer

Weil die bayerische Staatsregierung eine Anfrage des SPD-Landtagsabgeordneten Dr. Andreas Schlittmeier zum Thema „Hilfe bei Strahlenschäden“ in dem üblichen Zeitraum nicht beantwortet hat, stellte der Abgeordnete mit sieben weiteren Fraktionskollegen einen Antrag an die Regierung, der laut Aussage des Landtagspräsidenten der detaillierteste und umfangreichste bezüglich Strahlenschäden ist, der bis jetzt eingereicht worden ist. Darin heißt es: „Der Landtag wolle beschließen: Die bayerische Staatsregierung wird er-

1. die Liste der „Ermächtigten Ärzte“ laufend zu ergänzen, vierteljährlich neu zu erstellen, darin jeden Arzt anzumerken, ob er sich uneingeschränkt zu Hilfeleistungen bei Strahlenschäden – auch durch Kernkraftwerke – ausdrücklich bereit erklärt hat, und diese Listen unaufgefordert mindestens an alle bayerischen Gesundheitsämter, Krankenhäuser und Kliniken, ärztlichen Kreisvereine und sonstigen ärztlichen Standesorganisationen und Katastrophenschutzorganisationen und -leiter zu übersenden;
2. für das Gebiet jeder Reaktoreinheit jährlich wenigstens eine Katastrophenschutzübung durchführen zu lassen;
3. die notwendigen Mittel bereitzustellen, um die Strahlenabteilung am Schwabinger Krankenhaus (Internationales Zentrum zur Hilfe bei Strahlenschäden) von bisher zwölf auf 25 Betten auszubauen und die personelle Besetzung mit wenigstens einem zur Hilfe bei Strahlenschäden ausgebildeten Arzt rund um die Uhr – gegebenenfalls durch Rufbereitschaft – staatlicherseits sicherzustellen;

4. für die Durchführung von Kurz- oder Wochenendlehrgängen zur Schulung von Ärzten in der Umgebung von Reaktoreinheiten (Kernkraftwerken) zur Hilfe bei Strahlenschäden zu sorgen;

5. ein Merkblatt „Erste Hilfe bei erhöhter Einwirkung ionisierender Strahlen“ zu erstellen und an die Bevölkerung in der Umgebung von möglicherweise strahlengefährlichen Einrichtungen zu verteilen und über Zeitungsinserate zusätzlich publik zu machen;

6. bis zum 30. Oktober 1979 dem Landtag einen Bericht zu erstatten, ob und in welchen Abständen, regelmäßig oder nur sporadisch Studenten, Lehrpersonal, Ärzte, ärztliches Hilfspersonal, strahlengefährdete und besonders strahlengefährdete Personen der Kategorien A und B (Strahlenschutzverordnung § 67 u. a.) von ermächtigten Ärzten untersucht werden und welche Strahlenschäden bisher bekannt wurden.“

Das Fazit der Antwort nach monatelangen Recherchen auf seine erste Anfrage schilderte der SPD-Abgeordnete der „Süddeutschen Zeitung“ so: „Die Antwort ist ehrlich und entspricht dem unzureichenden Stand der Hilfsmöglichkeiten bei schweren Strahlenschäden, besonders bei einem Störfall in einem Kernkraftwerk.“ Es sei erschütternd, wenn die Staatsregierung 13 Jahre nach Inbetriebnahme des ersten kommerziell genutzten Kernkraftwerkes in der Bundesrepublik, Gundremmingen, jetzt offiziell zugeben müsse, daß „der gewünschte, umfassende strahlenmedizinische Dienst noch nicht (voll) durchführbar“ sei, weil die Ausstattung mit speziellen medizinischen Meßgeräten zu wünschen übrig lasse und auch Fachpersonal nicht in genügender Zahl zur Verfügung stehe. Aus diesem Grund könne z. B. das Schwabinger Krankenhaus in der entsprechenden Abteilung noch immer nicht rund um die Uhr besetzt werden. Bei Reaktorunfällen nach Dienstschluß wäre demzufolge nur eine begrenzte medizinische Hilfe möglich.

Einen unhaltbaren Zustand findet Schlittmeier auch, daß es zur Zeit in Bayern nur 22 Krankenbetten zur Spezialbehandlung strahlenverseuchter Patienten gebe, nämlich zwölf in München, zwei in Nürnberg, vier in Landshut und vier in Passau. Deshalb sei es dringend notwendig, daß allein in München die Zahl der Spezialbetten von zwölf auf 25 erhöht werden müßte. Außerdem müßte die Schulung des ärztlichen Personals wesentlich verbessert werden. Das Merkblatt der Regierung „Erste Hilfe bei erhöhter Wirkung ionisierender Strahlen“ reiche mit 500

Exemplaren nicht aus, allen in Frage kommenden Ärzten Hinweise an die Hand zu geben. Er meinte: „Heute haben nicht einmal die ärztlichen Kreisvereine oder die Ärzte in der Umgebung von Kernkraftwerken dieses Merkblatt.“

Auch von der Einlagerung der Kaliumjodidtabletten hält der Abgeordnete nicht besonders viel, da es zweifelhaft sei, ob die Tabletten rechtzeitig nach einem Störfall an die betroffene Bevölkerung abgegeben werden können.

### **Böschung des Elbe-Seiten-Kanals abgesackt**

Eine defekte Wasserleitung, die in die Böschung des Elbe-Seiten-Kanals zwecks Berieselung der Pflanzen bei Wendisch-Evern eingelassen war, soll schuld daran sein, daß Anfang Juni die Böschung absackte und eine darüber führende Straße mit in die Tiefe gerissen wurde. Inzwischen wurde der vorsorglich eingestellte Schiffsverkehr wieder aufgenommen, da das Kanalbett offenbar nicht in Mitleidenschaft gezogen worden war.



### **Großfeuer neben Atomreaktor**

Katastrophenalarm mußte in der Nacht zum 12. Mai in Garching bei München ausgelöst werden: Nur 100 Meter neben dem Forschungsreaktor der Technischen Universität München brach in einem dreistöckigen Laborgebäude ein Brand aus, der schnell um sich griff. In dem Gebäude, das zur physikalischen Abteilung gehört, lagerten zehntausende Heliumflaschen, mit verflüssigtem Helium gefüllt, und ein Stickstoffbehälter. Es herrschte größte Explosionsgefahr. Bereits wenige Minuten nach Entdeckung des Brandes war die Garchinger Feuerwehr zur Stelle, weitere Unterstützung wurde angefordert. Insgesamt 17 Feuerwehren aus Stadt und Landkreis München, der ABC-Zug des Landkreises, Polizei, das Technische Hilfs-

**Mehr als zehn Stunden brauchte die Feuerwehr, um den Brand in einem Laborgebäude neben dem Atom-Reaktor in Garching zu löschen. Die Löscharbeiten erwiesen sich als äußerst schwierig, da akute Explosionsgefahr durch im Gebäude gelagerte Heliumflaschen bestand.**



werk und das Rote Kreuz trafen kurz darauf an der Unglücksstelle ein. Die Bekämpfung des Brandes war äußerst schwierig. Spezialtrupps drangen mit schwerem Atemschutzgerät in das Gebäude ein und stellten fest, daß keine radioaktive Strahlung vorhanden war.

Nach sechs Stunden hatte man das Feuer unter Kontrolle und zog die Löschmannschaften wegen der Explosionsgefahr ab. Mit einem Hubschrauber wurde Spezialmunition für Scharfschützen eingeflogen, um die Heliumflaschen anzuschließen, damit das Gas langsam ausströmen sollte. Doch in der Zwischenzeit gelang es einem Spezialtrupp der Universität, die Behälter zu bergen und den Stickstoff über ein Ventil abzulassen. Das Labor, in dem die radioaktiven Stoffe in Form von Beta-Gamma-Strahlern in metallischer Form lagerten, wurde vom Feuer nicht erfaßt. Die Institutsleitung teilte mit, daß die Gefahr einer radioaktiven Verseuchung nicht bestanden habe, da mindestens 800 bis 1000 Grad Hitze notwendig sind, um die Radioaktivität freizusetzen.

Trotzdem wurden alle nur möglichen Vorsichtsmaßnahmen ergriffen, um auch das letzte Körnchen Unsicherheit zu beseitigen. Der Reaktor wurde abgestellt, das Gelände systematisch von Spürtrupps abgesucht und selbst das Löschwasser auf Radioaktivität untersucht. Die Brandursache dürfte möglicherweise bei einigen elektrischen Geräten zu suchen sein, die rund um die Uhr in Betrieb sind – Brandstiftung wurde ausgeschlossen.

Nach ersten Schätzungen liegt der Sachschaden zwischen fünf und sieben Millionen Mark. Einige Doktorarbeiten und wertvolle wissenschaftliche Aufzeichnungen wurden ein Raub der Flammen. Bis auf einen Feuerwehrmann, der sich bei den Löscharbeiten

eine Kniescheibe brach, kamen keine Personen zu Schaden. Nach mehr als zehnstündigen Löscharbeiten konnte am Samstag in den Mittagsstunden „Feuer aus“ gemeldet werden. Dennoch blieb bis zum Abend eine Brandwache vor Ort, um immer wieder aufflackernde Brandnester zu löschen. Insgesamt waren 477 Helfer in Garching zusammengezogen, 89 Preßluftatemgeräte waren eingesetzt, 280 Flaschen wurden verbraucht.

Das „Atom-Ei“ von Garching ist der erste Kernreaktor in der Bundesrepublik und wurde bereits 1957 in Betrieb genommen.

### **Beschluß der Fraktionsvorsitzenden der CDU und CSU zum Schutz der Bevölkerung im Verteidigungs- und Katastrophenfall**

Auf der Konferenz der Fraktionsvorsitzenden von CDU und CSU in den Länderparlamenten am 11. Mai 1979 in Bremen wurde folgender Beschluß gefaßt: „Aktive Sicherheit beruht auf den beiden Elementen militärische Verteidigung und zivile Verteidigung. Miteinander verzahnt bilden sie das Konzept ‚Gesamtverteidigung‘.“

Das derzeit fast vollkommene Fehlen der zivilen Komponente entwertet nicht nur in ihrer psychologischen Wirkung mehr und mehr die Anstrengungen im Bereich der militärischen Verteidigung. Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland steht derzeit den Auswirkungen einer mit konventionellen wie mit atomaren Waffen geführten Auseinandersetzung schutzlos gegenüber. Dazu vier Beispiele:

● nur für ca. 3 v. H. der Bevölkerung

stehen Schutzplätze in Schutzräumen zur Verfügung;

- die medizinische Versorgung durch Fach- und Hilfskräfte ist nicht gewährleistet;
- die Lebensmittelbevorratung ist nur für weniger als 14 Tage gesichert, im Spannungsfall kann nicht auf EG-Interventionsbestände zurückgegriffen werden;
- die freiwilligen Hilfsorganisationen werden durch Unklarheiten bei der Aufgabenzuweisung und durch Verwaltungsvielfalt bei gleichzeitigem Mangel an Finanz- und technischen Hilfsmitteln in ihrer Effizienz in einem nicht erträglichen Umfang eingeschränkt.

Die verstärkten Anstrengungen im Ostblock auf dem Gebiet der Zivilverteidigung wirken in die Richtung einer Aufhebung des Gleichgewichts der Kräfte. Die zivile Verteidigung erhält dadurch ein besonderes Gewicht. Verstärkte Vorkehrungen im Zivilschutz unsererseits haben angesichts der chemischen, biologischen und naturgewaltlichen Gefährdungen des Lebens und der Lebensumwelt, darüber hinaus aber auch in Friedenszeiten, hohe Bedeutung.

Die Konferenz der Fraktionsvorsitzenden unterstützt daher den Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Bundestagsdrucksache 8/2295), mit dem die Bundesregierung aufgefordert wird, ein in sich geschlossenes Konzept ‚Gesamtverteidigung‘ zu erarbeiten und dem Bundestag zur Verabschiedung vorzulegen.

Die Konferenz sieht es als notwendig an, daß in allen Bundesländern Katastrophenschutzgesetze ständig auf ihre Wirksamkeit hin überprüft werden.

Im einzelnen fordert die Konferenz:

- „Bessere und umfassendere Information der Bevölkerung. Struktur und Arbeitsweise des Bundesverbandes für den Selbstschutz ist in diesem Sinne zu überprüfen, der aktive Selbstschutzgedanke mehr zu fördern;
- Erstellung von Rahmenrichtlinien, in denen die Organisation und Koordination der zivil-militärischen Zusammenarbeit auf allen Verwaltungsebenen von Bund und Ländern verbindlich geregelt ist;
- Einrichtung von federführend zuständigen Ausschüssen für die Zivilverteidigung in den Landes- und Kommunalparlamenten;
- Durchführung jährlicher Übungen im Bereich der Zivilverteidigung auf den verschiedenen Verwaltungsebenen

und Überprüfung der Übungsergebnisse. Das Führungspersonal der Zivilverteidigung muß seine Aufgaben für den Verteidigungsfall gründlich und sicher beherrschen lernen.

- Sicherung der lebens- und verteidigungswichtigen zivilen Objekte;
- Ausbau und Koordination der Warndienste;
- Überprüfung der Kompetenzabgrenzung zwischen Bund und Ländern bei der Förderung grundsätzlicher Schutzvorkehrungen, z. B. Schutzraumbau, Gesundheitssicherstellung, Nahrungsmittelversorgung. Besondere Aufmerksamkeit erfordern die Bereiche, in denen Katastrophenschutz und Zivilverteidigung ineinander übergehen;
- wirksamere Gestaltung der Zusammenarbeit der Katastrophenschutzorganisationen und Unterstützung der freiwilligen Hilfsorganisationen bei gleichzeitiger klarer Aufgabenzuweisung und ausreichender Finanzausstattung;
- Verwirklichung eines gezielten technischen Ausrüstungsprogramms, um die Verbände des Katastrophenschutzes so funktionstüchtig wie möglich zu machen.“

### **Arbeitsgruppe „Sicherheitsfragen“ der SPD tagte in Bremen**

An der zweitägigen sicherheitspolitischen Informationstagung der Arbeitsgruppe „Sicherheitsfragen“ der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag in Bremen nahmen als Gäste die BVS-Landesstellenleiter Franz Beiter (Hamburg) und Diethelm Singer (Bremen) teil. Durch einen Redebeitrag von Singer wurde das Thema „Zivilverteidigung“ – wenn auch nur am Rande – aufgeworfen. Graf Baudissin antwortete Singer auf seine Forderung nach Verstärkung der Zivilschutzmaßnahmen mit dem Hinweis: „Die friedensmäßige Nutzung der ZV-Maßnahmen ist auch bei der Darstellung gegenüber der Bevölkerung verstärkt in den Vordergrund zu stellen.“

### **Neuwahl des Hauptpersonalrates beim Bundesverband für den Selbstschutz**

Am 22. Mai 1979 wählten die hauptamtlichen Mitarbeiter des Bundesverbandes für den Selbstschutz ihren Hauptpersonalrat.

Insgesamt waren elf Personalratsmitglieder zu wählen, und zwar sieben

Vertreter für die Gruppe der Beamten und die der Arbeiter.

Für die nächsten drei Jahre werden folgende Personalratsmitglieder die Interessen der 934 Mitarbeiter des Verbandes vertreten:

#### **Gruppe der Beamten**

1. Reinhold Ehses, Verwaltungsamtmann – Bundeshauptstelle
2. Dahlstrom, Heinrich, Verwaltungsoberamtsrat – Bundeshauptstelle

#### **Gruppe der Arbeiter**

1. Günter Kober, Hausmeister – BVS-Schule Birkenfeld
2. Helga Breil, Hilfssachbearbeiterin – Landesstelle Bayern

#### **Gruppe der Angestellten**

1. Gerhard Straube – Dienststellenleiter Darmstadt
2. Konrad Weigl – Dienststellenleiter Weiden
3. Kurt Görlich, Sachbearbeiter – BVS-Schule Körtlinghausen
4. Günther Wermke – Dienststellenleiter Mannheim
5. Norbert Canaris, Leiter Fahrbare Schule – Saarland
6. Helmut Schneider – Dienststellenleiter Bayreuth
7. Hans Gregorius, Fachbearbeiter – Dienststelle Neunkirchen.

In der konstituierenden Sitzung am 5. Juni 1979 in Köln wählten die Personalratsmitglieder einstimmig folgenden Vorstand:

Vorsitzender: Gerhard Straube, stv. Vorsitzender: Heinrich Dahlstrom; weitere Mitglieder des Vorstandes: Helga Breil, Konrad Weigl und Helmut Schneider.

Der wiedergewählte Vorsitzende, Gerhard Straube, stellte BVS-Direktor Franke und Abteilungspräsident Schuch die Mitglieder des Personalrates vor. Direktor Franke beglückwünschte die Personalratsmitglieder zu ihrer Wahl und gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß die anstehenden Probleme auch weiterhin in vertrauensvoller Zusammenarbeit zum Wohle des Verbandes und seiner Mitarbeiter einer Lösung zugeführt werden können.

Der Vorsitzende wies in einer kurzen Ansprache darauf hin, daß man in der Vergangenheit bereits auch bei teilweise unterschiedlichen Auffassungen in der Lage war, offen und konstruktiv anstehende Sachfragen zu klären. Vordringlich, so der Vorsitzende, wird es für den neuen Hauptpersonalrat sein, bei der Umsetzung des Tarifvertrages vom 15. 11. 1978 und der Durchführung der Strukturänderung die Mitbestimmungsmöglichkeiten des Personalvertretungsgesetzes voll auszuschöpfen.

## **Selbstschutz – damit Hilfe kein Zufall bleibt!**

### **Hilfe per Knopfdruck**

Hilfe per Knopfdruck können in Zukunft alleinlebende ältere oder kranke Menschen mit einem neuen Kommunikationssystem herbeirufen. Die Entwicklung dieses „Haus-Notruf“ genannten Geräts wird vom Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) gefördert und in der Sozialstation des St.-Willehad-Hospitals in Wilhelmshaven erprobt werden.

Nach den Worten von Bundesforschungsminister Volker Hauff soll das Vorhaben dazu beitragen, die Entwicklungsfortschritte der modernen Kommunikationstechnologien auch im Bereich der Sozialpflege zur Verbesserung der Lebensbedingungen älterer oder aus anderen Gründen hilfsbedürftiger Menschen einzusetzen. Dies entsprechen die vorrangigen Ziele des Programms Technische Kommunikation. Das BMFT hat rund 2 Mio. DM für das Projekt bereitgestellt.

Das „Haus-Notruf“-System besteht aus einem Notrufgeber, den man ähnlich wie eine Armbanduhr ständig bei sich trägt und mit dessen Hilfe man von jeder Stelle seiner Wohnung aus durch einen einfachen Knopfdruck ein Notsignal absenden kann. Dieser Notruf wird von einer Zusatzeinrichtung zum Telefon empfangen, die automatisch eine Verbindung zur hilfeleistenden Stelle herstellt. Bei dem geplanten Feldversuch werden die Hilferufe zur Sozialstation des St.-Willehad-Hospitals in Wilhelmshaven geleitet. In der Sozialstation erscheinen dann auf einem mikroprozessorgesteuerten Bildschirmgerät automatisch die Adresse des Hilfesuchenden und mögliche Zusatzinformationen über seinen Gesundheits-

zustand, so daß unverzüglich und gezielt ärztliche Hilfe geleistet werden kann.

### **1980: Mehr Geld für zivile Verteidigung?**

Johannes Gerster, Bundestagsabgeordneter der CDU/CSU, stellte in Sachen Etaterhöhung der zivilen Verteidigung für das Jahr 1980 eine schriftliche Anfrage an die Bundesregierung, die in der Fragestunde des Deutschen Bundestages am 18. Mai von Staatssekretär von Schoeler beantwortet wurde. Gerster fragte: „Kann nach der Ankündigung des Bundesinnenministers auf einem F.D.P.-Parteitag, die zivile Verteidigung werde künftig verstärkt ausgebaut, damit gerechnet werden, daß die Bundesregierung für das Haushaltsjahr 1980 eine spürbare Erhöhung der Haushaltsmittel für den Einzelplan 36 vorschlagen wird?“

Staatssekretär Andreas von Schoeler: „Die Bundesregierung ist bemüht, die zivile Verteidigung auch im finanziellen Bereich nachhaltig zu fördern. Wie Ihnen bekannt ist, beträgt der Haushalt 1979 für die zivile Verteidigung 730,7 Mio. DM und enthält damit gegenüber 1978 eine Steigerung von 11,5 %. Da der Finanzplan bisher nicht fortgeschrieben wurde, ist die Erhöhung des Ausgaberahmens der zivilen Verteidigung für die Jahre 1980 ff. bisher noch nicht durchgeführt worden. Es muß daher im Rahmen der anstehenden Haushaltsverhandlungen für 1980 hierüber entschieden werden. Der Bundesminister des Innern wird sich in diesen Verhandlungen für eine angemessene Steigerung der Finanzausstattung der zivilen Verteidigung einsetzen.“

### **Wartung der öffentlichen Schutzräume**

Der Bundestagsabgeordnete Möllemann (F.D.P.) stellte eine schriftliche Anfrage an die Bundesregierung, wer für die Wartung der öffentlichen Schutzräume zuständig sei. Die Frage wurde von Staatssekretär von Schoeler in der Fragestunde des Deutschen Bundestages am 11. Mai beantwortet. Hier der Wortlaut der Anfrage Möllemanns: „Beabsichtigt die Bundesregierung, der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW)

oder einer sonstigen Organisation bzw. Institution den Schutzraumbetriebsdienst zu überlassen, der die aus Mitteln des Zivilschutzes erstellten Schutzbauten und ihre technischen Einrichtungen wartet und instand hält sowie im Bedarfsfall betreut?“

Dazu der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, von Schoeler: „Die Verwaltung und Unterhaltung öffentlicher Schutzräume obliegt den Gemeinden. Diese können örtliche Einheiten des Technischen Hilfswerkes oder anderer Organisationen des Zivil- und Katastrophenschutzes beauftragen, die Schutzbauten und ihre technischen Einrichtungen zu warten, instand zu halten und im Bedarfsfall zu betreuen.“

In mehreren Städten werden derzeit vom Bund geförderte Modellversuche für den Schutzraumbetriebsdienst durch das Technische Hilfswerk und kommunale Regieeinheiten durchgeführt.“

### **Günther Kautzky †**

Nach längerer Krankheit verstarb in Düsseldorf der frühere Landesbeauftragte der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk für Nordrhein-Westfalen, Dipl.-Ing. Günther Kautzky.

Als Kriegsteilnehmer und Heimatvertriebener – Kautzky stammte aus dem Sudetenland – kam er, nicht zuletzt durch starke Eindrücke während der Kriegszeit beeinflusst, schon in den frühen Aufbaujahren zum THW, wo er in der Arbeit im humanitären Bereich Befriedigung fand.

Seit 1956 war er in der THW-Leitung insbesondere für das Ausrüstungswesen und die Unterkunftsangelegenheiten zuständig. Hier hatte er erheblichen Anteil an den Grundlagenarbeiten, auf denen sich das THW später konsolidieren konnte.

Im Jahre 1965 wurde er zum THW-Landesbeauftragten für Nordrhein-Westfalen bestellt. In über dreizehnjähriger Tätigkeit galt sein erfolgreiches Bestreben dem Aufbau des größten THW-Landesverbandes, der Förderung der Ortsverbände und ihrer Helfer und Führungskräfte, bis er 1978 pensioniert wurde (siehe ZS-MAGAZIN 10/78).

Günther Kautzky fühlte sich stets dem Dienst am Nächsten verbunden und war Helfern und Mitarbeitern ein Kamerad.

## Über 270 Tote bei Flugzeugabsturz in Chicago



Beim bisher schwersten Flugzeugunglück in der Geschichte der USA sind Ende Mai mindestens 273 Menschen ums Leben gekommen. Die DC-10 der Fluggesellschaft American Airlines, die mit 271 Menschen an Bord von Chicago nach Los Angeles fliegen sollte, stürzte unmittelbar nach dem Start ab. Die 258 Passagiere und 13 Besatzungsmitglieder waren sofort tot. Auf einem Autofriedhof nahe der Absturzstelle starben zwei Männer in einem Lkw durch herabfallende Trümmer. Zu dem Unglück war es vermutlich gekommen, nachdem eines der drei Triebwerke abgebrochen war. Sämtliche Flugzeuge dieses Typs wurden nach dem Unglück überprüft und vorläufig nicht mehr im Flugverkehr eingesetzt, als die amerikanischen Behörden technische Risiken festgestellt hatten.

### CDU fragt nach der Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung im Spannungs- und Verteidigungsfall

Die CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete Dr. Becker (Frankfurt), Dr. Wörner, Dr. Dregger, Franke, Frau Dr. Neumeister, Frau Geier, Frau Karwatzki, Dr. George, Dr. Hammans, Gerlach (Obernaun), Frau Verhülsdonk, Höpfinger, Horstmeier und die Fraktion der CDU/CSU haben am 30. Mai 1979 eine Kleine Anfrage (Drucksache 8/2906) im Bundestag eingebracht, mit der die Bundesregierung nach der Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung im Spannungs- und Verteidigungsfall gefragt wird.

Der Abgeordnete Dr. Becker (Frankfurt) erklärte zu der Einbringung der Anfrage:

„In der breiten Öffentlichkeit wie auch in Fachkreisen, so auch auf dem Deutschen Chirurgentag in München, wird immer wieder die Frage aufgeworfen, inwieweit im Spannungs- und Verteidigungsfall eine ausreichende gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung und

der Streitkräfte gewährleistet ist. Es besteht weithin der Eindruck, daß weder entsprechende Maßnahmen noch in ausreichendem Umfang Einrichtungen für diesen Fall vorhanden sind. Aus diesem Grunde hält es die CDU/CSU-Bundestagsfraktion für erforderlich, von der Bundesregierung darüber Auskunft zu erhalten, wie sie die gegenwärtige Situation hinsichtlich der Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung im Spannungs- und Verteidigungsfall beurteilt.

Auch sollte sie darlegen, in welchem Umfang sie über Unterlagen und genaue Analysen für eine personelle und materielle Bedarfsfeststellung verfügt, um die gesundheitliche Betreuung der Bevölkerung im Spannungsfall ausreichend sichern zu können. Da bislang keine gesetzlichen Grundlagen für notwendige Maßnahmen im Spannungs- und Verteidigungsfall bestehen, wird die Bundesregierung nach Überlegungen in dieser Richtung gefragt.

Die Abstimmung hinsichtlich der Planung und Koordinierung von öffentlichen und privaten Einrichtungen des Gesundheitswesens ist sicherzustellen. Dies gilt besonders auch im Hinblick auf die Einsatzbereitschaft medizinischer Einrichtungen einschließlich der Verpflichtung nicht berufstätiger Personen des Gesundheits- und Veterinärwesens.

Von nicht unerheblicher Bedeutung für die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung im Spannungs- und Verteidigungsfall ist schließlich die Frage einer ausreichenden Versorgung der Bevölkerung mit gesundheitlich einwandfreien Lebens- und Arzneimitteln sowie mit medizinischem Gerät.

Unverzichtbar ist schließlich, daß eine besondere Koordinierung der Bedarfsplanung im ambulanten und stationären Bereich getroffen wird.

Mit dieser Anfrage soll ein Anstoß dafür gegeben werden, daß ohne weitere Verzögerung notwendige konkrete Maßnahmen für eine Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung im Spannungs- und Verteidigungsfall getroffen werden."

### EG-Kommission empfiehlt Strahlenschutzprogramm

Ein fünfjähriges Programm zur Erforschung der Probleme des Strahlenschutzes soll aus dem Etat der Europäischen Gemeinschaft mit 174 Millionen Mark unterstützt werden. Diesen Vorschlag hat die EG-Kommission jetzt

dem Ministerrat unterbreitet. Die Aktion ist für den Zeitraum von 1980 bis Ende 1984 als Forschungs- und Ausbildungsprogramm geplant. Im dichtbesiedelten Europa sei das Strahlenrisiko größer als in anderen Teilen der Welt. Die Erweiterung der wissenschaftlichen und technischen Kenntnisse würde den Gesundheitsschutz der Bevölkerung und der Arbeitskräfte gegen die Gefahren ionisierender Strahlung erhöhen.

### Bremen: Katastrophenschutzgesetz noch in dieser Legislaturperiode

Mitte Mai diskutierte die Bremische Bürgerschaft das Thema „zivile Verteidigung“. Über die Debatte schrieben die „Bremer Nachrichten“:

„Vor einer psychologischen Sperre steht jedermann, der Parlamentarier nicht minder, wenn die Themenkette Krieg, Katastrophen, Bunker, Schutzkeller auftaucht. Das wurde in der gestrigen Bürgerschaftssitzung von Rednern aller Fraktionen eingeräumt. Das Trauma aus dem Zweiten Weltkrieg wirkt fort. Dennoch, so formulierte es der FDP-Sprecher von Schönfeldt, dürfte das Problem nicht ‚wie eine verdrängte Schwangerschaft‘ behandelt werden. Die Halbherzigkeit habe dazu geführt, daß sogar die Sirenen-Signale in den Bundesländern verschieden gehandhabt werden.

Die Christdemokraten Kauffmann und Dr. Cassens hatten das Thema vor die Bürgerschaft gebracht, weil der Sachstandsbericht des Senators für Inneres vom 22. Februar, der der Deputation vorliegt, erhebliche Defizite aufweist. Cassens: ‚Man möchte die Hände über dem Kopf zusammenschlagen, so viele Mängel sind da.‘ Und dem Abgeordneten Kauffmann kam nach einem Schulbesuch angesichts der Ratlosigkeit der Schüler im Blick auf eine mögliche Katastrophe sogar ein Bibelwort in den Sinn: ‚Herr, wohin sollen wir denn gehen?‘ Schrittweise sollten für die Bevölkerung weitere Schutzräume geschaffen werden. Ihr Bau muß für jede künftige Schule zur Auflage gemacht werden, wünscht die CDU.

Dem SPD-Sprecher Armgort, der auf die relativ günstige Bunkerversorgung Bremens im Bundesvergleich hinwies, scheint nur durch eine bundesweite Kampagne eine Bewußtseinsänderung, und damit mehr Druck für Zusatzmaßnahmen, erreichbar. Durch Zuruf aus den SPD-Reihen wurde der CDU-Forderung zugestimmt, daß noch in dieser



Legislaturperiode ein Katastrophenschutzgesetz für Bremen verabschiedet werden müsse. Der CDU-Antrag mit ergänzenden Einzelforderungen wurde der zuständigen Deputation überwiesen."

### Zugunglück in Mainz



Bei einem Zugunglück im Mainzer Hauptbahnhof wurden rund 20 Reisende zum Teil schwer verletzt. Ein aus Wiesbaden kommender Nahverkehrszug war auf einen haltenden Zug aufgefahren. Dabei wurde der letzte Wagen des stehenden Zuges stark beschädigt, mehrere Insassen wurden eingeklemmt.

### Elf Verletzte bei Chlorgas-Unglück

Elf Menschen haben bei einem Chlorgas-Unglück in einer Stuttgarter Chemikalien-Großhandlung zum Teil schwere Vergiftungen erlitten. Nach den bisherigen Ermittlungen kam es zu dem Unglück, als im Untergeschoß der Firma Chlorbleichlauge umgefüllt werden sollte. Dabei lief vermutlich ein Teil der Lauge aus und kam mit einer Säure in Verbindung, so daß sich Chlorgas bildete. Nach Angaben der Behörden konnten noch am gleichen Tag acht Erwachsene bereits wieder aus dem Krankenhaus entlassen werden. Zwei Bürger und ein sechsjähriger italienischer Junge mußten weiter in den Kliniken bleiben und zum Teil auf der Intensivstation behandelt werden. Nach dem Unglück befanden sich Polizei, Feuerwehr und Rotes Kreuz mit über 100 Helfern und zahlreichen Rettungswagen rund eineinhalb Stunden im Großeinsatz. Das Gas war auch in der Umgebung der Firma deutlich wahrzunehmen – die Konzentration ging aber rasch zurück. Die Unglücksstelle wurde von der Polizei weiträumig abgesperrt.

### Notrufrufen für die Bürger

Das Städtische Amt für Zivilschutz in Münster hat eine Notrufrufen herausge-

geben, die Notrufnummern von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst, Notarzt, Krankentransport usw. enthält. Die Karten sind gelocht und sollen an das Telefonkabel angebunden werden, damit diese wichtigen Nummern jederzeit nachgesehen werden können. Es ist vorgesehen, die Karte mit der Ausgabe der neuen Telefonbücher allen Haushalten zuzustellen.

### CDU fordert besseren Schutz der Küsten

Ein Programm zum Thema „Sichere Schifffahrt – Schutz der Küste“ haben die Sozialausschüsse der Hamburger CDU erarbeitet. Die im Programm enthaltenen Forderungen sollen nach Abstimmung in der Partei, im Landesparlament, im Bundestag und auf europäischer Ebene durchgesetzt werden. Im Vordergrund steht der Katastrophenschutz im Hinblick auf Tankerunfälle sowie die Erhaltung der bundesrepublikanischen Handelsflotte. Zur Bekämpfung der Ölkatastrophen regen die CDU-Sozialausschüsse vorbeugende Maßnahmen wie eine geschlossene Sicherheitskette im Seeverkehr der EG-Wirtschaftszone und vorsorgliche Maßnahmen für den Ernstfall – etwa eine europäische Katastrophenschutz-Flottille – an. Außerdem sollte noch in diesem Jahr bei einer Großübung in der Nordsee der Ernstfall geprobt werden.

### Wörner für Verbesserung der zivil-militärischen Zusammenarbeit

Zu Fragen der zivil-militärischen Zusammenarbeit nahm in einem Gespräch mit Vertretern der Bundeswehr der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages, Dr. Manfred Wörner (CDU), ausführlich Stellung. Der Katastrophenschutz müsse politisch den Stellenwert erhalten, der seiner Bedeutung für das Überleben der Bevölkerung in Gefährdungslagen aller Art entspreche. Dies gelte auch hinsichtlich der Bewertung der Hilfsorganisationen, ohne deren selbstlosen Einsatz unter den bestehenden Gegebenheiten überhaupt kein Katastrophenschutz möglich wäre. Der Grundgedanke des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes aus dem Jahre 1968, nämlich die Schaffung eines einheitlichen Katastrophenschutzes als Basis eines funktionstüchtigen Zivilschutzes, sei nach wie vor richtig. Wie bisher müsse daran festgehalten

werden, daß die politische und damit auch die finanzielle Verantwortung für den erweiterten Katastrophenschutz voll beim Bund verbleibe.

Die Arbeitseffektivität und Kooperationsmöglichkeit der Hilfsorganisationen sei durch klare Aufgabenzuordnung und Einbindung in das Gesamtverteidigungskonzept zu verbessern. Die seit Jahren bestehenden Mängel in der Organisation, im Verwaltungsvollzug des Katastrophenschutzgesetzes und insbesondere in der Ausrüstung und der Ausstattung der Einheiten müssen endlich innerhalb eines zeitlich sinnvollen Zeitraumes abgebaut werden. Insbesondere könnte als Neukonzeption für den Katastrophenschutz ein Soldat als Berater in die kommunale Verwaltung versetzt werden. Er wäre sachlich hervorragend geeignet, die zivile und die militärische Zusammenarbeit optimal zu gestalten.

Abschließend bemängelte der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, daß das Wissen und das Verständnis der Bevölkerung und der politisch Verantwortlichen über Fragen der Gesamtverteidigung infolge Fehlens einer breit abgestützten Aufklärung über Möglichkeit und Gefahr eines Krieges und seiner Auswirkungen sehr gering sei. Es komme darauf an, die sicherheitspolitische Aufklärung auf allen Ebenen zu betreiben.

### Atombunker in Kohlenbergwerk?

Ein interessantes Angebot machte die Preussag-AG der Stadt Ibbenbüren: Das Westfeld der Ibbenbürener Schachanlage, in dem am 30. Juni die letzte Kohle gefördert wird, könnte in einen riesigen Zivilschutzraum umgewandelt werden. Dazu Bergwerksdirektor Ulrich Kropp: „Da paßt ganz Ibbenbüren rein.“ Man könne mit verhältnismäßig geringen Mitteln diesen Raum weiter nutzen. Vorerst seien nur einige Druckschleusen nötig. Auch die Gebäude der Schachanlage könnten von der Stadt übernommen werden. Gebäude und Grundstück wären unter Umständen als Städtischer Bauhof zu nutzen, der bestehende Wetterschacht könnte zur Klimatisierung des Schutzraumes umfunktioniert werden.

### Nordrhein-westfälische CDU: Mängel im Katastrophenschutz

Die CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag hat einen umfangreichen

Antrag eingebracht mit dem Titel: „Lage der zivilen Verteidigung im Land Nordrhein-Westfalen“. Dazu schrieb der „Bonner Generalanzeiger“: „Sowohl im zivilen Katastrophen- wie im militärischen Ernstfall ist der Schutz der Bürger in Nordrhein-Westfalen nicht ausreichend gewährleistet. Diesen Verdacht hegt die CDU-Opposition im Düsseldorfer Landtag, wie der Abgeordnete Helmut Loos gestern vor der Presse erläuterte. Es fehlt an vielem. Das ist deutlich geworden – sowohl bei der Schneekatastrophe in Niedersachsen und Schleswig-Holstein wie auch bei der Wintex-Cimex-Nato-Stabsrahmenübung“, erklärte Loos weiter.

Nach seinen bisherigen Feststellungen sei der Zivilschutz in NRW bislang ausgesprochen stiefmütterlich behandelt worden. Mangelhafte Ausstattung mit veralteten und zum Teil kaum funktionsfähigen Fahrzeugen, Kompetenzwirrwarr zwischen zivilen und militärischen Stellen sowie das Fehlen von Übungen, in denen das Zusammenspiel geübt werden müsse, waren seine schwersten Vorwürfe.

In einem Antrag will die CDU-Opposition daher eine ‚schonungslose Offenlegung‘ der Situation des Zivilschutzes in NRW.

Loos räumte ein, daß dieser Bereich im wesentlichen in die Verantwortung des Bundes falle, doch müsse das Land immer da, wo ‚es nicht klappt, auch finanziell in die Bresche springen‘, erklärte der Abgeordnete.

Loos bemängelte im einzelnen weiter, daß beim Bau öffentlicher Einrichtungen, wie zum Beispiel von Schulen, nicht ausreichend Schutzräume oder Notkrankenhäuser mit eingeplant worden seien. In diesem Zusammenhang will die CDU auch wissen, ob beispielsweise im Ernstfall eine gegenseitige Information ziviler und militärischer Führungsstellen nicht möglich sei, weil die Funkgeräte nicht aufeinander abgestimmt seien. Loos bemängelte ferner die Geheimniskrämerei in den öffentlichen Verwaltungen, die sich nicht einmal von gewählten Abgeordneten in die Karten sehen ließen, wenn diese sich über mögliche Vorkehrungen zum Schutz des Bürgers informieren wollten.“

Das nordrhein-westfälische Innenministerium veröffentlichte nachstehende Stellungnahme: „Der friedensmäßige Katastrophenschutz in Nordrhein-Westfalen ist in Ordnung. Nachdem dem Landtag darüber bereits in der Ausschußsitzung für innere Verwaltung am 22. 3. 1979 auf 31 Schreibmaschinenseiten ausführlich berichtet worden

ist, sind seitdem Fragen zu diesem Thema nicht mehr gestellt worden. Das erklärte der nordrhein-westfälische Innenminister Dr. Burkhard Hirsch am Montag, dem 28. Mai 1979, in Düsseldorf zu dem Antrag der CDU-Landtagsfraktion ‚Lage der zivilen Verteidigung im Land Nordrhein-Westfalen‘. Wie Minister Dr. Hirsch weiter erklärte, ist der Zivilschutz ein Teilgebiet der zivilen Verteidigung, die in die alleinige Kompetenz des Bundes fällt. Die Länder führen lediglich die vom Bund angeordneten Maßnahmen im Wege der Auftragsverwaltung durch.

Der Ausbau des Zivilschutzes ist nach der Verfassungslage abhängig von den Mitteln, die der Bundestag für diesen Aufgabenbereich bewilligt. Im vergangenen Jahr stellte der Bund für die zivile Verteidigung insgesamt 9,- DM pro Kopf der Bevölkerung, davon für den erweiterten Katastrophenschutz 2,70 DM pro Kopf der Bevölkerung zur Verfügung. Im Land Nordrhein-Westfalen standen für seine friedensmäßige Verantwortung im Feuerchutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz 27,60 DM pro Einwohner zur Verfügung.

Minister Dr. Hirsch vertrat die Meinung, daß der Frieden den besten Schutz für die Bevölkerung darstelle. Er setze ständige Anstrengungen und eine zielbewußte Entspannungspolitik voraus. Die von der CDU in ihrem Antrag geäußerte Sorge berechtige zu der Hoffnung, daß sie ihre Bestrebungen gegen die Entspannungspolitik der Bundesregierung abzubauen bereit sei.“

### „Die Welt“: viel zu wenig Wartungspersonal für Hamburger Schutzräume

Als einen „Skandal“ wertet die Hamburger Tageszeitung „Die Welt“ die Tatsache, daß es in Hamburg zwar Schutzräume für 11 000 Menschen gebe, aber keine ausgebildeten Bedienungsmannschaften. Wörtlich heißt es: „Für rund 20 Millionen Mark zusätzliche Bau- und Ausrüstungskosten sind beim Bau der City-S-Bahn drei Bahnhöfe – Jungfernstieg, Stadthausbrücke, Reeperbahn – zu Zivilschutzanlagen ausgebaut worden: Unterirdische Schutzräume für 11 000 Menschen für den Fall, daß Hamburg von Kriegsausinandersetzungen oder einer Katastrophe heimgesucht wird. Aber es sind keine ausgebildeten Bedienungsmannschaften da, die die komplizierten technischen Anlagen in den Bunkern im Notfall schnell in Betrieb setzen

könnten! Es fehlt sogar an Haushaltsmitteln und an Personal, um die Schutzräume ausreichend in regelmäßigen Abständen zu warten! Ganze fünf Mitarbeiter im Bezirksamt Mitte, davon einer ausschließlich für Reinigungsarbeiten, sind derzeit für die Betreuung von insgesamt 21 Bunkern im Bereich Mitte zuständig und einsatzfähig. Der Probebetrieb eines Großbunkers pro Jahr – wie zuletzt während der Notunterbringung von Reisenden während der Schneekatastrophentage – hat den Zeitaufwand für die Inbetriebnahme deutlich gemacht: Drei Stunden für den Bunker Steintorwall/Hachmannplatz. Und das unter Nicht-Verteidigungsfall-Bedingungen und mit Unterstützung von Kräften der Johanniter-Unfall-Hilfe . . . Bezirksamtsleiter Jungesblut meint, daß es nicht genügt, neue Bunker in die Obhut der Bezirksämter zu stellen, sie aber nicht zugleich personell für die Funktionstüchtigkeit auszustatten. Innerhalb von drei Jahren sind allein im Bezirksamt Mitte drei Großbunker übergeben worden – ohne daß es eine Veränderung im Personalbestand gab. Ein Thema, mit dem sich wohl kurzfristig auch der Senat beschäftigen müßte!“

### Feuertreppe am „Langen Eugen“

Der „Lange Eugen“ bekommt einen schlanken Bruder zur Seite gestellt. Jede Nacht wird die Feuertreppe an der Rheinseite des Abgeordnetenhochhauses um vier Meter länger. Ende Juni waren 55 Meter erreicht. Und in der ersten Juli-Woche soll der 11,5 Millionen Mark teure Fluchtturm für die Volksvertretung auf seine volle Höhe von 109 Metern geklettert sein. Das ist nur möglich, weil die Beton-Spezialisten in zwei Schichten im sogenannten Gleitverfahren rund um die Uhr arbeiten.

Kritische Bürger könnten sich verunsichern fragen, warum denn überhaupt zehn Jahre nach Fertigstellung des Abgeordneten-Silos eine Feuertreppe angebaut werden muß. Hat die Bundesbaudirektion die Fluchtwege schlichtweg vergessen? Dem ist nicht so. Wegen der Raumknappheit des Bundestages ist der Abgeordnetenturm meist überbelegt. Und nach neueren Brandschutzgutachten sollen die Fluchtwege für einen Notfall nicht ausreichen. Das Sicherheitstreppehaus wird mit allen Geschossen des Hochhauses durch Übergänge verbunden und dient in erster Linie als zusätzlicher Fluchtweg.

Oberamtsrat Georg Müller, Bundesministerium des Innern

Die finanziellen Aufwendungen des Bundes im Spiegel der Statistik

## An der Spitze steht der Zivilschutz

Eine Übersicht über den Haushalt der zivilen Verteidigung in den Jahren 1969 bis 1979

Die zivile Verteidigung findet in letzter Zeit sowohl im politischen Raum als auch in der Bevölkerung eine seit langem nicht mehr beobachtete Aufmerksamkeit. Diese Tatsache sollte Anlaß sein, einmal Bilanz zu ziehen über die finanzielle Situation der zivilen Verteidigung in den vergangenen zehn Jahren.

Die Bundesrepublik Deutschland hat für den Bereich der zivilen Verteidigung im Zeitraum von 1969 bis 1979 insgesamt 6 Milliarden 102 Millionen DM Finanzmittel im Bundeshaushalt bereitgestellt. Die Haushaltsmittel für die zivile Verteidigung sind wegen des Sachzusammenhangs in einem besonderen Einzelplan zum Bundeshaushalt, dem Einzelplan 36, zentral veranschlagt und werden von den Bundesministern des Innern; für Wirtschaft; für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten; für Verkehr; für das Post- und Fernmeldewesen; für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau sowie für Arbeit und Sozialordnung bewirtschaftet.

### 94 Prozent für den Zivilschutz

Der größte Teil des Finanzvolumens, und zwar 4 Milliarden 811 Millionen DM (= 79 % der gesamten ZV-Mittel), entfällt auf den ZV-Bereich des Innenministers (Bundesamt für Zivilschutz, Akademie für Zivile Verteidigung, Bundesverband für den Selbstschutz); 4 Milliarden 525 Millionen (= 94 % der ZV-Ausgaben des BMI) sind davon für Zwecke des Zivilschutzes ausgegeben worden.

Den übrigen mit ZV-Aufgaben

### Haushalt für die zivile Verteidigung – Einzelplan 36 – von 1969 bis 1979

Insgesamt von 1969–1979 etatisiert  
– BMI-Bereich  
– übrige ZV-Ressorts  
(davon Zivilschutz)

**6 Mrd. 102 Mio. DM**  
4 Mrd. 811 Mio. DM (79 %)  
**1 Mrd. 291 Mio. DM (21 %)**  
4 Mrd. 525 Mio. DM = 74 %

#### ZV-Fachbereiche des BMI im einzelnen: u. a.

Erweiterter Katastrophenschutz  
Technisches Hilfswerk  
Hilfsorganisationen für Erste-Hilfe- und Schwesternausbildung  
Schutzbaumaßnahmen  
Warn- und Alarmdienst  
Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit (Arzneimittelbevorratung und Herrichtung von Hilfskrankenhäusern)  
Schutz von Kulturgut  
Bundesamt für Zivilschutz (Personal- u. Verwaltungsausgaben)  
Bundesverband für den Selbstschutz  
Akademie für zivile Verteidigung  
Wasserwirtschaftliche Vorsorgemaßnahmen (aus Programm für Zukunftsinvestitionen von 1977–1979 insgesamt 100 Mio. DM)

1 Mrd. 513 Mio. DM  
221 Mio. DM  
172 Mio. DM  
442 Mio. DM  
780 Mio. DM  
250 Mio. DM  
21 Mio. DM  
693 Mio. DM  
483 Mio. DM  
11 Mio. DM  
225 Mio. DM

#### ZV-Bereiche der übrigen Ressorts: u. a.

ZV-Maßnahmen beim Bundesminister für Wirtschaft  
– Bauliche und technische Anlagen im Bereich der Elektrizitäts- und Gasversorgung –  
ZV-Maßnahmen beim Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten  
– Bevorratung von Lebensmitteln im Rahmen der Zivilen Verteidigungsreserve (ZVR), Aufklärung über freiwillige Bevorratung –  
ZV-Maßnahmen beim Bundesminister für Verkehr  
– Maßnahmen zum Schutz der Anlagen der Verkehrsverwaltung, Betriebssicherheit der Verkehrsfernmeldenetze, Ersatzübergangsverkehr, Nothäfen, Bevorratung von Bau- und Betriebsstoffen –  
ZV-Maßnahmen beim Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen  
– Sicherung der Nachrichtenverbindungen, Umgehungs-, Vermessungsanlagen, Netzersatzanlagen –  
ZV-Maßnahmen beim Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau  
– Forschungs- und Erprobungsmaßnahmen auf dem Gebiet des baulichen Zivilschutzes –  
ZV-Maßnahmen beim Bundesminister für Arbeit (Kosten für Vorbereitungsmaßnahmen zur Durchführung des Arbeitssicherstellungsgesetzes)

44 Mio. DM  
400 Mio. DM  
446 Mio. DM  
371 Mio. DM  
20 Mio. DM  
10 Mio. DM

befaßten Ressorts standen 1 Milliarde 291 Millionen DM (= 21 %) zur Verfügung. Die Ausgaben für den Zivilschutz von 1969 bis 1979 von 4 Milliarden 525 Millionen

DM liegen bei 74 % der Gesamtausgaben für die Zivile Verteidigung, (vgl. Tab .1). Der Haushalt der zivilen Verteidigung betrug 1969 = 432 Millionen DM (1962 dagegen

= 786 Mio. DM). Dieser Trend konnte 1970 mit einem Haushalt von 436 Mio. DM beendet werden. In den Folgejahren konnten die Finanzmittel deutlich erhöht werden.

Die Steigerungen kamen fast ausschließlich dem Zivilschutz, und hier insbesondere dem Katastrophenschutz, zugute.

● ZV-Haushalt 1969 = 432 Mio. DM, davon 297 Mio. DM (= 69 %) für den Zivilschutz.

● ZV-Haushalt 1974 = 584,5 Mio. DM, davon 410 Mio. DM (= 70 %) für den Zivilschutz. Weitere 18 Mio. DM konnten zusätzlich dem Zivilschutz aus dem Konjunkturprogramm zur Verfügung gestellt werden.

### Die Sparbeschlüsse von 1975

Ab 1975 blieb infolge der allgemeinen Verknappung der Haushaltsmittel auch der Haushalt der zivilen Verteidigung nicht verschont.

So mußte die Ersatzbeschaffung für die Lebensmittelbevorratung (Zivile Verteidigungsreserve) im Bereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten eingestellt werden. Die Sparbeschlüsse der Bundesregierung vom 10. September 1975 ab Haushaltsjahr 1976 führten auch zu einer Aussetzung der Schutzraumbauförderung mit der Folge, daß nur noch die bereits begonnenen Bauvorhaben zu Ende geführt werden konnten.

Einen gewissen Ausgleich brachte die Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln aus dem Konjunkturprogramm der Bundesregierung in den Jahren 1974 und 1975 von rund 41 Mio. DM, die für bauliche Investitionen zur Verbesserung der Unterkunftssituation der freiwilligen Helfer im Bereich des Technischen Hilfswerks und des Katastrophenschutzes verwendet wurden.

Weitere 100 Mio. DM aus dem Programm der Bundesregierung für Zukunftsinvestitionen wurden der zivilen Verteidigung für Maßnahmen der Trinkwasser-Notversorgung zur Verfügung gestellt (1977 = 5 Mio. DM, 1978 =

ZV-Haushalte		davon für ZV-Bereich BMI	für Zivilschutz
1969	432,0 Mio. DM	299,0 Mio. DM	297,4
1970	436,0 Mio. DM	289,2 Mio. DM	274,5
1971	505,7 Mio. DM	360,3 Mio. DM	341,0
1972	500,4 Mio. DM	382,9 Mio. DM	342,3
1973	548,3 Mio. DM	407,5 Mio. DM	389,7
1974	584,5 Mio. DM	435,6 Mio. DM	410,0
	+ 18,0 Mio. DM*	+ 18,0 Mio. DM*	18,0*
1975	569,5 Mio. DM	474,0 Mio. DM	454,1
	+ 22,9 Mio. DM*	+ 22,9 Mio. DM*	22,9*
1976	546,9 Mio. DM	459,9 Mio. DM	445,1
1977	552,0 Mio. DM	465,6 Mio. DM	445,9
1978	655,4 Mio. DM	569,0 Mio. DM	500,9
1979	730,7 Mio. DM	637,6 Mio. DM	583,1

\* aus Konjunkturprogramm

50 Mio. DM, 1979 = 45 Mio. DM).

### Konzentration der Anstrengungen

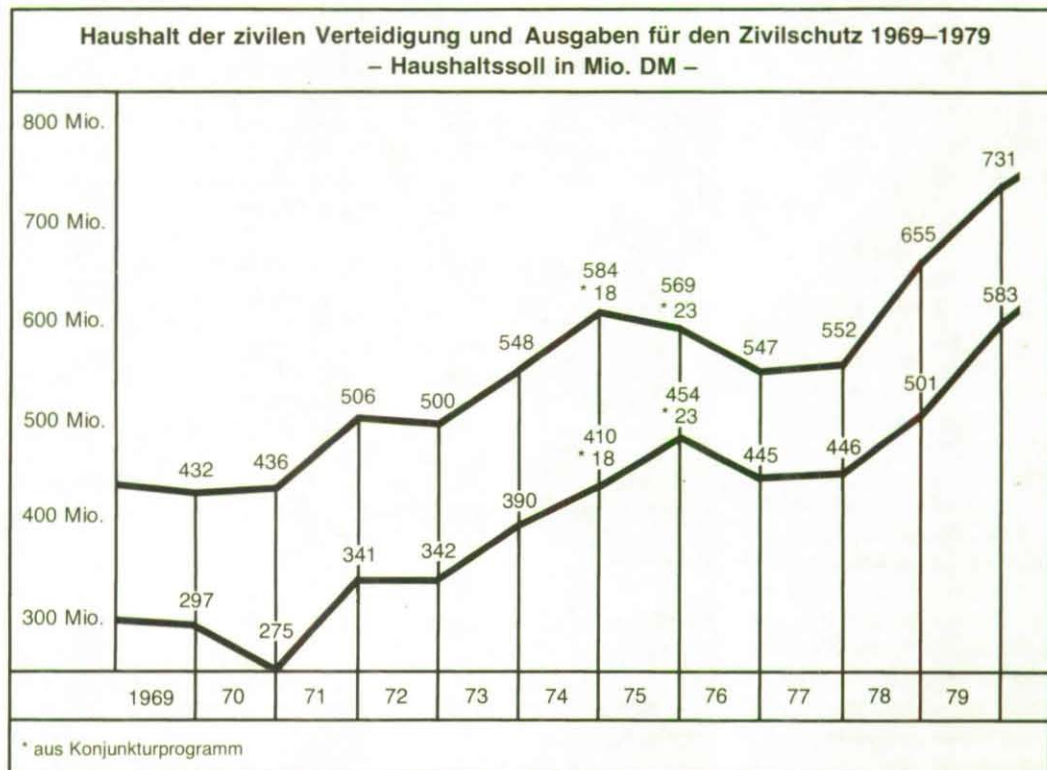
Der uneinheitliche Aufbauzustand der zivilen Verteidigung in vielen Bereichen – besonders dort, wo erhebliche finanzielle Aufwendungen erforderlich sind – hatte das Bundeskabinett 1977 veranlaßt, den Gesamtkomplex der zivilen Verteidigung grundsätzlich aufzugreifen. Die Kabinettsbeschlüsse vom 6. Juli und 21. Dezember 1977 führten zu einer Konzentration der ZV-Anstrengungen auf Bereiche mit dem

größten Nachholbedarf (u. a. Wiederaufnahme der Förderung des Schutzraumbaus, Weiterentwicklung des erweiterten Katastrophenschutzes und Fortführung der Lebensmittelbevorratung im Rahmen der Zivilen Verteidigungsreserve).

1977 standen für die zivile Verteidigung 552 Mio. DM zur Verfügung. Auf den Bereich des Bundesinnenministers entfielen 465,6 Mio. DM, 445,9 Mio. DM davon auf den Zivilschutz. Für die Hilfsdienste (Erweiterung des Katastrophenschutzes, Technisches Hilfswerk und Zuschüsse an Hilfsorganisationen) waren insgesamt

183,9 Mio. DM, für den Schutzraumbau 29,2 Mio. DM veranschlagt.

Mit dem Haushaltsansatz 1978 von 655,4 Mio. DM konnte eine deutliche Erhöhung der Finanzmittel für die zivile Verteidigung erreicht werden. Dies bedeutete gegenüber dem Vorjahreshaushalt eine Steigerung von 18,7 % (= 103,4 Mio. DM), allein für den Zivilschutz 500,9 Mio. DM. Der Anteil für die bedeutendsten Fachbereiche des Zivilschutzes erhöhte sich beim Schutzraumbau um 24 % auf 36,3 Mio. DM, bei den Hilfsdiensten um 12,5 % auf 210,9 Mio. DM. Im Bereich der wasserwirt-



schaftlichen Versorgungsmaßnahmen lag durch das Programm für Zukunftsinvestitionen die Steigerung bei 50 Mio. DM.

### Der Haushalt der zivilen Verteidigung 1979

Mit einem Ausgabenvolumen von insgesamt 730,7 Mio. DM erreicht der Haushalt der zivilen Verteidigung 1979 seinen höchsten Stand seit 15 Jahren. Für den Zivilschutz stehen 583,1 Mio. DM = 80 % des gesamten ZV-Plafonds zur Verfügung.

Die Steigerungsrate des ZV-Haushalts beträgt gegenüber 1978 11,5 % (= 75,3 Mio. DM). Sie liegt damit deutlich über der Steigerungsrate des militärischen Haushalts – Einzelplan 14 – von 4,8 % und der des Gesamtbundeshaushalts 1979 von 8 %.

### Das Finanzsonderprogramm

Im Haushaltsansatz der zivilen Verteidigung 1979 sind 75 Mio. DM für die Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen und Ausstattung des erweiterten Katastrophenschutzes enthalten, die aufgrund einer parlamentarischen Initiative aus den Reihen der Regierungskoalition im Rahmen eines Finanzsonderprogramms zusätzlich für den Haushalt der zivilen Verteidigung bewilligt worden sind. Damit betragen die Finanzmittel für den Fachbereich Hilfsdienste 292,6 Mio. DM. Auf den erweiterten Katastrophenschutz entfallen 244,1 (1978 = 159,6 Mio. DM); das entspricht einer Verbesserung gegenüber dem Vorjahresansatz von 53,5 %! Die Schutzbaumittel steigen von 36,3 Mio. (1978) auf 42,6 Mio. DM in 1979. Für die Lebensmittelbevorratung der Zivilverteidigungsreserve beim BML sind erstmals seit 1975 wieder Haushaltsmittel für die Beschaffung von Lebensmitteln etatisiert. Es ist vorgesehen, als erstes eine Notreserve an Kondensmilch und Kleinkindernahrungsmitteln anzulegen.

### Haushalt der zivilen Verteidigung 1979 im Vergleich zu 1978 – Aufteilung nach Fachbereichen – (in Tsd. DM)

Fachbereich	Soll 1978	Soll 1979
<b>1. Warndienst</b>		
a) Örtliche Einrichtungen des Warndienstes	24 595	24 065
b) Warndienst	63 173	65 687
	87 768	89 752
<b>2. Hilfsdienste</b>		
a) Erweiterung Katastrophenschutz	159 618	244 159
b) Technisches Hilfswerk	30 732	25 950
c) Katastrophenschutzschule	3 950	4 310
d) Zuschüsse an Hilfsorganisationen	9 505	10 500
e) Ausbildung Schwesternhelferinnen	4 500	5 000
f) Zuschuß DRK-Hilfszug	2 639	2 699
	210 944	292 618
<b>3. Schutzbaumaßnahmen</b>		
a) Hausschutzräume	4 000	4 000
b) Instandsetzung	5 900	10 100
c) Mehrzweckanlagen	21 600	22 700
d) Nebenkosten	4 800	5 800
	36 300	42 600
<b>4. Schutz der Gesundheit</b>		
a) Bevorratung	13 034	13 339
b) Hilfskrankenhäuser	18 850	11 150
	31 884	24 489
<b>5. Schutz vor Kulturgut</b>	2 810	3 092
<b>6. Wasserwirtschaftliche Maßnahmen</b>	57 620	45 120
<b>7. Sonstiges im Kap. 3604 – BMI und BZS –</b>	89 432	86 678
<b>8. Akademie für zivile Verteidigung, Kap. 3620</b>	1 284	1 305
<b>9. Bundesverband für den Selbstschutz, Kap. 3621</b>	50 934	51 878
<b>ZV-Bereich BNI insgesamt</b>	568 976	637 532
ZV-Bereich BMWi, Kap. 3605	4 290	4 240
ZV-Bereich BML, Kap. 3606	4 575	13 000
ZV-Bereich BMV, Kap. 3607	40 298	39 010
ZV-Bereich BMP, Kap. 3608	35 470	34 865
ZB-Bereich BMBau, Kap. 3609	1 450	1 650
ZV-Bereich BMA, Kap. 3611	300	364
ZV-Bereich andere Ressorts		
Insgesamt:	86 383	93 129
Zivile Verteidigung insgesamt	655 359	730 661
davon für Zivilschutz (ZV-Bereich BMI)	500 937	583 122

### Vergleich zur militärischen Verteidigung

Das Ausgabenverhältnis zwischen ziviler und militärischer Verteidigung liegt 1979 bei 1:50. Diese Verhältniszahl hat jedoch keinen Aussagewert und ist zum Vergleich des Bereitschaftsstandes der beiden Bereiche ungeeignet. Der Finanzbedarf für die zivile und die militärische Verteidigung beruht auf völlig unterschiedlichen Notwendigkeiten und ist daher kaum vergleichbar. So stellen z. B. die Personalausgaben im Bereich der militärischen Verteidigung einen verhältnismäßig hohen Anteil an den Gesamtausgaben dar. Bei der zivilen Verteidigung, die sich weitgehend auf ehrenamtlich mitwirkende Helfer abstützt, sind diese relativ gering. Das gleiche gilt auch für die Unterbringung, da im Bereich der zivilen Verteidigung im wesentlichen nur die ständige Unterbringung von Gerät und Material, nicht aber die der freiwilligen Helfer erforderlich ist. Ebenso haben die aufwendigen Beschaffungen im militärischen Bereich, z. B. für neue Waffensysteme, keine wirklich vergleichbare Parallele bei der zivilen Verteidigung.

### Die Leistungen der Länder

Trotz verfassungsrechtlicher Zuständigkeit des Bundes für den Zivilschutz – den Schutz der Bevölkerung vor Kriegseinwirkungen – und der der Länder für den friedensmäßigen Katastrophenschutz gibt es nur einen einheitlichen Katastrophenschutz. Demzufolge dürfen auch die erheblichen Leistungen der Länder für den friedensmäßigen Katastrophenschutz (u. a. Feuerwehren, Rettungsdienste) von jährlich rd. 1,8 Mrd. DM nicht unberücksichtigt bleiben, da die Vorsorgemaßnahmen des Bundes für einen nicht auszuschließenden Verteidigungsfall auf dem zur Katastrophenabwehr im Frieden vorgehaltenen Potential der Länder aufbauen.

### BUNDESHAUSHALT 1979

203,861 Mrd. DM = 100 %

#### VERHÄLTNISS DER ZIVILEN VERTEIDIGUNG

zum Gesamthaushalt 1:279  
zur militärischen Verteidigung 1: 50

Pro-Kopf-Ausgabe (60 Mio. Bevölkerung)  
Militärische Verteidigung 611,10 DM  
Zivile Verteidigung 12,20 DM



BVS-Plakatwettbewerb abgeschlossen

## Zivilschutz unterm Regenschirm

Jürgen W. Möllemann überreichte die Preise – Knapp 1600 Entwürfe wurden eingeschickt

Zum Thema „Zivilschutz“ veranstaltete der Bundesverband für den Selbstschutz Anfang des Jahres einen Plakatwettbewerb, der nicht zuletzt der Vertiefung des Selbst- und Zivilschutzgedankens im Bewußtsein der Bevölkerung dienen sollte. Die Resonanz war erfreulich groß, zumal sich nicht nur professionelle Grafiker, sondern auch Jugendliche, Auszubildende und Studenten an dem Wettbewerb beteiligten.

Die Jury stand vor der schwierigen Aufgabe, aus den knapp 1600 Einsendungen die drei besten Arbeiten auszuwählen und dann auch noch die besten Plakattendwürfe innerhalb der Einzugsgebiete der jeweiligen Landesstellen des BVS zu ermitteln. Am 1. Juni fand im Bonner Museum Alexander Koenig die Preisverleihung an die ersten drei Gewinner statt. Es sind Ursula Lanz aus Darmstadt, Rainer Kamp aus Katensen und Heinz Hessler aus Dettenhausen.

Der Direktor des BVS, Artur Franke, begrüßte Preisträger, Gäste und den Hausherrn des Museums, Prof. Nobis, und dankte ganz besonders dem sicherheitspolitischen Sprecher der F.D.P.-Fraktion im Deutschen Bundestag, Jürgen W. Möllemann, daß er sich bereit erklärt hatte, die Preisverleihung vorzunehmen. Möllemann unterstreiche speziell auf politischer Ebene die Bedeutung des Zivilschutzes als ein Element der Gesamtverteidigung. Ziel dieses Plakatwettbewerbes sei es – gemäß dem gesetzlichen Auftrag des BVS –, bei der Bevölkerung mehr Interesse und Verständ-



Jürgen W. Möllemann beglückwünschte die Gewinnerin des 1. Preises, Ursula Lanz.

nis für den Selbst- und Zivilschutz zu wecken. Der BVS betreibe Öffentlichkeitsarbeit in vielfältigster Weise. Man halte Vorträge, zeige Filme, berate in Fragen des Schutzraumbaus, und kläre mit Hilfe von Ausstellungen auf. Dafür stünden 900 hauptamtliche und 8000 ehrenamtliche Mitarbeiter zur Verfügung. „Sie alle sind bemüht, der Bevölkerung den Selbstschutzgedanken und die Notwendigkeit der Vorsorge näherzubringen und damit zu mehr Schutz und Sicherheit zu verhelfen.

Dies ist jedoch keine leichte Aufgabe. Leider sind Vorsorge und Schutz gegen Katastrophen – auch für den Fall eines bewaffneten Konfliktes – nicht für jedermann eine Selbstverständlichkeit. Es

versteht sich daher von selbst, daß der Bundesverband für den Selbstschutz diese Aufgabe nicht allein bewältigen kann. Ehrliche und nüchterne Information der Bevölkerung über den Zivilschutz wird nur dann möglich sein, wenn die tragenden gesellschaftlichen Kräfte unseres Landes, die Politiker aller Ebenen und aller Parteien, besonders aber die Regierung, durch ihre Haltung das geistige Fundament dazu schaffen.

Erst wenn der Zivilschutz als selbstverständliche Aufgabe des Staates, aber auch als Aufgabe aller Bürger angesehen wird, erst dann hat er den ihm gebührenden Platz in unserer Gesellschaft.“ Zum Plakatwettbewerb meinte

Direktor Franke, die Einsender hätten durch ihr Mitwirken und ihr Interesse gezeigt, daß sie dem Zivilschutz schon einen bedeutenden Stellenwert beimessen.

Jürgen W. Möllemann betonte in seiner Rede, Zivilverteidigung müsse für alle im Bundestag vertretenen Fraktionen als ein Teil der Gesamtverteidigung betrachtet werden.

Die Bundesregierung bleibe von ihm aufgefordert, ein zusammenhängendes Konzept der Gesamtverteidigung unter stärkerer Beachtung der Zivilverteidigung zu erarbeiten. Wörtlich sagte Möllemann: „Es darf kein Entweder – Oder, keine Rivalität zwischen der militärischen Landesverteidigung und der

Zivilverteidigung geben. Zivilverteidigung dient ebenso wie die militärische Landesverteidigung primär der Kriegsverhinderung – sie ist also nicht der Schleichweg zur Kriegsführungsstrategie.

Zwischen den beiden genannten Bereichen muß eine Relations- und Prioritätenverschiebung zugunsten der Zivilverteidigung erfolgen. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist die von der Bundesregierung bewilligte verstärkte finanzielle Unterstützung für Schutzraumbauten.“ Es sei aber unerlässlich, daß jeder Bürger Vorsorge im eigenen Hause für den Fall eintretender Notzeiten treffe. Das hätten die Erfahrungen der jüngsten Schnee-Katastrophe

im Norden der Bundesrepublik einwandfrei bewiesen. Der Bürger müsse lernen, sich selbst und andere – bevor organisierte Hilfe eintreffe – vor Gefahren zu schützen und auch zu helfen. Die Aufklärungsarbeit und die Bewußtseinsbildung der Bevölkerung über den Zivilschutz seien daher wesentlich für die Verbesserung der zivilen Verteidigung. Der BVS habe hier eine verantwortungsvolle Aufgabe übernommen. „Der Plakatwettbewerb ist ein guter Anlaß und Weg, das Thema Zivilschutz der Bevölkerung nahezubringen.“

Sodann beglückwünschte Möllemann die Preisträger, allen voran Ursula Lanz, die mit einem sehr einprägsamen

und plakativen Entwurf den mit 2000 DM dotierten 1. Preis gewann: Auf einen roten Schirm, der als Symbol für den Zivilschutz steht, prasseln gleichsam als Regen biologische, chemische und atomare Kampfmittel sowie Naturkatastrophen. Doch unter dem Schirm des Zivilschutzes könnte man sich doch etwas sicherer fühlen – vorausgesetzt, man tut etwas dafür.

Rainer Kamp erhielt den 2. Preis (1500 Mark). Sein Plakat steht unter dem Motto: „Was ist, wenn . . .?“ Auf schwarzem Untergrund ist eine brennende Weltkugel zu sehen, versehen mit dem Text: „Täglich Katastrophen – weit entfernt. Wir sind nur Zuschauer, uns kann nichts

passieren . . . oder?“ Katastrophenschutz auf eine ironisch-lustige Art zeigt der dritte Preisträger Heinz Hessler, der für seine Arbeit 1000 Mark bekam. Da bricht auf einem Miniatur-Dorfplatz buchstäblich alles zusammen. Jeder rettet sich, so gut er kann, selbst die Katastrophenschutzorganisationen haben ihre liebe Mühe, der Lage Herr zu werden. Hessler nimmt das alles in lebenswürdiger Form auf die „Schippe“, und wer ein bißchen Humor hat, wird sich darüber nicht ärgern, selbst wenn er sich betroffen fühlt. Die drei Plakatentwürfe sind übrigens auf der Titel- und letzten Seite dieses ZS-MAGAZIN zu sehen.



Preisträger und Gratulanten: BVS-Direktor Artur Franke, Ursula Lanz, Heinz Hessler (3. Preis), Rainer Kamp (2. Preis) und Jürgen W. Möllemann (v. l. n. r.).



Viele Gäste waren zur Preisverleihung erschienen. In der ersten Reihe v. l. n. r. MdB Möllemann, BVS-Abteilungsleiter Umlauf und die Preisträger Kamp und Hessler.



Erfahrungsaustausch am Rande: Ministerialdirektor Wedler und Regierungsrat Gessert vom Bundesinnenministerium im Gespräch mit BVS-Direktor Franke (v. l. n. r.).



Auch BZS-Präsident Dr. Kolb (rechts) kam zur Feierstunde, hier im Gespräch mit BVS-Abteilungsleiter Umlauf.

57 Prozent der Bürger für eine „Zivilschutz-Abgabe“

## Zwei Untersuchungen – zwei interessante Ergebnisse

Schutzerhebung in Straubing und Allensbacher Umfragen waren Themen einer Informationsveranstaltung des BZS

Mitte Mai führte das Bundesamt für Zivilschutz (BZS) in Bonn-Bad Godesberg eine Informationsveranstaltung durch, auf der vor einem Kreis interessierter Fachleute das „Modell Straubing“ im Mittelpunkt der Themenbehandlung stand. Unsere Leser erinnern sich: Im Herbst 1977 wurde in der Stadt Straubing in 1 700 Kellern eine Schutzerhebung durchgeführt (vgl. ZS-MAGAZIN 1/78, Seite 29). Die Modelluntersuchung hatte das Ziel, den Schutzgrad bestehender Gebäude und Möglichkeiten der Verbesserung zu untersuchen.

Nach einleitenden grundsätzlichen Ausführungen des Präsidenten des BZS, Dr. Paul Wilhelm Kolb, der in diesen Tagen auf eine zehnjährige Tätigkeit in diesem Amte zurückblicken konnte, sprach Abteilungsleiter

Karl-Ludwig Haedge über die Ergebnisse der Straubinger Untersuchung. Gerhard Herdegen vom Institut für Demoskopie in Allensbach berichtete über Ergebnisse demoskopischer Befragungen zum Thema „Zivilschutz“. Im folgenden Beitrag gibt das ZS-MAGAZIN wesentliche Auszüge aus den drei Reden wieder.

**BZS-Präsident Dr. Kolb meinte in einem Rückblick auf die vergangenen zehn Jahre u. a.:**

... Vor dem Hintergrund der Politik haben sich Entwicklungen vollzogen, die von der Öffentlichkeit wegen ihres scheinbar nur verwaltungsmäßigen, also bürokratischen Charakters kaum beachtet wurden und dennoch entscheidend strukturändernd gegenüber dem Früheren angesehen werden müssen. Beispielsweise gibt es gegenüber dem

Zustand vor Verkündung des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes im Juli 1968 – Stichwort: LSHD-Periode – heute in der Praxis keine Trennung mehr zwischen den Fachdiensten des Katastrophenschutzes nach Landes- und Bundesrecht. Sie sind zu einem einheitlichen Instrumentarium verschmolzen, das dem Hauptverwaltungsbeamten der Kreise und kreisfreien Städte untersteht und damit auf jeden Fall die Leistungsfähigkeit des Friedens-Katastrophenschutzes optimiert.

Wir haben damit etwas erreicht, was selbst für Länder mit einem hochentwickelten Zivilschutz-Standard vorbildlich ist. Denn uns ist es damit gelungen, in Umkehr des traditionellen Satzes, daß die Bedürfnisse des Kriegesalles die alleinigen Maßstäbe für Stärke und



Dr. Paul Wilhelm Kolb, Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, gab einen Überblick über die Entwicklung des Zivil- und Katastrophenschutzes in den zurückliegenden zehn Jahren.





Abteilungspräsident Karl-Ludwig Haedge erläuterte die Resultate der Schutzwerterhebung in Straubing.

Gliederung der Rettungseinheiten zu bestimmen geeignet wären, die Bedürfnisse der Industrie-Zivilisation an Gefahrenabwehr zu jener Bezugsgröße zu machen, von der aus durch Verstärkungsmaßnahmen an Personal, Ausstattung und Ausbildung die Bedürfnisse des Verteidigungsfalls mitbefriedigt werden können; also ein System, in dem mobile und statische Komponente, öffentliche und private Leistungen unter einheitlicher Führung zu einem leistungsfähigen Ganzen zusammengefaßt werden. Alle diese Maßnahmen gelten letztlich dem Schutz und damit der Erhaltung des Lebens, des Lebens, dessen Bewahrung dem Staat nach unserem Grundgesetz als vorrangige Pflicht aufgegeben ist . . ."

**Abteilungspräsident Karl-Ludwig Haedge berichtete über die Auswertung der Schutzwerterhebung in Straubing:**

... Von den rund 1700 Gebäuden sind lediglich 42 % = 716 Gebäude vollunterkellert. Dabei war auffallend, daß Gebäude aus der Zeit vor 1850 nur zu 3 %, während solche aus den Jahren nach 1950 mindestens zu 7 % vollunterkellert sind.

Während also 42 % der insgesamt erhobenen Gebäude vollunterkellert sind, eignen sich aber nur etwa 25 % der Kellergeschosse aller erhobenen Gebäude für einen nachträglichen Ausbau zu Schutzräumen im Grundschutz. Diese starke Reduzierung der ausbaufähigen Kellergeschoßzahl ist zurückzuführen z. B. auf zu geringe Kellerhöhen und -größen sowie auf das Vorhandensein gefahrdrohender Leitungen oder Lagerung nicht kurzfristig räumbarer Güter (Heizöl u. a. m.). In den durch nachträglichen Ausbau für Schutzzwecke geeigneten Kellerräumen könnten 13 600 Personen Schutz finden. Damit könnte rein rechnerisch die gesamte Nachtbevölkerung (= 11 766 gemeldete Einwohner) untergebracht werden.

In den 1700 erhobenen Gebäuden wurden keine Schutzräume des Grundschutzes vorgefunden.

Der Brand- und Strahlenschutz der vorhandenen Umfassungsbauteile wurde ermittelt. Die Trümmersicherheit der Umfassungsbauteile kann jedoch nur durch zusätzliche bauliche Maßnahmen erreicht werden.

a) Erdberührte Außenwände weisen vollen Brand- und Strahlenschutz auf. Mit zunehmender Kellersockelhöhe nimmt der Brand- und Strahlenschutz der Außenwände ab.



Ministerialdirektor Wedler, Abteilungsleiter Zivile Verteidigung im Bundesministerium des Innern, und BZS-Präsident Dr. Kolb.

b) Für die Kellerdecke gilt eine andere Aussage. Während Hohlkörperdecken, die vorwiegend in den 50er Jahren eingebaut wurden, nur einen geringen Brand- und Strahlenschutz aufweisen, steigt dieser bei Stahlbetonmassivplatten, die ab Anfang der 60er Jahre vermehrt zur Anwendung kamen, an, erreicht aber keinesfalls den notwendigen Schutz, höchstens 50 %.

c) In der Bausubstanz vor 1850 konnte dagegen bei den Decken (Gewölbedecken) Brandschutz in rd. 42 % und Strahlenschutz in rd. 41 % aller Fälle festgestellt werden.

d) Lediglich drei Kellerdecken in den 1700 untersuchten Gebäuden waren trümmersicher ausgeführt.

Aufgrund der Modellerhebung muß die allgemeine Feststellung getroffen werden, daß Gebäude, die unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg bis ca. Mitte der 50er Jahre erbaut wurden, in der Regel eine schlechte Bausubstanz aufweisen. Daher können sie überwiegend hinsichtlich der Frage des nachträglichen Ausbaus zu Schutzräumen im Grundschatz außer Betracht bleiben . . .

Das ‚Modell Straubing‘ hat gezeigt, daß es völlig unververtretbar ist, nur **eine** Komponente des Grundschatzes bei einer Schutzwertuntersuchung der Altbausubstanz zugrunde zu legen. In der Vergangenheit ist dies aber geschehen. Zudem wurden damals dann im Laufe der Zeit die für eine einzige Grundschatzkomponente ermittelten Werte fälschlicherweise als für den gesamten Grundschatz geltend dargestellt. Das führte für längere Zeit zu einer falschen Einschätzung des Schutzwertes der Altbausubstanz. Diese Einstellung wird noch gelegentlich ange-troffen . . .

**Gerhard Herdegen, Mitarbeiter des Instituts für Demoskopie in Allensbach, berichtete über die Einstellung der Bevölkerung zum Zivilschutz:**

„In zwei Untersuchungen im Auftrage des Bundesamtes für Zivilschutz, einer Pilotstudie 1975/76 und einer Repräsentativerhebung um die Jahreswende 1977/78, hat das Institut für Demoskopie Allensbach die Einstellung der bundesdeutschen Bevölkerung zum Zivilschutz ermittelt. Nach diesen Untersuchungen fühlt gut die Hälfte der erwachsenen Bundesbürger seine Sicherheit durch Naturkatastrophen, Kriege und große Unglücksfälle bedroht und macht sich darüber Sorgen.

Durch Terroranschläge ausgelöste Katastrophen, Großfeuer, Naturkatastrophen, große Eisenbahn- oder Flug-

zeugunglücke und Atomkrieg – so lautet die Reihenfolge des Sorgenkatalogs, den die Bevölkerung Ende 1977, Anfang 1978 aufstellte. Schon damals, lange vor Harrisburg, nannte jeder dritte Deutsche eine mögliche Atomreaktor-Katastrophe als Grund, ‚sehr besorgt‘ zu sein. Angesichts relativer Ruhe an der Terrorfront und der leidenschaftlichen Atomenergie-Diskussion der letzten Monate dürften sich die Gewichte inzwischen deutlich in diese Richtung verschoben haben. Wie Allensbacher Trendergebnisse seit 1961 zeigen, ist die Kriegsfurcht in der Bevölkerung der Bundesrepublik permanent zurückgegangen. Die Einsicht in die Notwendigkeit des Zivilschutzes und die Bereitschaft, dafür Opfer auf sich zu nehmen, wird also gegenwärtig weniger von militärischen als von zivilen Bedrohungen gefördert. Daß im Kriegsfall durch

Schutzmaßnahmen sehr viele Menschenleben gerettet werden können, glaubt ohnehin nur die Hälfte der Bundesbürger (56 Prozent), während ein Drittel der Ansicht ist, bei einem Krieg sei eh‘ alles aus.

Trotz der verbreiteten Tendenz, die Pflichten der Daseinsvorsorge pauschal dem Staat zu übertragen, sagt nur eine Minderheit der Bevölkerung (30 Prozent), Zivilschutz sei allein Aufgabe des Staates. Fast jeder zweite findet dagegen, diese Vorsorge sei ‚auch Sache des einzelnen‘. So überrascht es nicht, daß auf den Vorschlag, eine Zivilschutzabgabe von 10 bis 20 Mark pro Jahr einzuführen, ‚um die Bevölkerung vor Katastrophenfällen und bei einem eventuellen Krieg besser zu schützen‘, 57 Prozent der Befragten positiv reagieren und nur 31 Prozent erklären: ‚Dazu wäre ich nicht bereit.‘“



Gerhard Herdegen vom Institut für Demoskopie Allensbach berichtete über die Einstellung der Bevölkerung zum Zivilschutz.

Georg Leber ist Schirmherr der neuen BVS-Ausstellung

## „Kinder als Helfer hinzugewonnen“

Ausstellungseröffnung „Kinder malen Katastrophen und Selbstschutz“

Inmitten von ausgestopften exotischen Paarhufern, See-löwen und sonstigem interes-santen Getier wurde am 22. Mai im Bonner Museum Alexander Koenig die wohl reizvollste Ausstellung, über die der Bundesverband für den Selbstschutz verfügt, eröffnet:

„Kinder malen Katastrophen und Selbstschutz.“ Die Aus-stellung, für die Minister a. D. Georg Leber die Schirmherr-schaft übernommen hat, rekrutiert sich aus einem Mal-wettbewerb, den der BVS vor knapp zwei Jahren initiiert hatte und dessen Resonanz den Veranstalter schlichtweg überwältigte (siehe ZS-MA-GAZIN 12/77). Immerhin lagen bei Einsendeschluß 8481 Arbeiten, von denen rund 300 für die Ausstellung verwendet wurden, von Kin-dern im Alter zwischen acht und 13 Jahren vor – das ist bei der Sprödigkeit und Schwierigkeit des Themas schon eine sehr beachtliche Anzahl.

Was den Kindern alles einge-fallen ist und mit welcher Spontaneität sie ihre Gedan-ken zu Papier gebracht ha-ben, frappiert. Das beginnt mit dem Tragen eines Helms bei Motorradfahrten, mit Un-fallquellen im häuslichen Be-reich, Feuers- und Wassers-brünste sind zu sehen und, last not least, Bilder über den Krieg von erstaunlicher Eindringlichkeit.

### Gemalte Geschichten

Die Kinder malten aber nicht nur einen bestimmten Zu-stand, sondern setzten als Kontrapunkt gleich Hilfs- und Rettungsmaßnahmen. In sehr vielen Bildern kann man mit



Ausstellungseröffnung „Kinder malen Katastrophen und Selbstschutz“ im Bonner Museum Alexander Koenig.

etwas Phantasie ganze Ge-schichten lesen wie in einem Buch. So etwa bei der Arbeit der damals elfjährigen Sylvia Kraus, die ein vierstöckiges Haus mit großen Fenstern gemalt hat, in denen man sieht, wie gefährlich häusliches Leben sein kann, wenn man nicht aufpaßt oder aus Gedankenlosigkeit unachtsam ist. Da hängt ein Medikamen-tenschrank für Kinder erreichbar zu tief an der Wand, wurde vergessen, eine Herdplatte abzdrehen, da entstehen Brände durch ein heißes Bügeleisen und durch eine brennende Zigarette, da spielen kleine Kinder mit einer Schere, ein Junge kippt beim Nageleinschlagen vom Stuhl, da steht ein Radio am Bade-wannenrand, um den Baden- den mit Musik zu unterhalten, ein Mädchen sitzt in der drit-

ten Etage auf der Fenster-bank und läßt die Beine aus dem Fenster baumeln, ein Mann turnt ziemlich abenteu-erlich auf einer Leiter. Für ihr Bild wurde Sylvia mit dem zweiten Preis ausgezeichnet, es wurde für das BVS-Plakat zu der Ausstellung verwendet.

BVS-Präsident Oskar Lafon-taine meinte denn auch in seiner kurzen Begrüßung, der BVS habe eine große Zahl von Helfern hinzugewon-nen – nämlich die Kinder.

Die eigentliche Eröffnung der Ausstellung nahm der Bonner Bürgermeister Rudolf Meffert vor. Dabei dankte er dem BVS für die besonders gute Zusammenarbeit, zeigte sich zufrieden mit dem er-reichten Stand des Katastro-phen-schutzes in der Bundes-

hauptstadt und meinte, in heutigen Zeiten des Überflus-ses und Konsums könne man das große Engagement der freiwilligen Helfer nicht hoch genug einschätzen.

### Darstellungskraft

Georg Leber sagte in seiner Ansprache, er habe der Bitte des BVS, die Schirmherr-schaft über diese Ausstellung zu übernehmen, gerne ent-sprochen, denn es komme nicht oft vor, daß Themen wie Selbstschutz und Kata-strophenschutz so attraktiv, so anders dargestellt würden wie im Rahmen dieser Aus-stellung. Wörtlich sagte Leber: „Drei Aspekte haben mich bewogen, die Schirmherr-schaft zu übernehmen: Zuerst natürlich die Darstellungskraft

der Kinder. Ich meine, daß wir uns mit Kindern und mit allem, was mit Kindern zu tun hat, intensiver beschäftigen sollten. Als Zweites die Thematik Katastrophen- und Selbstschutz. Darüber sollte mehr gesprochen werden. Hier ist der Nachholbedarf beträchtlich. Als Drittes, weil es sich um Malerei handelt. Kindermalerei ist auch eine Art naive Malerei. Sie ist in der Lage, Menschen und Vorgänge in einer Weise darzustellen, die der Wahrheitsfindung dient." Der Minister a. D. greift übrigens in seiner Freizeit selbst gerne zu Pinsel und Palette. Katastrophen seien – so Le-

ber – ein Bestandteil unseres Alltags. Auch Kinder würden täglich mit dem Bild der Katastrophe konfrontiert, sei es in der Wirklichkeit, sei es auf dem Bildschirm oder auf der Leinwand. Obwohl die Katastrophe, der Unfall eine Alltagserscheinung sei, wirke es schockartig, dramatisch auf den Betrachter. Diese Tatsache bilde die psychologische Grundlage für die vorliegende Malerei. Einerseits das gewohnte, bekannte Bild der Katastrophe, andererseits die dramatische Wirkung des Ereignisses. Er glaube, die Kinder hätten diese Dualität begriffen und wirkungsvoll zum Ausdruck



Die Eröffnungsansprache hielt der Bonner Bürgermeister Rudolf Meffert.



Die Schirmherrschaft hatte Bundesminister a. D. Georg Leber übernommen.



BVS-Präsident Oskar Lafontaine (rechts) und Georg Leber zeigten sich von den Arbeiten der Kinder sehr beeindruckt.



Der Schirmherr mit den jugendlichen Preisträgern.



Vom Bundesministerium des Innern kamen Ministerialdirektor Wedler, Leiter der Abteilung Zivile Verteidigung (Mitte), und Regierungsrat Gessert, ebenfalls Abteilung Zivile Verteidigung (links), rechts im Bild BVS-Abteilungspräsident Schuch.

gebracht. Als zweites Element der Bilder könne die Abwehr, der Schutz betrachtet werden: sich darüber Gedanken zu machen, wie Vorsorge zu betreiben sei und wie man sich in der Gefahr schützen könne. Das bilde im wesentlichen den Kern der Ausstellung und das finde er so positiv. „Wie die Kinder bildnerisch auf die Szenen einer Katastrophe reagieren, wie sie weiterdenken und Lösungsmöglichkeiten suchen, regt auch den Betrachter an, ebenfalls einen Denkprozeß einzuleiten und Konsequenzen zu ziehen.“

### **Barrieren zu überwinden**

Die Ausstellung zeige auch, daß die Entwicklung der Technik gleichzeitig auch die Entwicklung der Katastrophe sei. Früher habe die Katastrophenabwehr vor allem den Mächten der Natur gegolten, heute dominiere immer mehr die Abwehr gegen die technische Katastrophe. Im Mittelpunkt dieser Entwicklung stehe die Abwehr gegen die größte Katastrophe der Menschheit – den Krieg. So diene auch diese Ausstellung dazu, daß der Betrachter die Gefahr der Katastrophen bewußt aufnehme, daß er sich mit der Thematik auseinandersetze und daß er auch bereit sei, den nächsten Schritt zu tun und sich mit Schutzmöglichkeiten zu beschäftigen. Hier seien noch mächtige Barrieren zu überwinden. Trägheit, Desinteresse und der Wunsch, die Aufgaben an den Staat weiterzugeben, seien Elemente, die zu bekämpfen sind. „Mit Ausdauer, Ideen und gelegentlich auch auf kleinen Umwegen, wie dieser Kindermalausstellung, kommt man diesem Ziel näher. Ich wünsche, daß diese Ausstellung dem Betrachter den Selbstschutzgedanken näherbringt und daß er dem Kind als dem besonders im Katastrophen- und Kriegsfall schutzbedürftigen Wesen seine Gedanken und Vorsorge widmet“, schloß Georg Leber seine Rede.



Oskar Lafontaine und Georg Leber trugen sich in die Gästebücher des Museums und des BVS ein.

### **Stellenausschreibung**

Velbert liegt mit rund 94 000 Einwohnern landschaftlich schön im Städtedreieck Düsseldorf, Essen, Wuppertal. Ihren Wohn- und Freizeitwert bestimmen der moderne Wohnungsbau, historische Baubestände sowie die Angebote sämtlicher Schulsysteme, der städt. Kultureinrichtungen einschl. Theater und Konzerte, der zahlreichen Sportstätten und weitläufigen Erholungsanlagen.

Für das Sachgebiet

### **Katastrophen-, Zivil- und Selbstschutz**

wird ein

### **Hauptsachbearbeiter**

gesucht. Das Aufgabengebiet umfaßt:

- Aufgaben der Katastrophenabwehr (örtliche Katastropheneinsatzleitung)
- Planung und Aufbau sowie Organisation der Katastrophenschutzdienste (einschl. Führung und Leitung)
- Planung und Koordinierung aller Zivilschutzaufgaben
- Planung zur Aufrechterhaltung der Verwaltungsfunktion, der Versorgung und Bedarfsdeckung
- zivile Alarmplanung.

Erwartet werden Verantwortungsbewußtsein, Führungseigenschaften, Durchsetzungsvermögen, Urteilsfähigkeit sowie überdurchschnittliche Fachkenntnisse und Erfahrungen. Eine entsprechende Ausbildung im Katastrophenwesen auf Bundes- und Landesebene sollte nachgewiesen werden können. Die Vergütung erfolgt nach IVa. BAT und wird ergänzt um die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen erbittet umgehend unter Bezug auf diese Anzeige der

**Stadtdirektor der Stadt Velbert  
Rathaus, 5620 Velbert**

Kölner THW probte den Ernstfall:

# „Hol über“ mit unsinkbaren Pontons

500 Helfer im Einsatz – Technische Möglichkeiten und Ausbildungsstand überprüft – Neues Gerüst ausprobiert

Den Ernstfall probte das Technische Hilfswerk Köln in einer groß angelegten Übung namens „Hol über“. Es wurde angenommen, daß sich die Bundesrepublik seit dem 9. Mai im Verteidigungszustand befand. An den Grenzen fanden Kampfhandlungen statt, vereinzelt Angriffe erfolgten im ganzen Bundesgebiet.

Die besondere Lage in Köln: Am 10. Mai ordnete der Hauptverwaltungsbeamte – in diesem Fall Oberstadtdirektor Dr. Kurt Rossa – für die Katastrophenschutzeinheiten Alarmstufe 2 an. Am 12. Mai erfolgte in den frühen Morgenstunden ein Angriff auf Köln, bei dem die Rheinbrücken teilweise zerstört wurden, die Trinkwasserversorgung ausfiel, im ganzen Stadtgebiet diverse Druck- und Brandschäden auftraten. Um 6.00 Uhr morgens löste der HVB für das THW Alarmstufe 3 aus. Die Einheiten des Brandschutz- und Sanitätsdienstes waren bereits im Einsatz.

Sinn und Zweck dieser von langer Hand vorbereiteten Übung: den Ausbildungsstand der THW-Helfer zu überprüfen. Weiter sollte zum ersten Male eine Fähre aus Leichtmetallpontons ausprobiert werden. Diese über sieben Meter langen, doppelwandigen Halbpontons sind unsinkbar, da ihr „Innenleben“ mit Kunststoff ausgeschäumt ist, so daß in sie, selbst wenn sie leckschlügen, kein Wasser eindringen kann. Schließlich übte man – ebenfalls zum ersten Male – mit einem neuen Steckrahmengerüst (SSK 300). Mit Hilfe dieses Gerüsts können Hochwasserstege, Übungstürme, aber auch ganz „normale“ Gerüste gebaut werden, die sich mit jedem anderen verschraubbaren Gerüst kombinieren lassen. Vorteil des Steckrahmengerüsts: Es ist breiter als die üblichen Fassadengerüste, nämlich ein Meter; man kann daher Verletzte mit einer Trage ohne Schwierigkeiten bergen.

Die Übung erstreckte sich über zehn Stunden, an ihr nahmen ca. 500 Helfer in zehn Bergungszügen, einem Bergungsräumzug und vier Instandsetzungs-



Spektakulärster Teil der großen THW-Übung war der Bau und der Einsatz einer unsinkbaren Ponton-Fähre.



Zum ersten Male wurde ein neues Steckrahmengerüst erprobt und auf Tauglichkeit überprüft.



Die THW-Tauchergruppe mußte Autos bergen, die in einer Kiesgrube versenkt worden waren.



Mit Spezialpumpen wurden kleinere Kieslöcher leer gepumpt.



Gottfried Stratmann vom BZS erläuterte in seiner Funktion als Schiedsrichter dem Kölner Oberstadtdirektor Dr. Kurt Rossa die einzelnen Übungsabschnitte.

zügen teil, ferner der städtische Fernmeldedienst, die Feuerwehr, DLRG, JUH und DRK, letztere drei Organisationen im Rahmen des Sicherungsdienstes. Die Einsatzleitung hatte sich im Einsatzzentrum der Kölner Berufsfeuerwehr etabliert.

Spektakulärster Teil der Übung war natürlich der Bau der Pontonfähre und deren Einsatz. Auf den Schwimmkörpern wurde ein 20 Meter langes Stück Fahrbahn befestigt. Als Antrieb der Fähre dienten zwei Außenbordmotoren und ein Schubboot mit einem 75-PS-Aggregat. Mit dieser Fähre können Lasten bis zu zwölf Tonnen transportiert werden.

Im Verlauf der Übung wurden insgesamt rund 50 Fahrzeuge über den Rhein gesetzt. Dazu mußte ein Anleger errichtet und die Rampe dafür unterbaut werden.

Ein weiterer Übungsort befand sich in einem abbruchreifen Haus im Kölner Stadtgebiet, in dem das Bergen aus Gebäuderümmern geübt wurde. In einer Kiesgrube am Rande Kölns hatte die Tauchergruppe ihren Einsatz. Mehrere Fahrzeuge waren dort zuvor versenkt worden. Mit Sauerstoffgeräten tauchten die Froschmänner in die Tiefe, befestigten die Leinen der Bergungsfahrzeuge an den Autos, die dann von kleinen Kränen aus dem Wasser gehievt wurden.

Ein weiterer Übungsteil war die Errichtung eines provisorischen Fernmeldeturms, dessen Fundament in den Boden einbetoniert werden mußte. Ferner wurden mit Hilfe des Steckrahmengerüsts an verschiedenen Stellen Stege gebaut; auch die Überprüfung mehrerer Notbrunnen im Stadtgebiet stand auf dem Programm. Versorgungsleitungen wurden hergestellt, kleinere Kiesgruben mit Spezialpumpen leergepumpt, eine zusätzliche Landebrücke am Rheinufer gebaut, das Bergen aus Höhen geübt und zwischendurch an verschiedenen Orten immer wieder das Bergen unter Atemschutz geübt. Alle Einsatzorte waren über den städtischen Fernmeldedienst miteinander verbunden.

Oberstadtdirektor Dr. Kurt Rossa, Schiedsrichter Gottfried Stratmann vom Bundesamt für Zivilschutz und der Kreisbeauftragte des THW, Horst Frentrup, waren mit den Leistungen und dem Ausbildungsstand des Kölner THW zufrieden und äußerten sich anerkennend über den reibungslosen Ablauf der Veranstaltung.

Stromleitungen rissen, Masten knickten um:

## Als in Niederbayern die Lichter verlöschten

Erfahrungen aus dem Einsatz der Instandsetzungszüge des THW zur Unterstützung der Energieversorgungsunternehmen

Die am Ende eines Winters typischen Naßschneefälle verursachten am 29. März 1979 in Niederbayern ein regelrechtes Winterchaos: Bäume brachen unter der Schneelast zusammen und blockierten Verkehrswege im niederbayerischen Gebiet. Solche späten Wintereinbrüche sind zwar den Bewohnern dieses Raumes nicht fremd; daß jedoch die Schneefälle über 24 Stunden anhielten, damit hatte niemand gerechnet. Im folgenden Beitrag soll deshalb von den ungewöhnlichen Folgen die Rede sein, die die Instandsetzungszüge des THW vor eine echte Bewährungsprobe stellten.

### Stromausfall bedrohte lebenswichtige Unternehmen und die Bevölkerung

Durch die pausenlosen Naßschneefälle rissen Stromleitungen und knickten bis zu 40 m hohe Stahlgittermasten, als wären sie aus Holz. Dadurch wurde in vielen Ortschaften der Landkreise Straubing-Bogen, Regen, Deggendorf, Passau und Rottal-Inn die Stromversorgung erheblich gestört und unterbrochen.

### Schadenslage im Stadt- und Landkreis Passau

Von diesem Unwetter waren besonders der Landkreis und die Stadt Passau betroffen. Die kritische Lage bei der Strom- und Wasserversorgung wurde durch die Zerstörung mehrerer Überlandleitungen wie die 110-kV-Leitung des Kraftwerkes Pleinting nach Arnstorf sowie die Leitung von Simbach nach Pfarrkirchen und die 110-kV-Leitung von Pleinting nach Deggendorf, die in die Donau fiel und dadurch auch den Schiffsverkehr zum Erliegen brachte, hervorgerufen.

Im gesamten Schadensgebiet war durch umgestürzte Masten und gerissene Leitungen das Telefonnetz erheblich gestört. Schätzungsweise bis zu 15 000 Telefonanschlüsse waren längere Zeit nicht benutzbar.

Katastrophenalarm ist am 30. März 1979 um 14.30 Uhr durch den HVB gegeben worden.

### Schadenslage im Landkreis Straubing-Bogen

Die Ortschaften im Bayerischen Wald um Mariaposching und dem Luftkurort St. Englmar wurden ebenfalls durch Mastbrüche und gerissene Leitungen vom Stromausfall betroffen. Kühlhäuser und Trinkwasseranlagen fielen aus, Schneebruch blockierte die Zufahrtswege, der Eisenbahnverkehr kam zum Erliegen.

### Schadenslage im Landkreis Rottal-Inn und Deggendorf

Auch diese Gebiete sind von der Wucht der Schneefälle stark betroffen worden. Über 40 Betonmasten knickten um, gerissene Überlandleitungen verursachten in weiten Gebieten Stromausfälle. Durch den Bruch eines Betonmastes auf der Heinzelspitze riß die 380-kV-Leitung in Richtung Pfarrkirchen und unterbrach diese wichtige Stromversorgung. Weitere Starkstromleitungen hingen durch die Schnee- und Eislast gefährlich tief und stellten dadurch große Gefahren dar. Der Katastrophenalarm wurde hier ebenfalls am 30. März 1979 um 14.30 Uhr gegeben.

### Einsatz des THW

Neben über 1000 Monteuren der Stromversorgungsunternehmen, Soldaten der Bundeswehr und Helfern der Feuerwehren waren 250 Helfer aus 15 meist niederbayerischen Ortsverbänden mit 62 Stromerzeugern mit einer Leistung von 3–7,5 kVA und 7 Stromerzeugern mit einer Leistung von 20–250 kVA, dazu Beleuchtungsmittel, im Einsatz.

Drei Instandsetzungszüge unterstützten in den Landkreisen Passau und Rottal-Inn die Energieversorgungsunternehmen bei der Instandsetzung von Freileitungen, Notstromanlagen und Stromerzeuger wurden am folgenden Tag vermehrt benötigt, da die Stromversorgung trotz der ununterbrochenen Reparaturarbeiten der Energieversorgungsunternehmen unter der Mithilfe der drei Instandsetzungszüge des THW noch nicht gesichert werden konnte. Die Stromerzeuger mit einer Leistung von 30 bis 250 kVA

wurden zur direkten Stromeinspeisung in Ortsnetze verwendet. Dies geschah hauptsächlich im Landkreis Deggendorf. Aggregate mit kleinerer Leistung (ab 1,5 kVA) sind zur Versorgung von Einzelgehöften und Betrieben eingesetzt worden. Die Helferschaft führte darüber hinaus Aufräumungsarbeiten sowie Instandsetzungen von Freileitungen durch. Am 1. April 1979 waren in den Landkreisen Deggendorf, Rottal-Inn und Passau (auch im Stadtbereich) noch eingesetzt: 14 Stromerzeuger mit einer Leistung von 20–250 kVA

79 Stromerzeuger mit einer Leistung von 3–7,5 kVA, personell 275 THW-Helfer aus 18 Ortsverbänden. Der Katastrophenalarm wurde für den Landkreis Passau – außer für einige Ortschaften – am 2. April 1979 um 11.25 Uhr aufgehoben. Stromerzeuger und THW-Helfer waren jedoch weiterhin im Einsatz.

Im Landkreis Rottal-Inn bestand der Katastrophenalarm bis zum 4. April 1979 um 17.10 Uhr. Am 5. April 1979 waren noch eingesetzt:

2 Stromerzeuger mit einer Leistung von 20–50 kVA

62 Stromerzeuger mit einer Leistung von 2–7,5 kVA sowie

35 Helfer aus 6 Ortsverbänden.

### Einsatzerfahrungen

Der Einsatz von Mannschaften und Gerät wurde auf Anforderung der HVB vom THW-Landesbeauftragten für Bayern koordiniert. Durch das schnelle Handeln der für den Katastrophenschutz Verantwortlichen konnte umgehend und ohne Verzug praktische Hilfe geleistet werden, die durch die Möglichkeit der Funkalarmierung wesentlich beschleunigt wurde. Der verstärkte Einsatz von Instandsetzungszügen in Zusammenarbeit mit den Versorgungsträgern gestaltete sich problemlos. Aufgrund der bei gemeinsamen Einsätzen gemachten Erfahrungen sind die Energieunternehmen an einer weiteren Zusammenarbeit mit dem THW sehr interessiert.

Die von allen eingesetzten Kräften erbrachten Leistungen fanden vielfache Anerkennung. So sprach auch der Regierungspräsident von Niederbayern, Dr. Schmid, dem THW in einer Veröffentlichung seinen Dank aus.



# Wasser – lebensnotwendig

## Die Sicherung der Trinkwasserversorgung im Rahmen des Wassersicherstellungsgesetzes

Vor 14 Jahren, am 16. September 1965, trat das Wassersicherstellungsgesetz (WasSG vom 24. August 1965) in Kraft. Es ist ein auf der ausschließlichen Gesetzeskompetenz des Bundes (Art. 73 Abs. 1 GG) beruhendes Zivilverteidigungsgesetz und rechnet zu den fünf Sicherstellungsgesetzen, die unter der Bezeichnung „Vorsorgegesetze“ ihre Zweckbestimmung deutlich machen [1]. Von den übrigen vier Vorsorgegesetzen (Wirtschaftssicherstellungsgesetz vom 24. 8. 1965, Ernährungssicherstellungsgesetz vom 24. 8. 1965, Verkehrssicherstellungsgesetz vom 24. 8. 1965 und Arbeitssicherstellungsgesetz vom 9. 7. 1968) unterscheidet sich das WasSG dadurch, daß es bereits in Friedenszeiten durchgeführt wird und die in seinem Rahmen erstellten Anlagen auch zu anderen Zwecken als den Sicherstellungszwecken im V-Fall verwendet werden dürfen (§ 8 WasSG). Die aufgrund des § 2 WasSG gebauten Notversorgungsanlagen sind zwar grundsätzlich dazu bestimmt, die Versorgung der Zivilbevölkerung und der Streitkräfte mit Trinkwasser im Verteidigungsfall sicherzustellen, d. h. den lebensnotwendigen Bedarf an Trinkwasser zu decken, auf dieser Zweckbestimmung darf jedoch nicht starr und ausschließlich bestanden werden. Gemäß § 8 WasSG ist eine andere Verwendung nur dann auszuschließen, wenn dadurch die ursprüngliche und eigentliche Zweckbestimmung beeinträchtigt werden würde. Schon im Interesse der Betriebsfähigkeit sowohl von Notbrunnen als auch von anderen wasserwirtschaftlichen Vorsorgemaßnahmen, z. B. Verbundleitungen, ist es sinnvoll, sie für anderweitige Zwecke heranzuziehen.

Eine anderweitige Verwendung der Anlagen ist an die Zustimmung der nach § 26 WasSG zuständigen Behörde gebunden; die Zustimmung darf grundsätzlich jedoch nicht versagt werden. Möglichkeiten einer „friedensmäßigen“ Verwendung sind gegeben bei allen Not- oder Katastrophensituationen auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft, z. B. in Dürrekatastrophen, Wassermangelperioden oder ähnlichen Notlagen. Zu der Frage der Verwendung wasserwirtschaftlicher Vorsorgemaßnahmen für den V-Fall

sind aus den haushaltsrechtlichen Erläuterungen zu Kap. 3604 Titel 88370 des Bundeshaushaltsplanes folgende Anmerkungen zu entnehmen:

„Die Maßnahmen beruhen auf dem Wassersicherstellungsgesetz und dienen der lebensnotwendigen Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser, Betriebswasser sowie Löschwasser im Verteidigungsfall. Im Vordergrund steht der Aufbau einer Trinkwasser-Notversorgung. Die für den Verteidigungsfall vorgesehenen Anlagen und Einrichtungen stehen auch der Wasserversorgung im Frieden zur Verfügung.“

Diese Aussage kann unter Berücksichtigung allgemein volkswirtschaftlicher Gesichtspunkte nicht genug gewürdigt werden.

### Bisherige Vorsorgemaßnahmen

Schon ab 1960, also noch vor Inkrafttreten des WasSG, wurden wasserwirtschaftliche Vorsorgemaßnahmen durchgeführt. Für verschiedene, überwiegend punktuell festgelegte Maßnahmen wurden dabei von 1960 bis 1967 Bundeszuschüsse von insgesamt rd. 19,3 Mio. DM

bereitgestellt. Zu nennen sind in dem Zusammenhang Sicherungsmaßnahmen an den Wasserwerken Kiel-Wik [2] (Abb. 1) und Dortmund-Villigst (Abb. 2 und 3), zusätzliche Schutz- und Sicherungsanlagen an der Biggetalsperre, die Verlegung einer Verbundleitung zwischen Lübeck und Travemünde sowie der Bau verschiedener Notbrunnen in Hamburg, Bremen und Karlsruhe. Außerdem wurden Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt für Untersuchungen und Erprobungen, für die Erstellung von Musterplanungen zur Sicherung der Trinkwasserversorgung sowie für Sprengversuche an Rohrleitungen und Brunnen. Hierdurch wurden Erkenntnisse gewonnen, die mit die Grundlage für spätere Durchführungsmaßnahmen bildeten [3].

Für die seit 1968 vom Bund bereitgestellten Haushaltsmittel konnten aufgrund des laufenden Schwerpunktprogramms „Trinkwasser-Notversorgung aus Brunnen und Quelfassungen“ im Rahmen des Wassersicherstellungsgesetzes mit Ermittlungsstand vom 31. 12. 1977 2434 netzunabhängige Trinkwasser-Notbrunnen mit Gesamtkosten von rd. 101,5 Mio. DM und 15 kurze Verbundleitungen in einer Gesamtlänge von 14 755 m und Kosten von rd. 2,56 Mio. DM fertig-

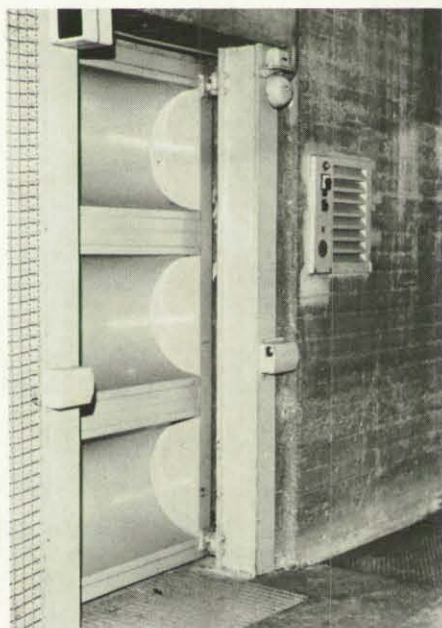
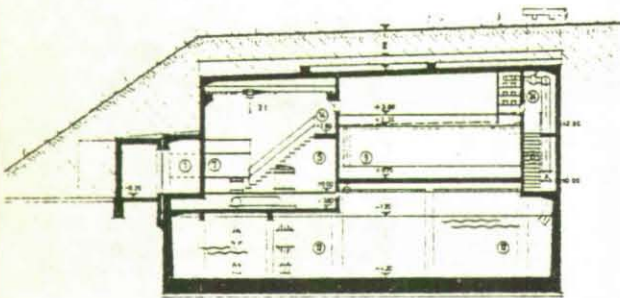
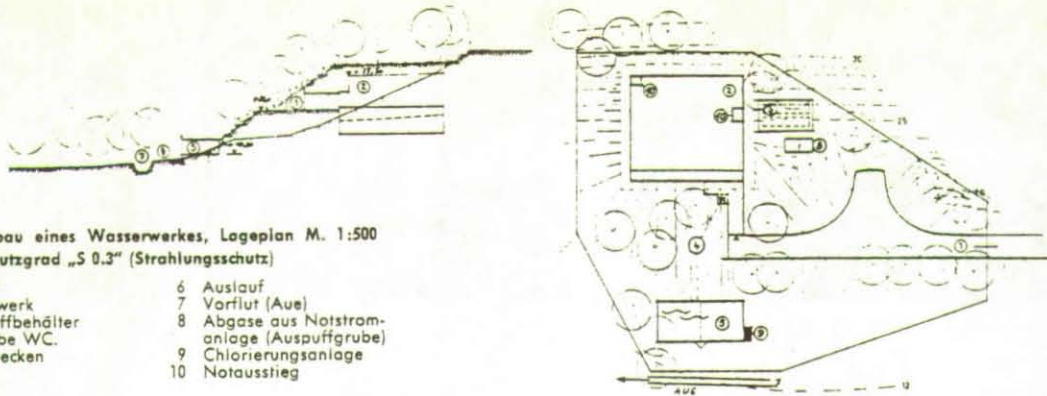


Abb. 2 und 3: Sicherungsmaßnahmen im Wasserwerk Dortmund-Villigst.

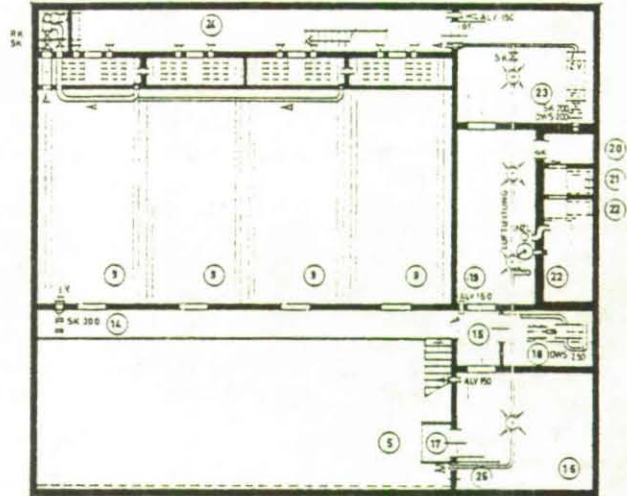
Erprobungsbau eines Wasserwerkes, Lageplan M. 1:500  
mit dem Schutzgrad „S 0,3“ (Strahlungsschutz)

- |                      |   |
|----------------------|---|
| 1 Einfahrt           | 6 Auslauf                                       |
| 2 Wasserwerk         | 7 Vorflut (Aue)                                 |
| 3 Kraftstoffbehälter | 8 Abgase aus Notstrom-<br>anlage (Auspuffgrube) |
| 4 Klärgrube WC.      | 9 Chlorierungsanlage                            |
| 5 Absetzbecken       | 10 Notausstieg                                  |



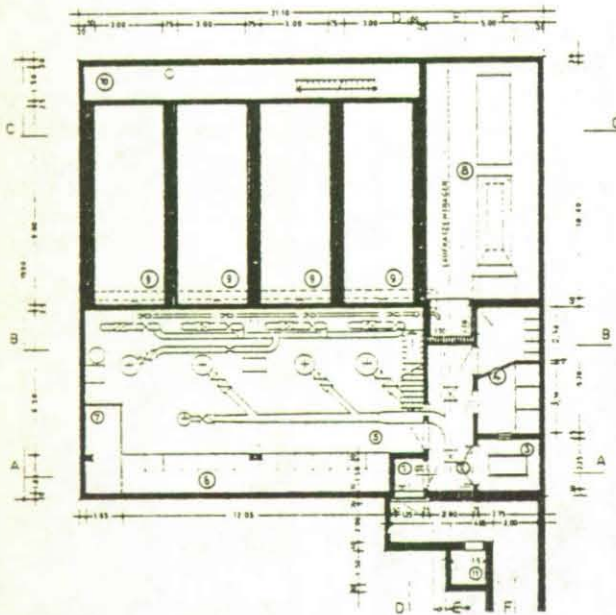
Schnitt D - D

- |  |                       |
|--|-----------------------|
| 1 Eingang (Schleuse)                     | 10 Kontrollgang       |
| 5 Maschinenhalle                         | 12 Reinwasserbehälter |
| 7 Maschinist                             | 14 Kontrollbrücke     |
| 9 Kiesfilter für Wasser-<br>aufbereitung | 24 Kontrollgang       |



Obergerchoß-Grundriß (Schutzbelüftung)

- |   |                                  |
|---|----------------------------------|
| 5 Maschinenhalle                        | 19 Labor u. Aufenthalts-<br>raum |
| 9 Kiesfilter f. Wasser-<br>aufbereitung | 20 Schleuse                      |
| 14 Kontrollbrücke                       | 21 Notausstieg                   |
| 15 Vorräum                              | 22 Grobsandfilter                |
| 16 Batterieraum u.<br>Werkstatt         | 23 Lager                         |
| 17 Kragplatte                           | 24 Kontrollgang                  |
| 18 Gebläseraum                          | 25 Notabort                      |
|   | 26 Luftansaugschacht             |
- Filter ALV  
Ventilator Abluftventil  
DWS NZL  
Druckwellensicherung Normale Zuluft  
SK L 15/3  
Schnellschlußklappe Schutzlüfter  
RK ZV  
Rückschlagklappe Zentrifugal-Ventilator-  
Luftbehandlungsgerät



Grundriß Geschoß ± 0.0

- |   |                  |
|---|------------------|
| 1 Eingang (Schleuse)  | 7 Maschinist     |
| 2 Vorräum   | 8 Notstromanlage |
| 3 Trato   | 9 Kiesfilter     |
| 4 Schaltraum (für Hoch-<br>spannung u. Notstrom-<br>anlage) | 10 Kontrollgang  |
| 5 Maschinenhalle  | 11 WC.           |
| 6 Niederspannung  |                  |
- 

Wasserwerk Wik der Stadtwerke Kiel.  
Beispielhafter Erprobungsbau auf  
dem Gebiet der Wasserwirtschaft  
mit dem Schutzgrad "S 0,3"  
(Strahlungsschutz), Leistung 800m<sup>3</sup>/h

Abb. 1: Wasserwerk Wik der Stadtwerke Kiel.

Kap. 3604 Titel 883 01  
Haushaltsjahre 1968 - 1977

Stand: 31. Dezember 1977

Betr.: Durchführung von Vorsorgemaßnahmen nach dem WasSG bis 31.12.1977  
(nur Notbrunnen, keine Verbundleitungen) 1)

Land	1.1. bis 31.12.1977			Summe bis 31.12.1977			Einwohner nach dem Prioritätenprogramm (I - III), Stand: 15.12.1977
	Notbrunnen (Neubauten u. Umbauten)	Kosten	Versorgte Einwohner	Notbrunnen (Neubauten u. Umbauten)	Kosten	Versorgte Einwohner	
	Stck.	DM	E	Stck.	DM	E	E
Baden- Württemberg	10	732.700	42.700	182	9.504.750	934.700	3.217.200
Bayern	8	697.900	67.680	211	19.368.050	1.355.940	4.262.300
Bremen	8	120.600	42.000	162	1.528.490	631.130	712.400
Hamburg	10	64.200	57.000	105	4.477.380	1.564.100	1.688.000
Hessen	21	1.177.600	97.050	166	8.887.350	869.850	4.078.500
Niedersachsen	57	1.984.700	193.800	407	9.420.400	1.580.600	3.825.900
Nordrhein- Westfalen	25	1.672.800	155.160	497	19.876.900	2.574.500	14.099.200
Rheinland- Pfalz	6	582.700	21.500	176	10.811.680	836.100	2.469.600
Saarland	--	--	--	67	5.394.000	230.330	712.300
Schlesw.-Holst.	6	339.500	37.200	124	7.327.860	815.460	1.712.800
zusammen (ohne Berlin)	151 ===	7.372.700 =====	714.090 =====	2.097 =====	96.596.860 =====	11.892.710 =====	36.778.200 =====
Berlin	15 <sup>2)</sup>	245.500	26.600	337 <sup>3)</sup>	4.933.000 <sup>3)</sup>	546.070 <sup>3)</sup>	1.966.700
Summe (mit Berlin)	166 ===	7.618.200 =====	740.690 =====	2.434 <sup>4)</sup> =====	101.529.860 =====	12.438.780 <sup>4)</sup> =====	38.744.900 =====

1) Angaben über Kap. 3604 Titel 883 01 gebaute Verbundleitungen - bisher wurden 15 Stück abgerechnet - erfolgen gesondert in Tabelle 2

2) Hinzu kommen 31 Brunnen, die 1977 aus anderen Mitteln mit Kosten von rd. 469.500 DM zur Versorgung von weiteren rd. 49.680 Einwohnern erstellt worden sind.

3) In Berlin sind seit 1968 337 Straßenbrunnen mit Mitteln (rd. 4,933 Mio DM) des WasSG erstellt worden. Damit können rd. 546.000 Einwohner notversorgt werden. Hinzu kommen 385 Straßenbrunnen, die mit Kosten von rd. 5,934 Mio DM aus anderen Mitteln zur Versorgung von weiteren rd. 1.400.000 Einwohnern zur Verfügung stehen. Damit sind in Berlin bis 31.12.77 337 und 385 = 1.222 handbetriebene Straßenbrunnen zur Versorgung von rd. 546.000 und 1.400.000 = rd. 1.946.000 Einwohnern gebaut worden.

4) Ohne Berücksichtigung von weiteren 885 in Berlin vorhandenen Straßenbrunnen, die nicht aus Mitteln des WasSG gebaut wurden, jedoch für zusätzliche rd. 1,402 Mio Einwohner zur Deckung des Bedarfs an lebensnotwendigem Trinkwasser - netzunabhängig - bereitstehen. Insgesamt können somit 12,438 Mio + rd. 1,402 Mio = rd. 13,84 Mio Einwohner aus netzunabhängigen Notbrunnen versorgt werden.

Betr.: Durchführung von Vorsorgemaßnahmen nach dem  
WasSG bis 31.12.1977  
(nur Verbundleitungen, keine Notbrunnen)

	Verbund- leitung	Länge	Durchmesser	Baukosten	Versorgte Einwohner	Bemerkungen
	Stck.	m	mm	DM	E	
Baden-Württemberg	1	4.080	100	60.000	15.000	Schnellkupplungsrohre
Bayern	-	-	-	-	-	
Berlin	-	-	-	-	-	
Bremen	1	450	400	256.524	50.000	Kostenanteilig für DN 350 mm
Hessen	4	1.943	100-400	926.150	132.000	Frankfurt/Offenbach 2 VB für 30.000 und 70.000 = 100.000 E.
Niedersachsen	6	4.310	150-250	677.165	178.215	
Nordrhein-Westfalen	-	-	-	-	-	
Rheinland-Pfalz	1	764	150	180.704	20.000	Stat.Zubringerltg.
Saarland	2	3.208	150	455.036	8.440	Völklingen
Schleswig-Holstein	-	-	-	-	-	
<b>zusammen:</b>	<b>15</b>	<b>14.755</b>	<b>100-400</b>	<b>2.555.578</b>	<b>403.655</b>	
	<b>==</b>	<b>=====</b>	<b>=====</b>	<b>=====</b>	<b>=====</b>	

Tabelle 2

gestellt werden. Mit diesen bisher abgeschlossenen Maßnahmen sind – unter Einschluß der bereits vor 1968 in Berlin-West vorhandenen handbetriebenen „Berliner Straßenbrunnen“ – rd. 13,8 Millionen Einwohner, das sind etwa 22,5 % der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland, mit lebensnotwendigem Trinkwasser nach dem Wasserversicherungsgesetz zu versorgen.

Aus den hier abgedruckten Übersichten in tabellarischer Form sind Einzelheiten über die in den elf Bundesländern bei Kap. 3604 Titel 88301 (Bundesmittel für wasserwirtschaftliche Vorsorgemaßnahmen) erstellten Notbrunnen und vereinzelt auch Verbundleitungen in Verbindung mit Kostenangaben und versorgten Einwohnern zu entnehmen.

Über die Notversorgung von weiteren Teilbereichen des Bundesgebietes durch Maßnahmen aufgrund des Zukunftsinvestitionsprogramms „Notversorgung und großräumiger Ausgleich“ wird in diesem Zusammenhang lediglich hingewiesen. Ein noch in Druck befindlicher Beitrag [4] soll nähere Ausführungen über den Bau von Verbundleitungen zwischen verschiedenen Städten/Gemeinden und eigenständigen, benachbarten Wasser-

gestionsprogramms „Notversorgung und großräumiger Ausgleich“ wird in diesem Zusammenhang lediglich hingewiesen. Ein noch in Druck befindlicher Beitrag [4] soll nähere Ausführungen über den Bau von Verbundleitungen zwischen verschiedenen Städten/Gemeinden und eigenständigen, benachbarten Wasser-



Abb. 4: Verlegung einer Verbundleitung zwischen Duderstadt und Bad Lauterberg im Zonenrandgebiet.

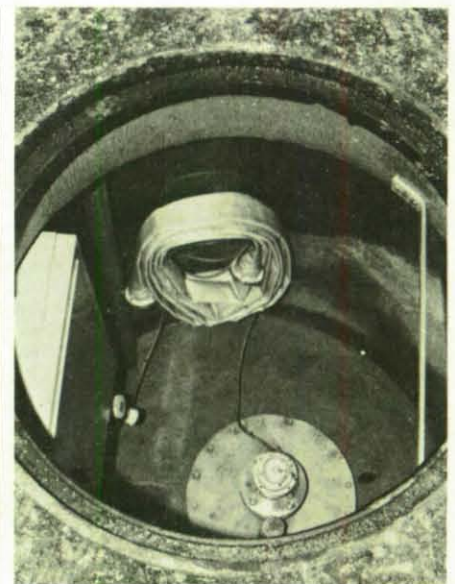


Abb. 5: Blick in das Innere eines Trinkwasser-Notbrunnens (Brunnenstube) mit eingebautem Schaltkasten.

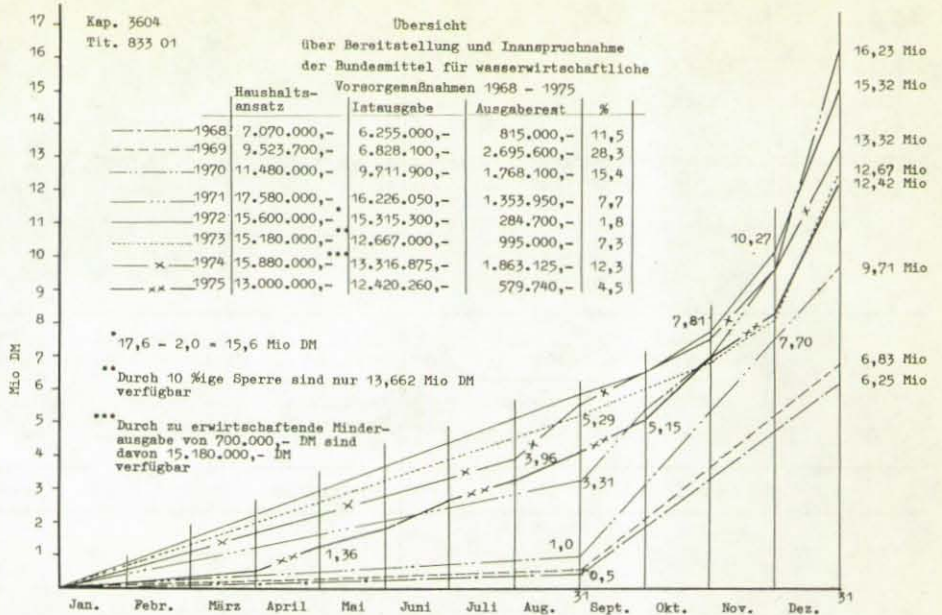
versorgungsunternehmen bringen, aus denen sich ergibt, daß mit Mitteln des Bundes in Höhe von rd. 100 Mio. DM der Bau von insgesamt rd. 390 km Rohrleitungen (Abb. 4) und weiteren 128 Trinkwassernotbrunnen (Abb. 5) gefördert wurde. Auf der Grundlage 83 objektgebundener Aufträge an acht Bundesländer können dadurch weitere rd. 6,2 Mio. Einwohner nach dem Wassersicherstellungsgesetz mit lebensnotwendigem Trinkwasser versorgt werden. Darüber hinaus steht das Wasser im Bedarfsfall auch für Löschzwecke zur Verfügung. Die einzelnen, seit Mitte 1977 in Auftrag gegebenen Vorsorgemaßnahmen sollen bis Ende 1979 abgeschlossen und betriebsbereit sein.

## Haushaltsmittel

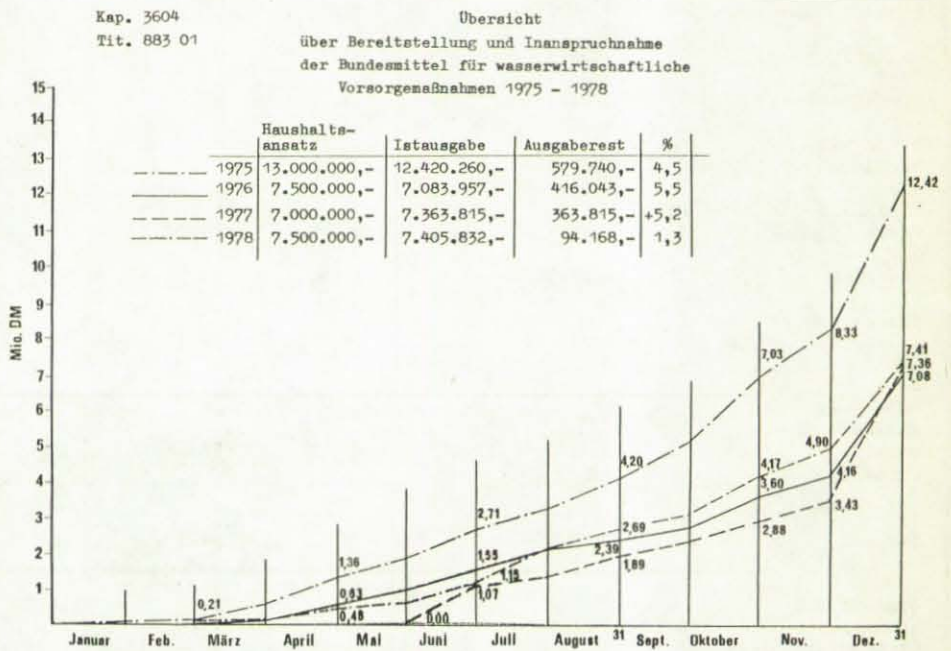
Für die Durchführung wasserwirtschaftlicher Vorsorgemaßnahmen für den Verteidigungsfall wurden bis Ende 1978 im Rahmen des Schwerpunktprogramms „Trinkwasser-Notversorgung aus Brunnen und Quellfassungen“ (laufendes Bauprogramm bei Kap. 3604 Titel 88301 des Bundeshaushalts) insgesamt rd. 114 Mio. DM verausgabt. Hierzu geben zwei Übersichten über Bereitstellung und Inanspruchnahme der Bundesmittel für wasserwirtschaftliche Vorsorgemaßnahmen von 1968 bis 1974 sowie von 1975 bis 1978 weiteren Aufschluß [5].

In dem „Entwurf eines Gesetzes über die Sicherstellung von Leistungen auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft für Zwecke der Verteidigung“ vom 5. August 1963 (Drucksache IV/1448) sind für die Durchführung aller in § 1 des Wassersicherstellungsgesetzes in einem Aufgabenkatalog zusammengefaßten Maßnahmen Kosten von rd. 3,58 Milliarden DM genannt, von denen der Bund rd. 2,8 Milliarden zu tragen hat. Der Aufgabenkatalog enthält alle die seinerzeit für notwendig erachteten Vorsorgemaßnahmen „zur Versorgung oder zum Schutz der Zivilbevölkerung und der Streitkräfte im Verteidigungsfall“ (§ 1 WasSG). Sie beziehen sich im einzelnen auf

- die Deckung des lebensnotwendigen Bedarfs an Trinkwasser,
- die Versorgung mit Betriebswasser in unentbehrlichem Umfang,
- die Deckung des Bedarfs an Löschwasser,
- die Ableitung und Behandlung des Abwassers zur Abwendung gesundheitlicher Gefahren,
- das Aufstauen und Ablassen des Wassers in Stauanlagen sowie das Füllen und Entleeren von Speicheranlagen zum Schutz gegen Überflutung,



### Übersicht 1



### Übersicht 2

– die Entwässerung von besiedelten Gebieten mit künstlicher Vorflut in unentbehrlichem Umfang.

Die Haushaltslage des Bundes sprach jedoch schon damals gegen die gleichzeitige Verwirklichung aller Maßnahmen.

Daher erscheint in § 1 Abs. 2 WasSG die einschränkende Anmerkung, daß sich Maßnahmen nach diesem Gesetz und Maßnahmen nach aufgrund dieses Gesetzes erlassener Rechtsverordnungen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel halten müssen und auf das unerläßliche Maß zu beschränken sind. Man kam der Forderung nach und beschränkte sich zunächst auf die Inangriffnahme der Trinkwasser-Notversorgung. Die Grundlage hierfür bildete das

Schwerpunktprogramm „Trinkwasser-Notversorgung aus Brunnen und Quellfassungen“. Es sollte nach damaligen Vorstellungen in zehn Jahren abgeschlossen sein, um somit dem Gesetzesauftrag zur Erfüllung des § 1 Abs. 1 Ziff. 1 WasSG gerecht zu werden. Die auf dem Ermittlungsstand von 1963 errechneten Kosten für die Durchführung des geplanten Zehn-Jahres-Programms beliefen sich auf rd. 260 Mio. DM Bundesanteil.

Legt man vom Ermittlungsstand 1963 in 15 Jahren eine Kostensteigerungsrate von 100 % zugrunde, so wären auf der Preisgrundlage von 1978 noch etwa 400 Mio. DM zur Abwicklung des Schwerpunktprogramms aufzubringen. Bei einem Mittelansatz von „Null“ in

Betr.: Durchführung von Vorsorgemaßnahmen nach dem WasSG bis 31.12.1977  
(nur Notbrunnen, keine Verbundleitungen)

- Ergebnisse - <sup>1)</sup>

	Versorgte Einwohner	Kosten	Kosten	Durchschnittl. Brunnentiefe	Durchschnittl. Förderleistung	Versorgte Einwohner	Versorgte Einwohner
	Notbrunnen	Notbrunnen (arithm.Mittel)	versorgte Einwohner	(arithm.Mittel)	Notbrunnen (arithm.Mittel)	zu versorgende Einwohner ++)	Gesamt-Einwohner
	vers.E/Br.	DM/Br.	DM/vers.E	m	m <sup>3</sup> /h	% <sup>2)</sup>	% <sup>3)</sup>
Baden-Württemberg	5.136	52.224	10,17	43,5	20,2	29,1	10,2
Bayern	8.796	91.792	10,44	65,4	23,6	43,5	17,2
Bremen	3.896	9.435	2,42	18,7	18,2	88,6	88,6
Hamburg	14.896	42.641	2,86	130,7 <sup>4)</sup>	61,5 <sup>4)</sup>	92,7	92,7
Hessen	5.240	53.538	10,22	32,9	19,9	21,3	15,7
Niedersachsen	3.883	23.146	5,96	26,7	12,6	41,3	21,9
Nordrhein-Westfalen	5.180	39.994	7,72	27,0	24,1	18,3	15,1
Rheinland-Pfalz	4.750	61.430	12,93	49,2	28,2	33,9	22,7
Saarland	3.438	80.507	23,42	56,5	9,6	32,3	21,0
Schleswig-Holstein	6.576	39.096	8,97	56,1	31,3	47,6	31,6
Bundesdurchschnitt (ohne Berlin)	5.671 =====	46.064 =====	8,12 =====	37,6 =====	18,7 =====	32,3 =====	20,0 =====
Berlin <sup>5)</sup>	1.620	14.638	9,03	36,5	1,5	27,8	27,8
Bundesdurchschnitt (mit Berlin)	5.110 =====	41.713 =====	8,16 =====	37,1 =====	10,1 =====	32,1 =====	20,2 =====
						(35,7) <sup>6)</sup>	(22,5) <sup>6)</sup>

1) Die Auswertung berücksichtigt nur die Notversorgung durch Trinkwasser-Notbrunnen. Ergebnisse, die aufgrund der bei Kap. 3604 Titel 883 01 bisher fertiggestellten 15 Verbundleitungen erzielt wurden - wodurch weitere rd. 0,4 Mio Einwohner zu versorgen sind - sind aus Tabelle 4 zu ersehen.

2) Die Angaben der "zu versorgenden Einwohner" stützen sich auf das derzeit gültige "Regionale Prioritätenprogramm", Stand: 15.12.1977.

3) Zugrunde gelegt wurden die in dem Statistischen Jahrbuch 1977 angegebenen Einwohnerzahlen.

4) Brunnentiefe und Förderleistung müssen in Hamburg in Verbindung mit den bereits vor 1968 vorhandenen privaten Brunnenanlagen gesehen werden. Bei der Ermittlung des Bundesdurchschnitts (Tiefe und Förderleistung) wurde Hamburg nicht mit einbezogen.

5) Die Ergebnisse für Berlin stützen sich nur auf die mit Bundesmitteln aus dem WasSG von rd. 4,933 Mio DM erstellten 337 Notbrunnen. Unter Berücksichtigung der zusätzlich vorhandenen 885 Straßenbrunnen (siehe hierzu Fußnote 4 zu Anlage 4) beträgt das Verhältnis "Versorgte Einwohner" zu "Gesamteinwohner" = 1,948 Mio zu 1,967 = 99 %. Danach können 99 % der Bevölkerung West-Berlins aus Straßenbrunnen versorgt werden.

6) Unter Einbeziehung der in Berlin zusätzlich versorgten 1,402 Mio Einwohner durch 885 aus anderen Mitteln erstellte Straßenbrunnen.

Betr.: Durchführung von Vorsorgemaßnahmen nach dem WasSG bis 31.12.1977  
(nur Verbundleitungen, keine Notbrunnen)

- Ergebnisse -

Land	Versorgte Einwohner	Versorgte Einwohner		Kosten		Kosten Versorgte Einwohner DM/E	Bemerkungen
		Verbundleitung		Verbundleitung			
	E	E/Stck.	E/100 lfdm	DM/Stck.	DM/lfdm		
1	2	3	4	5	6	7	8
Baden-Württemberg	15.000	15.000	367	15.000	15	4,00	Schnellkupplungsrohre DN 100
Bayern	-	-	-	-	-	-	
Berlin	-	-	-	-	-	-	
Bremen	50.000	50.000	11.111	256.000	570	5,13	DN 400
Hamburg	-	-	-	-	-	-	
Hessen	132.000	33.000	6.794	231.000	476	7,00	DN: 100-400
Niedersachsen	178.215	29.700	4.135	113.000	197	3,80	DN 150-250
Nordrhein-Westfalen	-	-	-	-	-	-	
Rheinland-Pfalz	20.000	20.000	2.618	181.000	236	9,04	DN 150
Saarland	8.440	4.220	263	227.000	142	53,91(!)	DN 150
Schleswig-Holstein	-	-	-	-	-	-	
Bundesdurchschnitt	403.655 =====	26.910 =====	2.735 =====	170.000 =====	173 =====	6,33 =====	

Tabelle 4

1979, 1,0 Mio. in 1980, 2,0 Mio. in 1981, 2,6 Mio. in 1982 und 4 Mio. in 1983 für das laufende Bauprogramm im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung, genießt das von 1977 bis 1979 abzuwickelnde Programm „Notversorgung und großräumiger Ausgleich“ [4] mit einem Kostenansatz von 100 Mio. DM auch zur Erfüllung des Gesetzauftrags einen hohen Stellenwert.

### Weitere Notversorgungsmaßnahmen nötig

Soll als Zielvorstellung die Versorgung der Gesamtbevölkerung des Bundesgebietes einschließlich Berlin-West, also nicht nur die im „Regionalen Prioritätenprogramm“ (derzeit gültiger Stand: 15. 12. 1977) ermittelte Bevölkerungszahl, angestrebt werden, so sind auch unter Berücksichtigung des Programms

„Notversorgung und großräumiger Ausgleich“ noch rd. 66 % der Bevölkerung mit lebensnotwendigem Trinkwasser nach dem Wassersicherungsgesetz zu versorgen. Selbst wenn man zunächst nur die Erfüllung des Prioritätenprogramms ins Auge faßt, so ergibt sich ein noch zu versorgender Bevölkerungsanteil von rd. 30 % der Gesamtbevölkerung (in den Dringlichkeitsstufen I bis III des mit den Ländern abgestimmten „Regionalen Prioritätenprogramms“ sind nach dem Ermittlungsstand vom 15. 12. 1977 rd. 38,7 Millionen Einwohner der Bundesrepublik einschließlich Berlin-West, das sind rd. 62 % der Gesamtbevölkerung, erfaßt).

### Trinkwasser-Notbrunnen

Die Errichtung weiterer Vorsorgemaßnahmen wird daher zukünftig verstärkt

voranzutreiben sein. Hierbei sollten Überlegungen, wie sie anlässlich der Fachtagung über die Notstandswasserversorgung in der Schweiz im November 1977 am beispielgebenden und in wesentlichen Teilen schon verwirklichten Konzept für die Notstandswasserversorgung der Stadt Zürich angestellt worden sind, Beachtung finden [6]. Im Rahmen des Aufbaus einer netzunabhängigen Trinkwassernotversorgung in der Bundesrepublik Deutschland spielen nach wie vor Trinkwasser-Notbrunnen als Einzelanlagen eine bedeutsame Rolle. Ihre derzeitige Art und Gestaltung findet ihre rechtliche Grundlage in der am 15. September 1973 erlassenen Zweiten Wassersicherungsverordnung (2. WasSV) [7]. Aus ihr ergeben sich die an Notbrunnen zu stellende allgemeine Anforderungen. Zusammenfassend werden sie wie folgt aufgeführt: Trinkwasser-Notbrunnen müssen mitten im bebauten Wohn-

Siedlungs-, Industriegebiet liegen, um ihre Zweckbestimmung zu erfüllen. Sie fördern Grundwasser und sind damit von der Anfälligkeit des Oberflächenwassers kaum betroffen. Sie unterliegen jedoch auch bei Grundwasserförderung zwangsläufig einer gewissen Verunreinigungs- und Verkeimungsgefahr durch Undichtigkeiten umliegender Abwasseranlagen, Lagerstätten von Treibstoffen und Mineralölen u. ä. Mit besonderen Maßnahmen und Desinfektionsmitteln ist dem zu begegnen.

Sie sind, anders als die Wasserversorgungsanlagen der friedensmäßigen Wasserwirtschaft, nicht ständig in Betrieb, zeigen also zwangsläufig gewisse Merkmale der Alterung, denen in geeigneter Weise begegnet werden muß. Sie müssen auch unter außergewöhnlichen Bedingungen betriebsbereit und einsatzfähig sein. Sie müssen auf Jahrzehnte hinaus betriebsbereit bleiben. Sie müssen langfristig mechanischen und chemischen Beanspruchungen widerstehen können. Sie müssen Druck-, Biege- und Stoßbelastungen, sowohl über- als auch unterirdisch, standhalten. Sie müssen zur Abgabe von Wasser im Falle der Not an den Verbraucher leicht zugänglich sein, ohne jedoch durch grobe Unfalls- und durch Sabotagehandlungen beeinträchtigt zu werden. Sie müssen trümmersicher sein, ohne jedoch den Bestimmungen über einen verstärkten Grundschutz nach dem Schutzbau-Gesetz unterworfen zu sein. Sie müssen leicht und möglichst problemlos bedient und gewartet werden können. Sie werden – in der Regel – mit elektrischer Energie aus dem E-Netz betrieben, müssen aber auch bei einem Stromausfall betriebsfähig sein und auch dann noch genügend Wasser liefern. Sie sind – anders als die Anlagen der friedensmäßigen Wasserversorgung – nur mit den unbedingt notwendigen Teilen, also auf die einfachste und billigste Weise zu erstellen. Sie müssen wirtschaftlich und zweckmäßig, also in jeder Hinsicht kostensparend, angelegt sein und betriebsfähig gehalten werden können [8].

Die Bauweise eines Notbrunnens muß den allgemein anerkannten Regeln der Technik, ausgerichtet auf die Zweckbestimmung der Brunnen, entsprechen. Die Baustoffe müssen den mechanischen Belastungen entsprechend den Anforderungen (Festigkeitsnachweis) des § 5 der 2. Wassersicherstellungsverordnung standhalten. Dieser Forderung haben grundsätzlich alle beim Notbrunnenbau verwendeten Bestandteile und Bauelemente, insbesondere Brunnenschacht, Brunnenfilter und Brunnenrohre zu genügen (Abb. 6). Neben mechanischen Be-

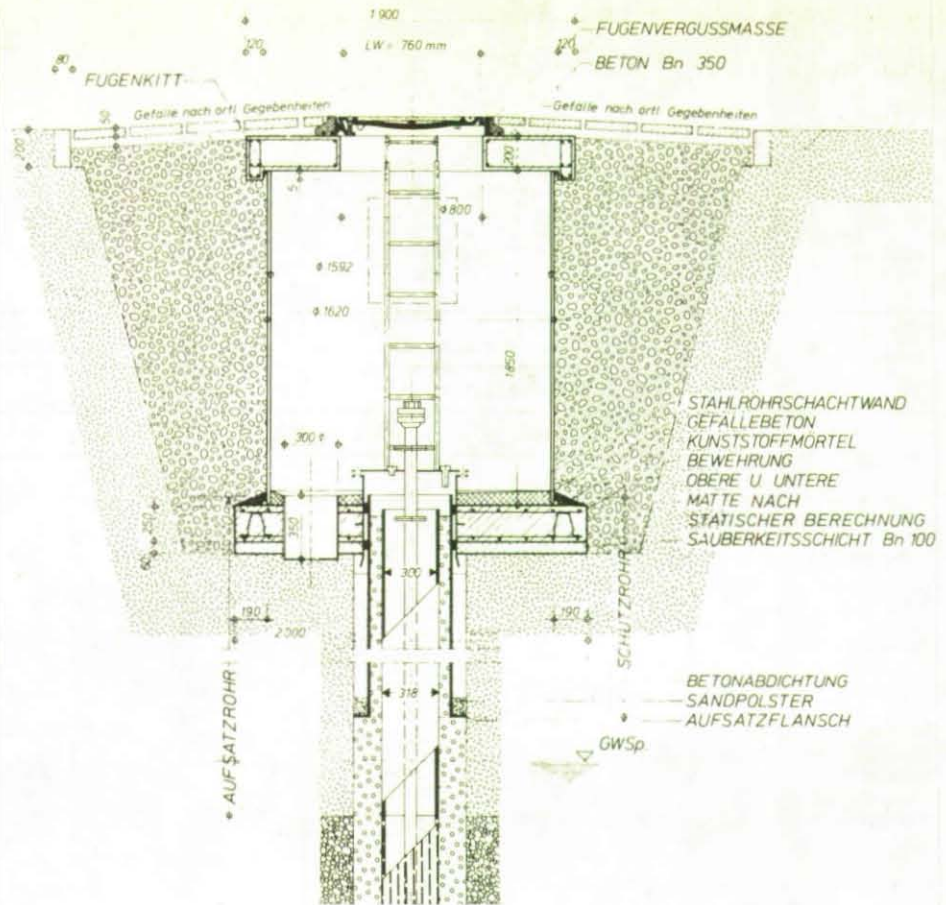


Abb. 6: Schnitt durch einen Trinkwasser-Notbrunnen (Brunnenschacht aus Stahlrohr).

lastungen müssen die Brunnen auch chemischen Beanspruchungen standhalten, z. B. solchen aufgrund radioaktiver Niederschläge, biologischer oder chemischer Kampfmittel. Chemische Einwirkungen können auch in Friedenszeiten durch die Aggressivität des Wassers und des Bodens auftreten.

Die Forderungen der 2. WasSV an den Bau von Einzelbrunnen zur Notversorgung haben ihren Niederschlag in den vom Bundesminister des Innern herausgegebenen „Regelentwürfen für Trinkwasser-Notbrunnen“, derzeit gültige Fassung vom Dezember 1975 (3. Auflage) gefunden.

**In einer zweiten Folge wird das ZS-MAGAZIN über die Förderung von Trinkwasser aus Notbrunnen, insbesondere mit Hilfe von Wasserstrahlpumpen, berichten.**

#### Literatur

[1] Roeber, H. – Such, W. u. Hampel, W.: Wassersicherstellungsgesetz, Band 2: Leitfaden für den Praktiker – Erläuterung der Durchführungsmaßnahmen (Abschnitt I/1). Verlag für Verwaltungspraxis Franz Rehm KG, München.

[2] Henningsen, H.: Das neue Wasserwerk der Stadtwerke Kiel, Wasser und Boden, Heft 5, Mai 1964.

[3] Hampel, W.: Das Wassersicherstellungsgesetz, Grundlagen-Durchführung-Bilanzen (1. u. 2. Teil) ZS-MAGAZIN, Heft 10 und 11/1976.

[4] Such, W. und Hampel, W.: Planung und Durchführung von wasserwirtschaftlichen Vorsorgemaßnahmen im Rahmen des Programms „Notversorgung und großräumiger Ausgleich“ (im Druck).

[5] Roeber, H. – Such, W. und Hampel, W.: Wassersicherstellungsgesetz, Band 2: Leitfaden für den Praktiker – Erläuterung der Durchführungsmaßnahmen abgedruckt unter IV/1.2.1.

[6] Such, W.: Notstandswasserversorgung der Stadt Zürich. Zivilverteidigung Nr. II/78.

[7] Zweite Wassersicherstellungsverordnung (2. WasSV) vom 11. September 1973 (BGBl. I. S. 1313).

[8] Roeber, H. – Such, W. und Hampel, W.: Wassersicherstellungsgesetz, Band 2: Leitfaden für den Praktiker – Erläuterung der Durchführungsmaßnahmen (Abschnitt I/2.2).



## BVS auf der „Internord 79“

Mit einem Informationsstand war der BVS wieder auf der fünften Informations- und Verkaufsschau „Internord“ in Lübeck vertreten. Die Ausstellung, die der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein, Rudolf Titzck, eröffnete, zählt zu den Groß-Ausstellungen im nördlichsten Bundesland.

Auf dem BVS-Informationsstand konnte der Leiter der BVS-Sonderschau, Fachbearbeiter Fröh, zahlreiche Gäste, darunter Innenminister Rudolf Titzck, den Parlamentarischen Staatssekretär Björn Engholm, Abgeordnete des Bundes- und Landtages, Senatoren und Politiker der Hansestadt Lübeck, Journalisten und zahlreiche Vertreter aus Wirtschaft, Sport und Verbänden begrüßen, die sich über den BVS informieren ließen.

Dienststellenleiter Zimmermann gewann einige Interessenten für ehrenamtliche Mitarbeit im BVS und für Selbstschutz-Grundausbildungen.

## Die Ergebnisse der Bezirkspersonalratswahlen

Am 28. April 1979 wurden die Wahlen zum Bezirkspersonalrat des BVS im

Land Schleswig-Holstein durchgeführt. Zum Vorsitzenden wurde erneut Dieter Hoberg, Fachgebietsleiter Öffentlichkeitsarbeit bei der Landesstelle Schleswig-Holstein in Kiel, gewählt. Stellvertretende Vorsitzende wurde Ingeborg Thiesen; sie übernimmt gleichzeitig die Aufgaben des Schriftführers. Karl-Heinz Warnke ist der neugewählte Vertreter der Arbeitergruppe.

In einer Mitteilung an alle Beschäftigten im BVS-Landesstellenbereich dankte der wiedergewählte Vorsitzende Hoberg für das Vertrauen der Wähler und bat für die kommende Amtszeit um die Mitarbeit aller Beschäftigten bei der Lösung der vielfältigen Probleme im BVS.

## Aufklärungsveranstaltungen in Nordfriesland

69 Aufklärungsveranstaltungen mit 2399 Teilnehmern konnte die BVS-Dienststelle Husum im Kreis Nordfriesland im Jahre 1978 durchführen. 1177 Personen nahmen an Selbstschutz-Grundlehrgängen, 112 Personen an Fachlehrgängen teil.

Wie der Leiter der Dienststelle, Green, in seinem Tätigkeitsbericht darlegt, hat die zweite Schneekatastrophe das

zunächst erwartete chaotische Ausmaß nur deshalb nicht angenommen, weil die Bevölkerung sich rasch auf die prekäre Situation eingestellt und – nach den Erfahrungen der ersten Schneekatastrophe zum Jahreswechsel – zur Selbsthilfe gegriffen habe, statt auf Hilfe von außen zu warten.

## Dr. Sahlender 50 Jahre alt

Anlässlich seines 50. Geburtstages gab der Leiter der BVS-Landesstelle Schleswig-Holstein, Dr. Heinrich Sahlender, einen Empfang. Zu den Gratulanten zählten neben den Mitarbeitern der BVS-Landesstelle Schleswig-Holstein und dem Leiter der Landesstelle Hamburg, Beiter, auch Bürgermeister Dr. Stoltenberg (Kronshagen), der Leiter des Warnamtes I, Kneppenberg, der Landesbeauftragte des THW, Meyer, Fregattenkapitän Stricker vom Territorialkommando, Rechtsanwalt Oxford, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, und viele Politiker und Vertreter des öffentlichen Lebens.

Für eine Anzahl von Gästen war dies ein erster Kontakt mit dem BVS; es ergaben sich rege Diskussionen über den Selbstschutz und seine Möglichkeiten.

# HAMBURG

## Damit Hilfe kein Zufall bleibt

Vom 28. April bis 31. Mai 1979 wurde durch die BVS-Dienststelle Harburg für den Gedanken des Selbstschutzes in mehreren Veranstaltungen geworben. Mit der Verteilung von Faltblättern an 10 000 Haushaltungen und 200 Plakaten in Schaufenstern, Betrieben, Dienststellen und Schulen wurde die Bevölkerung auf dieses Geschehen hingewiesen.

In den Kassenräumen der Kreissparkasse Harburg wurde für drei Wochen die Ausstellung „Schutz und Wehr“ gezeigt. Diese Ausstellung fand ein breites Publikum. Zusätzliche Anziehungspunkte waren hierbei alte Feuerwehr- und Rettungsgeräte, die vom Harburger Museum und vom Feuerwehramt hierfür ausgeliehen wurden. Politiker benutzten die Ausstellung, um zu Fragen des Zivilschutzes der

Presse gegenüber ihre Aussage zu machen.

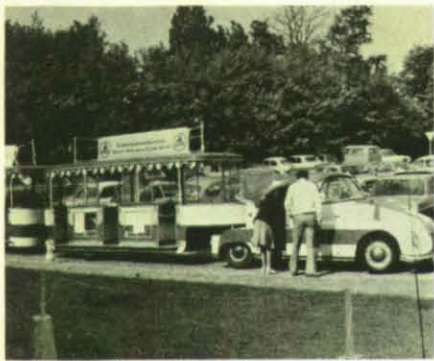
Gleichzeitig stellte ein großes Kaufhaus dem BVS in der Harburger Fußgängerzone ein Schaufenster zum Thema „Bevorratung im Haushalt“ zur Verfügung. Tausende von Passanten wurden so in vier Wochen mit diesem Thema vertraut gemacht.

Höhepunkt aller Veranstaltungen war aber der Sicherheitswettbewerb am 19. Mai auf der vier km langen Marschstrecke rund um den Harburger Außenmühlenteich. Der Leiter des Gartenbauamtes, Oberbaurat Volker Maaß, hatte für diese Veranstaltung die Schirmherrschaft übernommen. An zehn Stationen wurde von den Teilnehmern um die besten Plätze gewetteifert. In den Abendstunden standen dann die Sieger fest. Renate Bruns, Gaby Kuphaldt und der Abgeordnete Peter Kaschowski belegten die drei ersten Plätze.

Sie konnten die wertvollen Porzellanteller und je einen Zusatzpreis vom Schirmherrn entgegennehmen. Aber auch alle anderen Teilnehmer gingen nicht leer aus. Zahlreiche Spenden von Firmen, Geschäftsleuten und auch von Helfern machten es möglich, neben den Urkunden Preise zu überreichen.

Besonders wertvoll aber war, daß nach Aussage der Presse etwa 8000 bis 10 000 Menschen sich dieses Geschehen angesehen haben.

Aber auch für die Unterhaltung der vielen Zuschauer war reichlich gesorgt. Vereine und Organisationen hatten ihre Mithilfe angeboten. So der Holzschnitzer Sotta mit seiner Arbeit und einer Ausstellung, der Hochwild-Schutzpark Schwarze Berge mit seinen Streicheltieren, der Schiffsmodellbauclub Harburg e. V. mit seinen neuesten Modellen auf dem Wasser, Uwe Kirsch und Dirk Wesemann mit einem Disco-



Der BVS-Werbezug auf seiner Werbefahrt für den Sicherheitswettbewerb.



Die Siegerin des BVS-Sicherheitswettbewerbs, Renate Bruns, Harburg, im Kreise ihrer Kinder, die sie während des Wettbewerbs begleiteten. Auch ihr Sohn Carsten (links im Bild) gewann noch einen Preis.



Carl Damm, MdB, (mit Helm) besuchte die Ausstellung „Schutz und Wehr“. Rechts der Direktor der Kreissparkasse, Wolf.

Nachmittag im Garten des Lokals „Die Außenmühle“, unterstützt von einem 40 Personen starken Pop-Chor der Schule Müssenredder. Der Spielmannszug „Deichwacht Hamburg“ und die Bläsergemeinschaft St. Marien gaben auf der Freilichtbühne für die Zuschauer ein zweistündiges Konzert. Die Funkhilfe Süderelbe unterstützte den Sicherheitswettbewerb durch Abstellung von Funkkern an jeder Station. Eine Hubschrauber-Firma veranstaltete für Interessenten Rundflüge über Hamburg. In dieses Unterhaltungsprogramm eingebettet

und im Park verteilt, waren eine Ausstellung der Deichwacht Hamburg und vier Ausstellungen des BVS.

Nach Abschluß der Veranstaltungsreihe war man sich einig: Es waren schwere Tage, aber es hat sich doch gelohnt. Mit einem Dankeswort an Teilnehmer und an die Mitarbeiter der BVS-Dienststelle schloß der Schirmherr die Veranstaltung an der Außenmühle in Hamburg-Harburg.

### Werner Meyer †

Unser langjähriger ehrenamtlicher Helfer

#### Werner Meyer

verstarb plötzlich und unerwartet.

Seit März 1962 gehörte er dem BLSV/BVS an. In Ausbildungsveranstaltungen erwarb er die erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten und wurde bereits 1964 als Beauftragter im ZS-Teilabschnitt Barmbek-West eingesetzt. Diese Tätigkeit übte er bis zur Auflösung der Teilabschnitte aus. Dem BVS hielt er bis zuletzt durch seine aktive Mitarbeit in der Dienststelle Hamburg-Nord die Treue.

Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

BVS-Landesstelle Hamburg

## Bremen



### Zivilschutz-Seminar für Politiker

An einem zweitägigen Seminar der BVS-Landesstelle Bremen nahmen 17 F.D.P.-Kommunalpolitiker aus der Bürgerschaftsfraktion, den Ortsamts- und den Stadtteilbeiräten teil. Senatsrat Dr. Engelmann, Leiter der Abteilung Zivilschutz und Feuerschutz beim Senator für Inneres, erläuterte die Rechtsgrundlagen, Organisation und Aufgaben des Zivilschutzes im Rahmen der Zivilverteidigung. Bauing. (grad.) Karl Golde sprach über die Bedeutung des öffentlichen und privaten Schutzraumbaues, wobei er auf die Zuschüsse des Staates bei der Errichtung von Hausschutzräumen hinwies.

Die Aufgaben des BVS, die Wirkung moderner Angriffswaffen, Schutzmöglichkeiten sowie der Selbstschutz in Wohn- und Arbeitsstätten waren die Themen, über die Diethelm Singer,

Leiter der BVS-Landesstelle, und Heinz-Günther Freese, Fachgebietsleiter Öffentlichkeitsarbeit, die interessierten Politiker informierten. Der innenpolitische Sprecher der F.D.P.-Bürgerschaftsfraktion, Schönfeldt, meinte abschließend, daß trotz der von allen befürworteten und anerkannten Entspannungspolitik der Bundesregierung man den Kopf nicht in den Sand stecken dürfe, sondern rechtzeitig und vorbeugend den Bevölkerungsschutz im Krisenfall, aber auch Vorsorgemaßnahmen für den Katastrophenfall, vorbereiten muß. Die jüngste Schneekatastrophe in Schleswig-Holstein dürfte – so Schönfeldt – genug sein, daß sich Politiker und Bürger verstärkt um Fragen der Vorsorge kümmern.

### Selbstschutzberater bestellt

Den ersten 16 Selbstschutzberatern im Lande Bremen wurden in Bremerhaven im Auftrage des Oberbürgermei-

sters durch den Direktor der Ortspolizeibehörde, Eckart Naumann, ihre Bestellungsschreiben ausgehändigt.

Mitarbeiter des Zivilschutzamtes, Führungskräfte von Feuerwehr, THW, DRK und DLRG waren bei diesem Akt im Katastrophenschutzzentrum Surfelfstraße anwesend. Anschließend gab BVS-Landesstellenleiter Diethelm Singer einen Überblick über die Ausbildung und die Aufgaben der Selbstschutzberater.

### Kurz notiert

Im 1. Vierteljahr 1979 wurden 72 Anfragen von Interessenten für den Bau von Hausschutzräumen von der Landes-/Dienststelle Bremen bearbeitet.

An der ersten öffentlichen Besichtigung des Schutzbauwerkes Admiralstraße, in der eine ständige Zivilschutzausstellung untergebracht ist, nahmen über 60 interessierte Bremer Bürger teil.

## Zivilschutz-Ausstellung im Kurpark

Unter dem Motto „Der Mensch im Mittelpunkt“ fand in Bad Gandersheim, einem aufstrebenden Kurort des südniedersächsischen Raumes, vom 18. April bis 3. Mai 1979 eine eindrucksvolle Ausstellung statt. Die modern eingerichtete Wandelhalle des Gandersheimer Kurparks war ein geeigneter Ausstellungsort. Es beteiligten sich alle am Ort vertretenen Katastrophenschutz-Hilfsorganisation wie Freiwillige Feuerwehr, Deutsches Rotes Kreuz und die Verkehrswacht.

Stadtdirektor Gottschalk wies in seiner Eröffnungsansprache – im Beisein vieler Vertreter aus Verwaltung und Wirtschaft – darauf hin, daß es notwendig sei, Gefahrenvorsorge zu betreiben, Schutzmaßnahmen vorzubereiten und sich einer Ausbildung im Selbstschutz zu unterziehen. Das Grundsatzreferat hielt Bereichsbeauftragter Jankowski von der BVS-Landesstelle Niedersachsen.

Die Filmvorführungen des BVS, des Deutschen Roten Kreuzes und der Verkehrswacht waren gut besucht. Besonders Interesse fanden eine von der Freiwilligen Feuerwehr auf dem Kurhausparkplatz durchgeführte Geräteschau sowie ein Bergungseinsatz. Für musikalische Unterhaltung sorgte der Feuerwehr-Musikzug Altgandersheim. An mehreren Tagen wurde die Ausstellung vormittags von Schulklassen besucht.

## Note 1 für BVS-Lehrgang

Ein dickes Lob hat der BVS von den Schülern der 10. Klassen des Gymnasiums in Langen bei Cuxhaven bekommen. In ihrem Jahresbericht über das Schuljahr 1977/78 stellten Lehrer und Schüler dieser Klassen repräsentative oder besonders interessante Unterrichtsstunden dar. Dazu zählten die Pennäler auch einen Lehrgang des BVS. Auf fast zwei Seiten beschreibt Thomas Paradowski aus der damaligen Klasse 10 a den Lehrgang, den der BVS 1978 im Langener Gymnasium durchführte.

Interessant ist die kritische Bewertung der Information des Verbandes: „... Meiner Meinung nach war der Lehrgang ein voller Erfolg. Zwar war der Selbstschutzunterricht am ersten

Tag etwas trocken, obwohl er schon mit Filmen ergänzt war, aber dafür ging er uns alle an, und wen interessierte es nicht, wie er sich z. B. bei einem Atombombenangriff schützen kann. Als Ausgleich ... war der zweite Tag mit seinen vielen praktischen Dingen, die man ausprobieren konnte, eine volle Entschädigung und verdiente mindestens die Note 1. Was da alles an Maßnahmen gezeigt wurde, ... war schon sehr gut. Bestechend ... die Freundlichkeit und Offenheit der beiden Lehrgangleiter. Sie belegten die einzelnen Themen immer wieder mit Beispielen aus der Umgebung und beantworteten jede Frage bereitwillig ... Ich meine, dieser Lehrgang sollte auf jeden Fall für die Abgangsklassen durchgeführt werden.“

## Seminar für Ärzte und Verwaltungsleiter

24 leitende Ärzte und Verwaltungsleiter von Krankenhäusern nahmen in Lüneburg an einem BVS-Informationseminar „Zivilschutz“ teil. Neben den allgemeinen Themen dieser Seminare interessierten die Klinikchefs und Verwaltungsleiter besonders die Bereiche, die einen unmittelbaren Bezug zu ihren Arbeitsgebieten haben.

Die BVS-Landesstelle hatte deshalb das Thema „Die Zivilverteidigung auf dem Gebiet des Gesundheitswesens“ und die Besichtigung eines unterirdischen Notkrankenhauses in das Programm aufgenommen. Referent war Ministerialrat Helmut Tolle aus dem Sozialministerium in Hannover – ein Sachkenner, der sich kritisch mit ge-



Die Teilnehmer am Seminar besichtigen das Notkrankenhaus in Oedeme/Lüneburg. Innerhalb einer halben Stunde ist dieses Notkrankenhaus betriebsbereit. 3. v. rechts: Ministerialrat Helmut Tolle, einer der Referenten des Seminars.

sundheitspolitischen Maßnahmen des Bundes für den Krisenfall auseinandersetzte. Er beklagte u. a. die mangelnde Bereitschaft, größere Mittel für den Bau von Hilfskrankenhäusern bereitzustellen. Das sei deshalb unverständlich, so Tolle, weil sie nur 5 % der Summe für ein friedensmäßiges Krankenhaus ausmachten. Der Referent demonstrierte den fachkundigen Seminarteilnehmern anschließend die Praxis: Besichtigt wurde das unterirdische Notkrankenhaus in Oedeme in der Nähe von Lüneburg. Bei dieser Gelegenheit erfuhren die Besucher, daß Niedersachsen trotz der angespannten Finanzlage mehr Notkrankenhäuser bereithält als andere Bundesländer.

Das Referat von Dieter Wolter über den „Selbstschutz in Krankenhäusern“, in dem er das Beispiel der Medizinischen Hochschule Hannover aufzeigte, war das zweite große Thema. Wolter, der in der Hochschule u. a. für Betriebssicherheit zuständig ist, gab nicht nur theoretische Erwägungen weiter. Im Gegenteil: Die Ärzte und Verwaltungsleiter bekamen von ihm Informationen, die er selbst vor Ort zusammengetragen hatte. Bei allen Seminarteilnehmern fand dieses neue BVS-Angebot eine gute Resonanz.

## Nachruf

Am 10. Mai 1979 verstarb im Alter von 63 Jahren der ehrenamtliche Leiter der BVS-Dienststelle Gifhorn

### Hans Schonert

Hans Schonert, der seit dem 30. April 1968 als Helfer im BVS tätig war, legte Ende 1970 die Prüfung zum Selbstschutz-Fachlehrer ab und wurde danach in vielen Dienststellen des BVS-Landesstellenbereiches als Fachlehrkraft eingesetzt.

Sein ruhiges Wesen und sein fundiertes Fachwissen machten ihn zu einem allseits beliebten Mitarbeiter. Am 1. April 1976 wurde ihm die Leitung der ehrenamtlichen Dienststelle Gifhorn übertragen. In dieser Tätigkeit war er erfolgreich und wurde überall anerkannt. Hans Schonert hat die Interessen des BVS jederzeit uneigennützig vertreten.

Die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter des Landesstellenbereiches trauern mit seinen Angehörigen und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

## Vortrag vor Reservisten

**Borken.** Eine Bilanz zum Thema „Selbstschutz“ zog im Borkener Parkhaus BVS-Dienststellenleiter Klesper, Münster, anlässlich eines verteidigungspolitischen Seminars, zu dem die Kreisgruppe Borken des Reservistenverbandes eingeladen hatte. Der Kreisvorsitzende des Reservistenverbandes, Oberleutnant d. R. Andresen, konnte dazu zahlreiche Vertreter des öffentlichen Lebens begrüßen.

Klesper zeigte das Kriegsbild der Gegenwart auf und die wehrgeographische Lage der Bundesrepublik; die Organisation und Rechtsgrundlagen der zivilen Verteidigung waren ebenfalls Gegenstand seiner Ausführungen. In der anschließenden Diskussion fand das Schutzraum-Problem starke Beachtung. „Bauherren sollten sich zu einem gemeinsamen Schutzraum entschließen“, meinte Klesper und erläuterte die staatlichen Förderungsmaßnahmen sowie die steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten.

Das Wehrbereichsverpflegungsamt III hatte eine Ausstellung von Nahrungsmitteln aus dem „Verteidigungsvorrat Verpflegung“ arrangiert. Besonderer Anziehungspunkt waren hier die Einmannpackungen, die eine komplette Tagesration mit zwei Fertiggerichten umfassen. Das lagerfähige Brot aus der amtseigenen Feldbäckerei und die Einmannpackungen konnten käuflich erworben werden; davon wurde reichlich Gebrauch gemacht.

## Selbstschutz ist wichtige Aufgabe

**Körtlinghausen.** Der Experte der F.D.P. für Friedens- und Sicherheitspolitik, Schramm, besuchte die BVS-Schule in Körtlinghausen. Vor den Teilnehmern eines Seminars – Vorstandsmitgliedern des Deutschen Beamtenbundes aus dem Raume Aachen – referierte Schramm über die Gesamtverteidigung einschließlich des Selbstschutzes. In bezug auf den Zivilschutz seien sich zwar alle Parteien über die grundsätzliche Notwendigkeit einig; doch gebe es Probleme, die Vorrang haben.

Schramm wies darauf hin, daß das Kernwaffenpotential in Ost und West so umfangreich ist, daß eine atomare Auseinandersetzung unwahrscheinlich

sei. Dennoch könne auch ein 35 Jahre währender Frieden – ohne Friedensvertrag – nicht als absolut stabil betrachtet werden. Der Selbstschutz habe deshalb auch weiterhin eine wichtige Aufgabe zu erfüllen.

## Übung und Ausstellung

**Recklinghausen.** „Punkt 12 Uhr krachen zwei Personenwagen auf dem Saatbruchgelände neben der Vestlandhalle zusammen. Feuerwehr und DRK rücken aus, befreien die Verletzten mit einer großen Blechschere, der Notarzt der Feuerwehr greift ein.“ Dieser „Unfall“ war eine Übung, mit der die große Ausstellung „Rund um den Katastrophenschutz“ eingeleitet wurde. In Zusammenarbeit mit den Hilfsorganisationen und der Stadt Recklinghausen zeigte der BVS anlässlich des 7. Gebrauchtwagenmarktes auf dem Saatbruchgelände zehn Tage lang diese Ausstellung.

Schirmherr Oberstadtdirektor Lorenz Amely erläuterte Sinn und Zweck der Ausstellung: „Information, Aufklärung für die Praxis und natürlich die Bitte um Mitwirkung in den einzelnen Organisationen.“ In der Bundesrepublik sterben fast jährlich 30 000 Menschen den Unfalltod, obwohl Fachleute nachweisen, daß bei sachgerechter Hilfeleistung viele Verunglückte überleben könnten. Etwa 11 000 Menschen sterben bei Unfällen im Haus oder in der Freizeit, etwa 4000 am Arbeitsplatz.

Die Besucher konnten in einem Rundzelt wirklichkeitsgetreue Schadensmodelle sehen. So wurden die Folgen eines Wirbelsturms, ein Eisenbahnunglück, eine Hochwasserkatastrophe und eine Massenkarambolage im Verkehr nachgestellt.

## BVS-Ehrennadel für Branddirektor Konneggen

**Hagen.** Mit der Ehrennadel des BVS wurde Branddirektor Albert Konneggen ausgezeichnet. Landesstellenleiter Günther Kopsieker aus Recklinghausen würdigte die Arbeit Konneggens und betonte, daß dieser sich in hervorragender Weise um den Selbstschutz und den Katastrophenschutz in Hagen verdient gemacht habe.

## Blumen für den 750. Teilnehmer

**Münster.** Die BVS-Dienststelle Münster führte beim Landschaftsverband Westfalen/Lippe Aufklärungsveranstaltungen zum Thema „Aufgaben und Ziele des Selbstschutzes“ durch. Man will mit dieser Vortragsreihe die Bediensteten für die Mitarbeit im Behörden-Selbstschutz des Landschaftsverbandes gewinnen.

Anlässlich der 27. Veranstaltung überreichte Fachbereichsleiter Faber dem 750. Teilnehmer, Frau Marianne Hoffmann, ein Blumengebinde und ein Buch als Anerkennung stellvertretend für alle Bediensteten, die bisher an dieser Veranstaltungsreihe teilgenommen haben.

## Dienstälteste Mitarbeiterin in Bonn

**Bonn.** Den seltenen Anlaß der 25jährigen hauptamtlichen ununterbrochenen Tätigkeit im BVS konnte Gerda Wieschmann, geb. Marschall, Bürohilfskraft in der BVS-Dienststelle Bonn, am 1. April 1979 begehen. Sie ist die dienstälteste Mitarbeiterin der Dienststelle Bonn.



Der Jubiläumstag wurde gemeinsam mit den Kollegen gefeiert. Frau Wieschmann hatte dazu auch die Mitarbeiter der Nachbardienststelle eingeladen, die künftig bei der Dienststelle in Bonn arbeiten sollen. Landesstellenleiter Günther Kopsieker überreichte der Jubilarin die Ehrenurkunde.

## Betrieblicher Katastrophenschutz – eine Notwendigkeit

So lautete der Tenor einer Informations- tagung, zu der die BVS-Dienststelle Fulda Sicherheitsingenieure und Sicher- heitskräfte der gewerblichen Wirtschaft eingeladen hatte.

Dienststellenleiter Ludwig wies in sei- nem Einführungsreferat auf die wehr- geographische Lage des Landes Hes- sen hin.

Das Bundesland hat eine 270 km lange Grenze zur DDR; im Zonenrandgebiet wohnen auf einer Gesamtfläche von 5 878 qkm etwa 960 000 Menschen. Im Falle einer Krisensituation sind für diese Region Zivilschutzmaßnahmen, insbesondere aber Selbstschutz- und BKO-Maßnahmen von ganz besonderer Bedeutung.

BVS-Mitarbeiter Funck unterrichtete die Teilnehmer über Aufgaben und Ziele der Zivilverteidigung, insbesondere aber über den Zivilschutz. Die Referen- ten verstanden es, über den Selbst- schutz in Wohn- und Arbeitsstätten und hier speziell über den betrieblichen Katastrophenschutz nicht nur zu infor- mieren, sondern auch Anregungen zu geben. Mit besonderem Interesse wur- den die Ausführungen über die Sicher- stellungsgesetze und die bereits erlas- senen Rechtsverordnungen aufgenom- men.

In der Aussprache zeigte sich, daß eine Reihe von Betrieben durchaus bereit ist, den Gedanken des betriebli- chen Katastrophenschutzes aufzugrei- fen. In Zusammenarbeit mit dem BVS sollen demnächst die erforderlichen Vorarbeiten aufgenommen werden.

## Baufachleute informieren sich

An einem vom 9. bis 11. April 1979 durchgeführten Informationsseminar für Baufachleute sollten ursprünglich Bedienstete der unteren Bauaufsichts- behörden der Länder Baden-Württem- berg, Rheinland-Pfalz, Saarland und Hessen teilnehmen. Aufgrund der guten

Kontakte der BVS-Landesstelle Hessen zum hessischen Innenministerium wurde hier den Regierungspräsidenten emp- fohlen, den Bediensteten aus den unter- en Bauaufsichtsbehörden Gelegenheit zu geben, dieses Seminar zu besuchen.

Die Zahl der Anmeldungen übertraf allerdings die Erwartungen der Landes- stelle bei weitem. Nahezu 30 Teilneh- mer hatten sich angemeldet. Für die Fachbearbeiter „Bau und Technik“ und für die BVS-Bauberater der Lan- desstelle Hessen mußte deshalb ein gesondertes besonderes Seminar durchgeführt werden.

An der BVS-Schule in Birkenfeld – es konnten nur noch einige wenige Teil- nehmer aus anderen Landesstellenbe- reichen zu diesem Seminar eingeladen werden – fand dann dieses „hessische“ Seminar statt.

Es ist auch bei Fachleuten so: Wenn man über Probleme des Schutzraum- baues diskutieren will, müssen zunächst einmal die Wirkungen moderner An- griffswaffen dargestellt werden. Dipl.- Ing. Neckermann erläuterte dann den Seminarteilnehmern alle technischen Fragen, aber auch die Aspekte der Finanzierung, Genehmigung, Prüfung und Abnahme von Schutzraumbauten. Es wurde betont, daß sowohl Bauherren als auch Architekten und Bauingenieure stärker als bisher über diese Materie informiert werden sollten.

## Sie können jetzt helfen

Im Maintaler Stadtteil Bischofsheim führte die BVS-Dienststelle Hanau einen Selbstschutz-Grundlehrgang durch. Zwölf Stunden lang beschäftigten sich die Teilnehmer damit, den angebotenen Lehrstoff aufzunehmen. Nur wenige Menschen seien sich darüber klar, meinte Lehrgangsleiter Hagel, daß ge- mäß § 330 c des Strafgesetzbuches jeder Bürger zur Hilfeleistung verpflichtet ist.

Hilfe bei Verbrennungen und Knochen- brüchen, die Handhabung von Handfeu- erlöschern, das Ablöschen eines bren- nenden Menschen, alle Hilfeleistungen wurden intensiv geübt. Zum Schluß des Lehrganges meinten die Teilneh- mer, daß möglichst viele Bürger die

Lehrgänge des BVS besuchen sollten, um im Notfall selbst helfen zu können.

## Informationsfahrt zum Warnamt

Anläßlich der Durchführung von Infor- mationstagungen für Bürgermeister und Selbstschuttsachbearbeiter der Gemeinden und bei der Ausbildung von Selbstschutzberatern in den Land- kreisen Fulda und Alsfeld (Altkreis Lau- terbach) wurde immer wieder der Wunsch geäußert, einmal das Warnamt kennenzulernen, von dem aus die Sire- nen zentral für das gesamte Bundesland Hessen ausgelöst werden können.

Der Leiter der BVS-Dienststelle Fulda, Ludwig, vereinbarte einen Termin mit dem Warnamt VI. 34 Personen nahmen an dieser Fahrt teil, die insbesondere für die Bürgermeister, die für Organisa- tion, Aufbau und Leitung des Selbst- schutzes verantwortlich sind, von be- sonderem Interesse war. Der Leiter des Warnamtes, Lütkemeyer, begrüßte die Gäste und gab einen Überblick über Bedeutung und Funktion der zehn Warnämter in der Bundesrepublik Deutschland. Der Warndienst ist mit seinen modernen technischen Mitteln in der Lage, die Bevölkerung im Vertei- digungsfall vor drohenden Gefahren zu warnen und zu alarmieren.

Je nach Größe des Warngebietes sind jedem Warnamt 3–5 Leitmeßstellen sowie eine Vielzahl von Meßstellen – z. T. halbautomatisch arbeitend, z. T. manuell bedient – nachgeordnet. Das Gebiet der Bundesrepublik wird so lük- kenlos überdeckt. Jedes Warnamt ver- fügt über ein Stammpersonal von etwa 30 Bediensteten, welche im Schicht- dienst rund um die Uhr, auch an Sonn- und Feiertagen, im Einsatz sind. Im Spannungs- oder Verteidigungsfall kommen noch etwa 170 freiwillige Helfer hinzu. Diese werden in monatlicher Ausbildung und in Übungen geschult.

Lütkemeyer betonte, daß mit dieser Besetzung jedes Warnamt in der Lage sei – unabhängig von der Außenwelt – mehrere Wochen lang seine Aufgaben wahrnehmen zu können. In Friedenszei- ten übernehmen die Warnämter auch Teilaufgaben des Umweltschutzes.

Die Besucher waren sichtlich beein- druckt von den unterirdischen Anlagen und der technischen Ausrüstung des Warnamtes.

## BVS auf der „Rheinland-Pfalz 79“

Das BVS-Motto auf der diesjährigen Ausstellung „Rheinland-Pfalz 79“ in Mainz: „Notvorrat ist wichtig.“ Die Information über Notsituationen, Katastrophen und den Verteidigungsfall war in erster Linie auf weibliche Besucher abgestimmt.

Ein weiteres Thema war der Bau von Schutzräumen, zumal die Bundesregierung Bauwilligen, die einen Schutzraum in ihrem Neubau vorsehen, Zuschüsse gewährt und die Möglichkeit einer erhöhten steuerlichen Absetzung bietet.

Von den rund 102 000 Ausstellungsbesuchern besuchten sehr viele den BVS-Informationsstand; die Helfer des BVS hatten Gelegenheit, Gespräche über Zivilschutz, Selbstschutz und Schutzraumbau zu führen und Informationsmaterial und Werbeschriften zu verteilen.

## Die Verantwortlichen wachrütteln

Der Stadtverband der Jungen Union Birkenfeld hat sich in einer Sitzung mit Problemen des Selbstschutzes beschäftigt. Ulrich Jörg, Abentheuer, legte dem Vorstand zu diesem Thema folgende Ausarbeitung vor: „Wie jüngst in der Nahe-Zeitung zu lesen war, hat sich die Bunkeranlage in der Nähe von Börfink zum ‚Hauptquartier der Alliierten Streitkräfte Europa-Mitte‘ entwickelt.

Somit sind wir . . . um ein militärisches Zentrum reicher. Aber macht dies unsere ländliche Gegend sicherer – oder sitzen wir vielmehr auf einem Pulverfaß . . . ? Zweifelsohne hat man sich im Ostblock bereits auf dieses Zentrum entsprechend vorbereitet . . . Nun ist davon auszugehen, daß die militärischen Anlagen in ausreichendem Maße für einen solchen Fall eingerichtet sind. Die Führungsgremien sitzen . . . in

strahlensicheren Bunkern und tun alles für die Verteidigung unseres Landes . . . welches Dorf aber hat für die Bevölkerung geeignete Schutzräume? Wer weiß, wie er sich im Ernstfall zu verhalten hat? Lohnt es sich, Milliardenbeträge für die militärische Sicherheit auszugeben – und . . . den Bürger vor dem Kasernator zu vergessen?“ Die Junge Union fordert in einer Resolution Bund, Länder und Gemeinden auf, für die Bevölkerung in dem Maße Schutzeinrichtungen zu schaffen, wie es der militärischen Bedeutung der Gegend entspricht. Die Errichtung von Schutzräumen mit den notwendigen Überlebenseinrichtungen hilft, die Bevölkerung zu schützen, für die es im Ernstfall zu kämpfen gilt. Die Junge Union Birkenfeld will – so die eigene Aussage – keineswegs militärische Anlagen anprangern, sondern vielmehr Verantwortliche und Betroffene wachrütteln, um auf die Mißstände im Zivilschutz aufmerksam zu machen.

## „Schutz und Wehr“ in Neunkirchen

Einen nachhaltigen Eindruck hinterließ die Ausstellung „Schutz und Wehr“, die in der Zeit vom 18. bis 25. April 1979 im Rathaus Neunkirchen zu sehen war. BVS-Dienststellenleiter Hans Gregorius konnte bei der Eröffnung die Vertreter der Stadtratsfraktionen, eine Reihe offizieller Ehrengäste sowie zahlreiche Helfer der Freiwilligen Feuerwehr, des Technischen Hilfswerks und des Deutschen Roten Kreuzes begrüßen. Auch BVS-Landesstellenleiter Christian Koch und Fachgebietsleiterin Darimont waren anwesend. Bürgermeister Groß, der auch Ortsbeauftragter des THW ist, gab in seiner Eröffnungsansprache einen detaillierten Einblick in die Geschichte der Selbsthilfe und verwies darauf, daß die Ausstellung Selbsthilfeeinrichtungen im Spiegel zeitgenössischer Illustrationen zeige. Groß bedauerte, daß sich die Menschen der Gefahren, die sie umgeben, nicht immer und nicht nachhaltig genug bewußt seien. Er hoffe jedoch, daß die Ausstellung „Schutz und Wehr“ vielen Menschen Anregungen zu eigener Vorsorge und zu Selbstschutzmaßnahmen gebe.

## „Tag der offenen Tür“

Am 5. und 6. Mai 1979 wurde auf Anregung des Deutschen Roten Kreuzes Hühnerfeld-Brefeld auf dem Schulgelände Ziegelstraße ein „Tag der offenen Tür“ durchgeführt. Eine Geräteschau des DRK sowie Übungen der Feuerwehr und des THW vermittelten den zahlreichen Besuchern einen Überblick über die Tätigkeit und den Ausbildungsstand dieser Organisationen.

Die BVS-Dienststelle Saarbrücken war mit der Ausstellung und Informationsmaterial ebenfalls vertreten. Durch die Vorführung von Filmen machte man auf die Bedeutung des Zivilschutzes in unserer Zeit aufmerksam.

Schirmherr der Veranstaltung war Bürgermeister H.-J. Lissmann. Zahlreiche Ehrengäste waren erschienen: Parlamentarischer Staatssekretär Alwin Brück, die Landtagsabgeordneten Horst Saar, Rudi Brück und Lothar Diversy sowie weitere Persönlichkeiten aus vielen Bereichen, auch aus der Landeshauptstadt Saarbrücken.

Die musikalischen Darbietungen des Spielmannzuges der Freiwilligen Feuerwehr Altenwald, der Verkauf von Kaffee, Kuchen und Getränken zugunsten der

Anschaffung eines neuen Einsatzfahrzeuges zogen zusätzlich Passanten an.

Am Sonntagmorgen fanden intensive Besprechungen zwischen den Landtagsabgeordneten Rudi Brück, Horst Saar und Fritz Bohr, DRK, Günther Kaczmarek, Freiwillige Feuerwehr, und Joachim Schmelzer, BVS, über die Probleme der Organisationen beim Katastropheneinsatz statt. Die verbildliche Zusammenarbeit aller beteiligten Organisationen auf der örtlichen Ebene wurde hierbei besonders hervorgehoben.

## BVS-Vorträge in einer Kosmetischschule

„ . . . Wegen der außerordentlichen Bedeutung, die ich Ihrem Arbeitsgebiet und dem Selbstschutz an sich zumesse, habe ich mich entschlossen, meinen Schülern Gelegenheit zu geben, sich intensiv zu unterrichten“, so beginnt ein Brief, den die Leiterin einer Kosmetischschule an die BVS-Dienststelle Saarbrücken geschrieben hat. Sie bat darum, daß ihren 36 Schülern in sechs Veranstaltungen die verschiedenen Themen der Vorsorge nahegebracht und zur Diskussion gestellt würden!

## Fragen nach dem Zivilschutz

An einer Ulmer Hauptschule findet für das 9. Schuljahr ein Selbstschutz-Grundlehrgang statt. Es ist eine Mädchenklasse. In der Pause stellt der BVS-Lehrer fest, daß einige Mädchen mit Zetteln und Kugelschreibern von Gruppe zu Gruppe gehen, offensichtlich, um irgendwelche Informationen zu erlangen. Auf seine Frage erfährt er, daß die Klasse nach Stuttgart fahren wird. Im Mittelpunkt der Reise soll ein Besuch im Landtag stehen. Die Klassenlehrerin habe nun als Aufgabe gestellt, daß jede Schülerin auf einem Zettel mindestens drei Fragen notiert, die, wenn möglich, im Landtag den Abgeordneten vorgelegt werden sollen. Jetzt sind die Mädchen eifrig auf der Suche nach geeigneten Fragen.

Der BVS-Lehrer meint: „Gestern habt Ihr mir so viele Fragen gestellt, als wir den Schutz vor Unfällen, Katastrophen oder Waffenwirkungen besprachen. Fällt Euch da nicht die eine oder andere Frage ein, die Ihr in diesem Zusammenhang den Abgeordneten stellen könntet?“ Nachdenkliche Gesichter. Schließlich: „Vielleicht könnten wir nach dem Zivilschutz fragen?“ – „Wann werden bei uns öffentliche Schutzräume gebaut?“ Und dann kommt eine Frage nach der anderen.

Die Pause ist vorüber. Der BVS-Lehrer meint, bevor er in seinem Thema fort-

fährt, daß sich aus diesem Gebiet sehr viele Fragen an die Volksvertretung und an die Regierung stellen ließen.

In der nächsten Pause zeigt die eine oder andere Schülerin dem BVS-Lehrer oder seinem Helfer ihren Fragezettel und bittet um Beurteilung oder Formulierungshilfe.

Als der Grundlehrgang zu Ende ist, dankt die Klassensprecherin den BVS-Helfern für das vermittelte Wissen, aber auch für die Hilfe bei der Zusammenstellung der Fragen. Jede Schülerin habe nun eine Frage aufgeschrieben, die sich mit dem Zivilschutz befasse.

## Kurzmeldungen

**Emmendingen.** Guten Erfolg verzeichnete die BVS-Dienststelle Freiburg mit Filmvorführungen und einer Kleinausstellung am zweiten „Tag des Freiwilligen Helfers“ in Emmendingen. In zahlreichen Informationsgesprächen wurde ein verstärktes Interesse für den Schutzraumbau festgestellt.

**Stuttgart.** Zum ersten Male beteiligte sich der BVS am ADAC-Wandertag 1979 „Rund um die Solitude“. Erwartet werden über 100 000 Teilnehmer.

**Gaggenau.** „Mitmachen macht Mut – Frauen können mehr“, unter diesem Motto fand in der Jahnhalle in Gaggenau eine Informationsbörse für Frauen statt, bei der sich die BVS-Dienststelle Karlsruhe mit einer neuen Ausstellung vorstellte.

**Tübingen.** Selbstschutz-Grundlehrgänge für Lehrer führte der BVS im Bereich des Oberschulamtes Tübingen durch. 148 Lehrer konnten mit der Thematik des Selbstschutz-Grundlehrganges vertraut gemacht werden. Nach der Einleitung durch einen Vertreter des Oberschulamtes referierte der Leiter der Fahrbaren Schule II, Fuchs, über die Aufgaben des Behördenschutzleiters, für deren Funktion die Teilnehmer vorgesehen sind. Im anschließenden Lehrgang kam es immer wieder zu lebhaften Diskussionen. Die Teilnehmer zeigten ein großes Interesse an weiteren Lehrgängen.

**Konstanz.** Am 26. April 1979 wurde im Rahmen einer Feierstunde Richard Pfaff durch BVS-Landesstellenleiter Raach in den Ruhestand entlassen. Nach langjähriger Tätigkeit in der Ausbildungsarbeit wurde er mit den Geschäften des Dienststellenleiters beauftragt. Zeitweilig führte er gleichzeitig die Dienststellen Konstanz und Friedrichshafen.

# Bayern

## Burmesische Offiziere besuchen den BVS

Drei burmesische Offiziere, die seit 15 Monaten zur militärischen Weiterbildung Gäste der Bundeswehr sind, besuchten im Rahmen der begleitenden Information zusammen mit Hauptmann Sluga die BVS-Dienststelle Bayreuth.

Sie interessierten sich für die Hilfsmittel der Öffentlichkeitsarbeit ebenso wie für die gesetzlichen Grundlagen, die Themenpläne von Fachlehrgängen im Brandschutz- und Sanitätsdienst und die Selbstschutz-Ausbildung in den Gemeinden.

Wie das Foto zeigt, fand auch das ZS-MAGAZIN die ungeteilte Aufmerksamkeit der Besucher.



## OV Nordhorn erstellt mobiles Notstromaggregat

Man nehme einen Bundeswehr-Einachsanhänger, investiere eine Menge Material, 180 Stunden Arbeitszeit, ein beachtliches Kapital an technischem Know-how sowie handwerklichem Können – und man erhält ein mobiles, TÜV-abgenommenes 42-kVA-Notstromaggregat und darüber hinaus einen in seiner Leistungsfähigkeit und Einsatzbereitschaft gesteigerten THW-Ortsverband Nordhorn, der den nachfolgenden technischen Bericht erstellt hat.

Den „fahrbaren Untersatz“ für das Aggregat bildet ein einachsiger Hänger, von dem die Aufbauten entfernt und durch ein festes Dach und eine feste Stirnwand sowie an den Seiten und hinten durch klappbare Wände ersetzt wurden. Die am Dach angeschlagenen und mit Gasdruckstoßdämpfern versehenen Klappen dienen als Wetterschutz. Dach und Wandteile bestehen aus Alublech, die tragenden Teile aus Vierkant-Rohren.

In den „Koffer“ wurde der Bosch-Generator (3-Zylinder-Diesel) 380/220 V, 42 kVA, eingebaut. Die Befestigung erfolgte auf Schwingmetallen. Zwischen dem Aggregat und der Rückwand ist ein in Eigenarbeit erstellter Schaltschrank aufgestellt worden. Dieser ist mit 3 x 3 Steckdosen 220 V/16 A, 2 Cekon-Steckdosen 16 A, 2 Cekon-Steckdosen 32 A und einer Cekon-Steckdose 63 A bestückt. Die Schaltung erfolgt über Schütze. Jede Steckdose ist einzeln abgesichert, der Schrank ist mit FI-Schutzschalter versehen.

Am Aggregat befindet sich der zugehörige Schaltschrank mit 3 Amperemetern und umschaltbarem Voltmeter sowie der Reglung. In Fahrtrichtung links neben dem Aggregat sind 10 Kabeltrommeln mit je 50 m NSHÖU, 8 Halogenbreitstrahler je 1000 W und ein Halogenbreitstrahler 2000 W befestigt. Rechts neben dem Aggregat stehen 9 Stative in Halterungen, außerdem befindet sich dort noch ein Baustellenprovisorium mit 25 m 5 x 6 mm<sup>2</sup> NSHÖU. Zusätzlich ist der Hänger mit 50 m 5 x 16 mm<sup>2</sup> NSHÖU und 25 m 5 x 4 mm<sup>2</sup> NSHÖU ausgestattet.

Alle Drehstromkabel sind mit Cekon-Steckern und -Kupplungen versehen. In einer Gerätekiste befinden sich Übergangsstücke von Cekon auf alle gängigen Stecker- und Kupplungsarten. An



Mehrfach bewährt hat sich bereits das in 180stündiger Eigenleistung erstellte mobile 42-kVA-Notstromaggregat.

der Stirnwand-Außenseite ist ein Kurbelmast befestigt, der 6 m ausgefahren werden kann, so daß eine Gesamthöhe von 7,50 m erreicht wird. Am Kurbelmast werden 2 bzw. 4 Scheinwerfer befestigt, die eine große Fläche ausleuchten können.

Der Motor verbraucht ca. 13 l Diesel-

kraftstoff pro Stunde; der Tank faßt 100 l, weitere 100 l werden in Reservekanistern mitgeführt.

Der Gesamtaufbau ist in rund 180 Helferstunden in Eigenleistung bewältigt worden und beruht auf einer Eigenkonstruktion, die sich mittlerweile mehrfach bewährt hat.

## Zum Jubiläum eine Kartoffelschälmaschine

Normalerweise spricht das THW nicht vom Wetter – in Anbetracht der Wetterlage in diesem Frühjahr soll aber besonders hervorgehoben werden: Nach wochenlangem Regen vorher und sofort einsetzendem Schlechtwetter am Tage darauf, schien bei den Veranstaltungen am Sonnabend, dem 6. Mai 1979, die Sonne. Derartig begünstigt, konnten die beiden THW-Ortsverbände Verden und Norden sich den vielen tausend Schaulustigen anlässlich des 25jährigen Bestehens optimal präsentieren.

Zu einem Empfang hatte der Ortsverband Verden Repräsentanten des Landkreises und der Stadt sowie der befreundeten Organisationen und Verbände in die Unterkunft geladen. Von der großen Zahl der Gäste seien nur

Landrat Dr. Puvogel, Bürgermeister Dr. Friederichs, Oberkreisdirektor Mawik und Stadtdirektor Füllgraf namentlich genannt. Die Festansprache hielt THW-Landesbeauftragter Sahlender, der eine Verbesserung der derzeit ungenügenden Unterkunftssituation und der hauptamtlichen Betreuung durch die Besetzung der vakanten Geschäftsführerstelle ankündigte. Anschließend wurden besonders verdiente Führungskräfte und Helfer ausgezeichnet.

Den vielen Grußworten folgten ein Imbiß und ein gemeinsamer Besuch der im Stadtzentrum an exponierter Stelle – dem Norderstädtischen Markt – aufgebauten Fahrzeug- und Geräteschau. Hier begann ein großes Vorführungsprogramm unter Beteiligung der THW-Ortsverbände Achim, Nienburg und Osterholz-Scharmbeck. Gezeigt wurde



der Einsatz der Sauerstofflanze und der Trinkwasseraufbereitungsanlage sowie umfangreiches ABC-Gerät.

Daß über eintausend Portionen Erbsensuppe in den Mittagsstunden im Nu vergriffen waren, rundet das positive Bild dieses für den OV Verden und für das THW allgemein erfolgreichen Tages ab, der mit musikalischen Darbietungen eines Fanfarenzuges und der Freiwilligen Feuerwehr zu Ende ging.

Ein Straßenfest der Anwohner der Westerstraße, einer Hauptgeschäftsstraße in Norden, an der auch der THW-Ortsverband Norden ansässig ist, nutzte dieser zu einer rundum gelungenen Selbstdarstellung. Stolz konnte THW-Ortsbeauftragter Wilhelm Goudschaal das vor zwei Jahren bezogene hübsche Helferheim im Rahmen eines „Tages der offenen Tür“ präsentieren. Auf dem Hof luden die gerade fertiggestellten

Garagen sowie umfangreiches Gerät und diverse Fahrzeuge – allerdings waren auch Leihgaben benachbarter Ortsverbände darunter – zur Besichtigung ein. Wer das Heim trotz reichlichen Fahnen Schmuckes nicht fand, konnte sich am Duft orientieren, denn es wurde in Erwartung einiger tausend hungriger Besucher – die dann auch kamen – auf dem Hof gekocht und gegrillt.

Parallel dazu fanden ständig wechselnde Übungen der Helfer am und mit dem technischen Gerät statt.

Am Sonntagmorgen, dem 6. Mai, hatte OB Goudschaal zur offiziellen Feier des 25jährigen Gründungsjubiläums zu einem Empfang mit anschließendem kalten Buffet ins Helferheim geladen. Die große Resonanz, die diese Einladung gefunden hat, äußerte sich eindrucksvoll in der Zahl der erschienenen

Gäste. Als Vertreter des THW-Landesverbandes würdigte Sachgebietsleiter Bormann in kurzen Worten die Aufbauarbeit des OV Norden und zeichnete neben dem Ortsbeauftragten vier weitere verdiente Männer des Ortsverbandes aus.

In der Reihe der nachfolgenden Gratulanten fiel Landrat Hinrich Swieter durch ein besonders originelles Geschenk auf: In Erinnerung an den Einsatz des OV Norden während der Schneekatastrophe, bei der vom THW unter anderem das Städtische Krankenhaus mit Speisen und Lebensmitteln versorgt worden war, aber auch in Anerkennung der am Tage zuvor bewiesenen Kochkünste des Versorgungstrupps – immerhin mußten drei Zentner Kartoffeln verarbeitet werden – schenkte er dem OV Norden ein hochwillkommenes Gerät . . . eine Kartoffelschälmaschine!

## nordrhein~westfalen



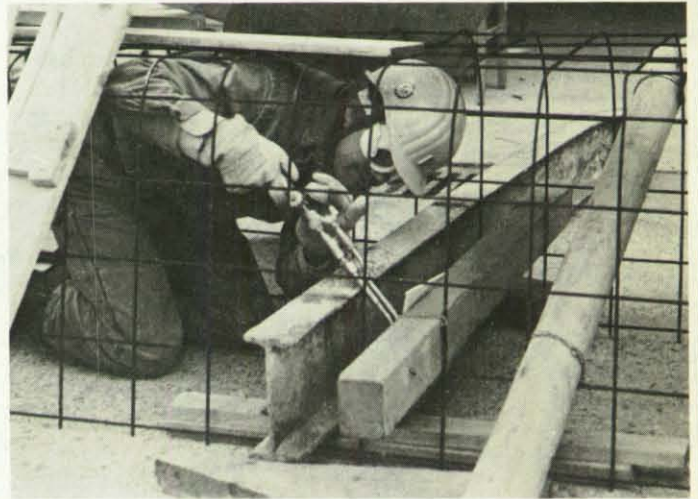
### Leistungsvergleich der THW-Einheiten des Kreises Kleve

Am 28. April fand in der Unterkunft und auf dem angrenzenden Übungsgelände des THW-Ortsverbandes Kleve der zweite Leistungsvergleich der THW-Einheiten des Kreises Kleve um den Wanderpokal des Kreisbeauftragten statt.

Die in zeitlichem Abstand antretenden Gruppen mußten nach einer theoretischen Wissensprüfung einen Bergungseinsatz durchführen, wobei die unterschiedlichsten Aufgaben zu erfüllen waren, darunter der Bau einer Tonnenfahre, um einen im Bergungsvorgang geretteten Verletzten überzusetzen.

Bei dem Bergungsvorgang mußten die Helfer nach der Durchführung einer Abstützung durch einen Kriechgang, wobei Hindernisse aus Stahl und Holz zu beseitigen waren, um zu dem Verletzten vorzudringen, der unter Trümmern lag und unter Anwendung der 20-t-Hydropresse zu bergen war. Nach Leistung der Ersten Hilfe wurde der Verletzte durch den Kriechgang zurückgeschafft und über eine Hinderniswand zu dem in der Zwischenzeit durch den zweiten Trupp erstellten Tonnenfloß geschafft. Für die Fahrer waren als Abschluß zwei Sonderaufgaben, ebenfalls mit einer Beantwortung von Fachfragen, eingebaut worden.

Eine der Wettkampfaufgaben in Kleve: Brennschneiden im Kriechgang.



Viel Geschick erforderte auch der Transport „Verletzter“ über Hindernisse.





Zur Bergung „Verletzter“ mußte die Hydropresse eingesetzt werden; im Hintergrund ist der Bau einer Tonnenfahre zu sehen.

Die Veranstaltung fand bei trübem Wetter und Nieselregen statt. Trotzdem war der Eifer und die Begeisterung der Teilnehmer groß.

Am späten Nachmittag konnte Kreisbeauftragter Fischer der Siegermannschaft aus Kleve den Pokal überreichen. Der zweite Platz wurde von den Helfern des OV-Geldern belegt.

Jede teilnehmende Mannschaft erhielt eine Urkunde sowie ein Wandbrett mit THW-Emblem und Gravur.

In einer kurzen Ansprache zog der Kreisbeauftragte Bilanz des Tages und sagte, daß alle Teilnehmer dieses Wettkampfes neue Erkenntnisse darüber haben sammeln können, wo für die nächste Zeit der Schwerpunkt bei der Ausbildung in den einzelnen Ortsverbänden anzusetzen ist. Weiter teilte er mit, daß die Siegermannschaft des OV Kleve nunmehr am Landesauscheidungswettkampf am 12. Mai in Ratingen bei Düsseldorf teilnehmen werde.

P. F.

### Ausbildungsfahrt nach Saarlouis

Zwei Wochen bevor die Jugendgruppe des THW-OV Bonn nach Saarlouis fahren wollte, bekamen wir jeder einen Zettel, auf dem die Eltern ihr Einverständnis geben sollten. Die Unterschrift sollten wir dann am nächsten Mittwoch mitbringen. Einige hatten sie natürlich vergessen. Sie sollten sie dann am Tag der Abfahrt mitbringen.

Wir fuhren mit zwei Fahrzeugen, einem Fukow und einem VW-Bus. Beim Einladen des Gepäcks ergaben sich die ersten Schwierigkeiten: wohin mit dem ganzen Gepäck? Da kam der Fahrer des Fukow auf den rettenden Gedanken: Wir nahmen einen Sitz heraus

und packten an seine Stelle die restlichen Ruck- und Schlafsäcke.

Wir hatten zwei Fahrer, Klaus Beyer und Gottfried Imbach, letzterer ist unser Gruppenführer und fuhr den VW-Bus. Insgesamt waren wir zwölf Mann. Wir fuhren etwa um 15.15 Uhr los. Nach einigen Kilometern lief der Fukow heiß, wir mußten an der nächsten Tankstelle anhalten und Kühlwasser nachfüllen.

Eigentlich wollten wir etwa um 18 Uhr beim OV Saarlouis ankommen, da wir uns jedoch mehrmals verfahren, kamen wir erst nach sechseinhalb Stunden, also halb neun, an. Trotz der Verspätung wurden wir freundlich von den Führern und der Jugendgruppe des OV Saarlouis aufgenommen. Wir wurden sehr gut gepflegt, und man muß sagen, daß die Köche ihr Handwerk erstklassig verstehen.

Auf dem Dienstplan stand für den Abend ein gemütliches Beisammensein. Die Jugendgruppen und ihre Führer verstanden sich untereinander sehr gut. Abends saßen wir noch lange zusammen und unterhielten uns über Sachen, die wir einmal beim THW erlebt hatten.

Am Samstag haben wir uns die Umgebung der Stadt zeigen lassen und fanden ihre Geschichte sehr interessant. Eigentlich wollten wir auch einen Hochofen besichtigen, aber weil der Termin so kurzfristig war, bekamen wir keine Führung mehr. Das fanden alle sehr schade, weil noch keiner einen Hochofen aus der Nähe gesehen hat.

Am letzten Tag unseres Besuchs machten wir einen Wettkampf zwischen den Jugendgruppen. Um ganz gerecht zu sein, überwachten die Führer der Jugendgruppen jeweils die Gruppe des anderen Ortsverbandes. Punktmäßig hat unsere Gruppe zwar gewonnen, aber wenn man die durchschnittliche Mitgliedschaft der Gruppen berücksichtigt, haben wir miserabel abgeschnitten. Im Verhältnis dazu hat die Jugendgruppe des OV Saarlouis mit einer durchschnittlichen Mitgliedschaft von nur drei Monaten sehr gut abgeschnitten.

Außerdem haben wir auch noch das Heimatkunde-Museum besucht. Danach fuhren wir zu einer Burg, die von den Einwohnern der Gemeinde selbst in freiwilliger Arbeit ausgegraben worden ist. Dabei sind sie auch von dem THW-OV Saarlouis unterstützt worden. Es war sehr interessant, wir fanden dort sogar noch Knochen aus historischer Zeit. Das Rathaus der Stadt Saarlouis, das uns zum Schluß gezeigt wur-

de, wurde als Ort für eine Geschichtsstunde benutzt, bei der wir viel lernten.

Dann kam der Abschied, er war sehr herzlich. Eine Gegeneinladung des OV Saarlouis nach Bonn ist schon ausgesprochen. Auf der Rückfahrt passierte nichts Besonderes. Es hat uns allen sehr viel Spaß gemacht und ich möchte mich hiermit im Namen der ganzen Jugendgruppe bei Herrn Imbach, Herrn Beyer und dem ganzen OV Saarlouis bedanken.

Markus Neumann

### Nächtliche Übung des THW Bielefeld

Unter der Leitung von Zugführer Wolfgang Brinkmann starteten abends gegen 19.30 Uhr 35 Helfer des THW-Ortsverbandes Bielefeld mit einem Gerätekraftwagen (GKW) und drei Mannschaftskraftwagen (MKW) zu einer nächtlichen Übung. In einem Steinbruch bei Künsebeck galt es, die an vielen Dienstabenden in der Theorie erworbenen Fachkenntnisse in die Praxis umzusetzen und zu vertiefen.

Am Übungsort im Dunkeln und bei Regen angelangt, stellte sich den THW-Helfern als erstes die Aufgabe, das Übungsgelände auszuleuchten. Dies geschah mit Hilfe einiger Standscheinwerfer, die an ein Notstromaggregat angeschlossen wurden. Anschließend erklärte Zugführer Brinkmann den THW-Helfern die Aufgaben.

Es wurde angenommen, daß ein im Morast festgefahrener Gerätewagen mit einem Greifzug, an einem anderen GKW montiert, aus dem Morast gezogen werden sollte. Des weiteren sollten „verletzte“ Helfer, die sich auf einer Anhöhe des Steinbruchs befanden, auf Tragen gebunden und von mehreren Helfern herabgelassen werden. Der Höhenunterschied sollte hierbei durch Leitern überbrückt werden. Das Gelände des Steinbruchs eignete sich überdies hervorragend, um den Gesteinsbohrer praxisnah einzusetzen.

Nach dreistündigem Einsatz hatten sich die durchnähten THW-Bergungshelfer dann ihr Abendessen redlich verdient, wobei Geschäftsführer Dedermann als Koch fungierte. Über den Ablauf der Übung zeigte sich Zugführer Brinkmann äußerst zufrieden. Besonders bewies ein stetiger Wechsel der Ausbildungsstationen, daß die Bergungshelfer des THW auf ein breites Fachwissen zurückgreifen können.

R. H.



## Verdienste gewürdigt

Anlässlich seines 40jährigen Dienstjubiläums wurde Ltd. Regierungsdirektor Werner Eilers von THW-Direktor Dipl.-Ing. Ahrens das THW-Helferzeichen in besonderer Ausführung überreicht. Eilers leitet seit langen Jahren bei der Behörde für Inneres das Referat Grundsatzangelegenheiten für Feuerwehr, Katastrophenschutz und Zivilverteidigung. Direktor Ahrens würdigte in einer kurzen Ansprache die Verdienste des Jubilars um den Aufbau und die Erweiterung des Katastrophenschutzes, die Unterstützung der Hilfsorganisationen und die Einbeziehung des THW in den friedensmäßigen Katastrophenschutz der Freien und Hansestadt Hamburg.

Zu der Feierstunde in der KatS-Zentralwerkstatt Rissen waren u. a. Vertreter aller Hilfsorganisationen, der Polizei, der Verwaltung und auch die Komman-

**Für seine großen Verdienste um den Katastrophenschutz und anlässlich seines 40jährigen Dienstjubiläums überreichte THW-Direktor Ahrens dem Leitenden Regierungsdirektor Werner Eilers das THW-Helferzeichen in besonderer Ausführung.**



deure der in Hamburg und Schleswig-Holstein stationierten Großverbände der Bundeswehr erschienen. In einem Grundsatzreferat, welches bei allen Beteiligten große Beachtung fand, würdigte Eilers besonders die

Einsatzbereitschaft der freiwilligen Helfer und erinnerte den Dienstherrn an seine Fürsorgepflicht gegenüber den Helfern. Auch das Problem der z. T. noch veralteten Fahrzeugausstattung wurde angesprochen.

A. K.



## THW rettet Fußballturnier

Am Abend des 5. Mai wurde das THW vom Bezirksamt Neukölln um schnelle Hilfe bei der Beseitigung eines Rohrbruchs im Sportstadion Britz-Süd gebeten. Die gesamten sanitären Einrichtungen waren durch dieses Ereignis ausgefallen und die 20 angesetzten Pokalspiele gefährdet.

Der Instandsetzungsdienst der THW-Bezirksverbände Spandau und Charlottenburg alarmierte sofort seine GW-Gruppen, und um 19 Uhr trafen sie an der Einsatzstelle ein. Nach Freilegung des Wasserrohres konnte der Schaden mit Hilfe einer Blindschelle behoben werden. Die Zugführer König und Siefert zeigten sich befriedigt über die schnelle und fachgerechte Arbeit und über die Möglichkeit des praxisnahen Einsatzes des I-Dienstes.

Die für den 6. Mai geplanten Fußballspiele in dem Stadion Britz-Süd konnten alle stattfinden.

M. F.

## THW-Helfer als Blutspender

Während noch vor wenigen Jahren der Blutkrebs bei Kindern nur noch

eine kurze Lebenszeit bedeutete, hat die moderne medizinische Forschung Therapien entwickelt, die im Augenblick Überlebenschancen von durchschnittlich zehn Jahren bedeuten. Die Forschung geht weiter, und sicherlich werden diese Ergebnisse verbessert werden können.

Für den Laien erläutert, wird folgende Therapie angewendet:

Einem gesunden Menschen mit weitgehend gleichen Bluteigenschaften wird Blut abgenommen, in einem abgeschlossenen Gerät wird dieses Blut separiert, ganz bestimmte Blutkörper werden dann dem kranken Kind direkt übertragen. Dem Spender wird das separierte Blut sofort wieder zugeführt. Der gesunde Körper regeneriert die entnommenen Blutkörper ohne Schwierigkeit.

Diese Methode der Behandlung des Blutkrebses ist jedoch mit manchen Problemen verbunden. So muß eine große Anzahl von vorher untersuchten Blutspendern vorhanden sein.

Die Bluteigenschaften müssen genauestens festgestellt und einem Computer eingegeben werden, der dann in einem Bedarfsfall den geeignetsten Spender aussucht. Schließlich: Die Fälle, in de-

nen das Blut benötigt wird, sind meist hoch akut. Die Spender müssen deshalb schnellstens erreichbar sein, weshalb man die Spender überwiegend im Bereich der Polizei, der Feuerwehr und des THW sucht, wo geeignete Alarmierungssysteme zur Verfügung stehen.

Die Untersuchungsaktion durch Ärzte der Universitätsklinik Westend ist in den THW-Bezirksverbänden gut angefallen, viele Helfer haben sich zur Verfügung gestellt. Zunächst erfolgte eine Blutentnahme zur Untersuchung und Festlegung der genauen Bluteigenschaften. Eine nicht unbedeutende Zahl von Helfern bekam nach diesen Untersuchungen eine Nachricht der Klinik, sich zu einer eingehenden Untersuchung einzufinden, da bestimmte Blutwerte auf Erkrankungen hinwiesen.

Schon unter dem Gesichtspunkt, daß bisher unbekannte Krankheitsherde noch frühzeitig erkannt wurden, ist diese Aktion für den Helfer wichtig. Sollten jedoch krebskranke Kinder gerettet werden können, ist diese Aktion nicht hoch genug einzuschätzen.

In jedem Fall zeigt die hohe Beteiligung, daß die THW-Helfer dem Grundsatz des „Helfen-Wollens“ in jeder Form sich verpflichtet fühlen.

G. B.

## Radio Bremen berichtete über das THW

Der Abspann läuft. Ein Blick in die Runde offenbart gelöste, frohe, zufriedene Gesichter. Es ist geschafft. Die Sendung ist reibungslos und ohne Zwischenfälle über den Äther gelaufen. Vergessen ist die Nervosität, die Aufregung der vergangenen Wochen, die Improvisation bei der Vorbereitung. „Eigentlich eine ganz schön lange Zeit, diese 50 Minuten“, bemerkt ein THW-Helfer.

Begonnen hatte alles damit, daß sich Radio-Bremen-Redakteur Jo Hanns Müller, verantwortlich für den „Bremer Container“, an den Landesbeauftragten des THW für Bremen, Dr.-Ing. Friedrich Dölbor, mit der Frage wandte, ob man nicht einmal über die Arbeit des THW berichten könnte, einmal die Helfer in den Vordergrund stellen, die ansonsten im Hintergrund bleiben und gewissenhaft ihre Aufgaben erfüllen. Das war Anfang Dezember des vergangenen Jahres. Dr. Dölbor sagte die Mitwirkung des THW sofort zu, bot die Sendung doch die beste Gelegenheit, sich der breiten Öffentlichkeit umfassend darzustellen.

In einer Vorbesprechung klärte man zunächst die Rahmenbedingungen und kam überein, den Sendetermin für den 19. Januar anzuberaumen. Als Veranstaltungsort einigte man sich auf die Kraftfahrzeughalle des THW-Ortsverbandes Neustadt, die dank ihrer Größe über genügend Platz verfügt, die notwendigen Übertragungseinrichtungen aufzunehmen und auch noch Platz für Zuschauer bietet.

Der „Bremer Container“, der allwöchentlich von Radio Bremen im Hörfunkprogramm ausgestrahlt wird, ist eine Sendung, die live gesendet wird und daher von der Zuschauer-Resonanz lebt. Der Name „Container“ entstammt übrigens der Tatsache, daß das Aufnahme- und Übertragungsstudio in einem mit allen technischen Feinheiten ausgerüsteten 20-Fuß-Europacontainer untergebracht ist, der auf einen Sattel-schlepper montiert ist. Ein Ladebord am Heck dient abgeklappt gleichzeitig als kleine Bühne. Bei der Übertragung aus der Neustädter Halle des THW mußte aber ein wenig „gemogelt“ werden, da durch den harten Winter alle Übertragungs- und Aufnahmegeräte im wahrsten Sinne des Wortes eingefroren waren. So verwendete man einen



In einer Live-Sendung berichtete Radio Bremen über die Arbeit des THW. Ort des Geschehens war die Kraftfahrzeug-halle des Ortsverbandes Neustadt. Das Bild zeigt (von links nach rechts): Rudi Schmidder (Radio Bremen), Zugführer Plep (OV Hastedt), Zugführer Schneider (OV Neustadt) und Jo Hanns Müller (Radio Bremen).



Viele Zuschauer und Zuhörer hatten sich beim THW eingefunden, um einmal miterleben, wie eine Live-Sendung produziert wird.

ganz normalen Übertragungswagen und baute eine Bühne dazu. In mehreren Gesprächen stimmte man ab, daß ein Abriss der Geschichte des THW gegeben und erklärt werden sollte, wie es organisatorisch gegliedert ist und welche Aufgaben es wahrnimmt. Als Gesprächspartner für den „Mikrophoneinsatz“ wurden Landesbeauftragter Dr. Dölbor, Ortsbeauftragter Erich Behrends, OV Ost, Zugführer Plep vom 5. Instandsetzungszug des OV Hastedt, Zugführer Karl-Heinz Lohbeck vom Fernmeldezug aus der Neustadt, Zugführer Schneider vom 10. Bergungszug des OV Neustadt und Geschäftsführer Hildebrandt aus Bremerhaven aus-erkoren.

Am 19. Januar, einem neblig-trüben und vor allem kalten Freitag, war es endlich soweit. Vormittags traf die Aufnahmemannschaft ein und hatte bis zum Mittag die Halle aufnahmebereit hergerichtet. Um 14 Uhr versammelten sich alle unmittelbar am Sendeablauf Beteiligten in der Unterkunft des OV Neustadt. Die letzte Stunde vor Sendebeginn wollte man nochmals dazu nutzen, um sich über den Verlauf der Sendung zu unterhalten.

Jo Hanns Müller und Rudi Schwidder, zweiter Moderator des „Bremer Containers“ an diesem Tag, urmisten kurz, was in den 50 Minuten, in denen man auf Sendung war, besprochen werden sollte. Danach war jeder seinem mehr oder minder starken Lampenfieber überlassen, das ja bekanntlich selbst „alte Hasen“ vor dem Mikrophon noch haben.

Schließlich hieß es: „Es ist 15.05 Uhr. Auf der Hansawelle von Radio Bremen hören Sie wieder den Bremer Container. Heute aus der Kraftfahrzeughalle des Ortsverbandes Neustadt der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk.“ Nach einem kurzen Abriss der unzähligen Einsätze und Leistungen des THW durch die Moderatoren Müller und Schwidder zur Einleitung erläuterte Dr. Dölbor den mannigfaltigen Aufgabenbereich des THW und ging ausführlich auf seine Entstehungsgeschichte und Entwicklung in den vergangenen Jahren ein. Der Landesbeauftragte wörtlich: „Im Land Bremen haben wir im übrigen über 1500 ehrenamtliche Helfer, die alle pflichtbewußt ihren Dienst verrichten. Daneben zählen wir insgesamt 14 hauptberufliche Mitarbeiter.“

Im Anschluß erklärten die Zugführer Schneider, Plep und Lohbeck zunächst die verschiedenen Dienste innerhalb des THW. Zur Sprache kam, wann eine Bergungsbereitschaft eingesetzt wird und welche Aufgaben eines Fernmeldezug im Katastropheneinsatz zufallen. Auf die etwas provozierende Frage, ob auch Frauen etwas beim THW zu suchen hätten, kam die prompte Antwort: „Natürlich. In manchen Bereichen können wir sie hervorragend einsetzen.“ Ob diese Frage allerdings ein kleiner Seitenhieb auf die im musikalischen Teil nach diesem Interviewpart auftretende Hanne Haller aus München war, darüber wollte nach der Sendung niemand mehr Auskunft geben.

Für den flotten musikalischen Rahmen sorgten neben der Münchener Künstlerin noch die bekannte Bremer Folk-Gruppe „Schnappsack“ und die holländische Formation „Teach-in“, die vor einigen Jahren den „Grand Prix de la Eurovision“ gewann. Zum musikalischen Abschluß erklang dann der THW-Marsch durch die Lautsprecher. Hanne Haller verstand sich übrigens auf Anhieb ausgezeichnet mit den Bremer THW-Helfern und Mitarbeitern, nach Sendeschluß war sie gern bereit, für ein gemeinsames Erinnerungsfoto zu posieren.

U. W.



## THW-Ortsverbände im Leistungsvergleich

Zur Ermittlung des Landessiegers 1979 im Rahmen des Bundesleistungswettkampfes fand am 5. Mai auf dem Gelände des KatS-Zentrums in Kiel-Julienlust ein Ausscheidungswettkampf statt. Wettkampfgruppen aus den THW-Ortsverbänden Barmstedt, Büsum, Elmsborn, Kiel, Lübeck, Niebüll, Plön und Preetz nahmen daran teil.

Da in Arnsberg, wo in diesem Jahr der Bundesleistungsvergleich ausgetragen wird, auch Junghelfer zu einem Leistungswettbewerb antreten, haben auch die Jugendgruppen der Ortsverbände Bad Segeberg und Sörup an dem Ausscheidungswettkampf für Junghelfer in Kiel teilgenommen.

Zu Beginn des Wettstreits erfolgte eine Wissensüberprüfung der Gruppenführer, Truppführer und Helfer. Jeder Gruppenführer mußte zum Beispiel anhand einer Schadensskizze (erstes Erkundungsergebnis seines Truppführers) eine schriftliche Meldung über den Zerstörungsgrad von Häusern an seinen Zugführer abfassen.

Für jedes richtig umgesetzte Schadenssymbol – zehn Symbole waren in der Skizze vermerkt – gab es bei der Bewertung der Meldung zwei Punkte. Bei sachgerechtem Abfassen der Meldung konnten vom Schiedsrichter ein bis fünf Zusatzpunkte gegeben werden. Als Höchstzahl waren bei dieser Gruppenführer-Aufgabe 25 Punkte zu erreichen.

Die Truppführer und Helfer mußten anhand eines Fragebogens beweisen, über welche theoretischen Kenntnisse sie verfügen. Der Fragebogen enthielt insgesamt 15 Fragen aus dem Gebiet der Grundausbildung. Für jede richtige Lösung gab es einen Punkt. Der Beantworter mußte jeweils aus mehreren bereits im Fragebogen vorgegebenen Antworten die seiner Meinung nach richtige auswählen. Nur die erste und zwölfte Frage machten hierbei eine Ausnahme; hier waren keine Antworten vorgegeben.

Hier eine kleine Auswahl der gestellten Fragen:

Die Frage 1 lautete: „Wie gliedert sich ein Bergungszug?“

Frage 4: „Wie heißt die Formel für die überschlägige Berechnung der Tragfähigkeit einer nicht gekennzeichneten Fremdkette?“



Ein „Verletzter“ wird mit Hilfe des Leiterhebels vorsichtig abgelassen.



Junghelfer bei der Lösung der Wettkampfaufgabe „Bau eines Tafelgestells“.

Frage 8: „Welcher Schnitt liegt beim Fällen eines Baumes am tiefsten?“ (Fällschnitt, Fallkerbsohle, Fallkerbdach)

Bei dem anschließenden praktischen Teil des Ausscheidungswettkampfes waren folgende Aufgaben zu lösen:

1. Brennschneiden
2. Verletzentransport über ein Hindernis
3. Bau eines Schwelljoches
4. Ausleuchten einer Schadenstelle.

Bei allen gestellten Aufgaben wurden in erster Linie die fachgerechte Durchführung, die Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften und die Zeit, in der die Aufgaben gelöst wurden, mit entsprechenden Pluspunkten gewertet. Aber auch die Einheitlichkeit in der Anzugsordnung der Gruppe und das Auftreten des Gruppenführers spielten bei der Bewertung eine gewisse Rolle.

Wer gesehen hat, mit welchem Eifer die Helfer aller acht Wettkampfgruppen um den Sieg gekämpft haben, der kann nur zu der Feststellung kommen, daß alle Teilnehmer gute Arbeit geleistet und ihr Bestes gegeben haben. Sieger wurde schließlich die Gruppe des THW-Ortsverbandes Niebüll, den zwei-

ten und dritten Platz belegten die Wettkampfgruppen der Ortsverbände Plön und Preetz. Siegreich war auch die Jugendgruppe des Ortsverbandes Bad Segeberg. Die Segeberger Junghelfer waren etwas besser als ihre Kameraden aus Sörup beim Lösen der Wettkampfaufgaben „Bau eines Tafelgestells“ und „Stafettenlauf“.

Damit steht fest, daß die siegreichen Gruppen aus Niebüll und Bad Segeberg gemeinsam im Juni nach Arnsberg fahren werden, um sich dort beim Leistungsvergleich auf Bundesebene mit den Wettkampfgruppen der anderen Landesverbände des THW im fairen Wettstreit zu messen.

Voss

## Schwerer Einsatz bei Verkehrsunfall

Am 13. März wurde der THW-Ortsverband Eutin um 12.17 Uhr von der Rettungsleitstelle des Kreises Ostholstein über Funkalarmempfänger alarmiert. Auf der Bundesstraße 76 (Eutin-Süseler Baum) war ein Personenkraftwagen frontal gegen einen Lastkraftwagen geprallt. Der sofort angerückten Besatzung des Unfallhilfskombis bot sich ein grauenvolles Bild: Der Fahrer des PKW saß auf dem Rücksitz des zertrümmerten Fahrzeugs, die abgetrennten Beine befanden sich im Fußraum. Ein mit dem Rettungshubschrauber „Christoph 12“ eingetrossener Notarzt konnte nur noch den Tod des verunglückten Fahrers feststellen.

Gemeinsam mit der Freiwilligen Feuerwehr Eutin wurde der Tote aus dem Wrack geborgen. Bei den Bergungs- und Aufräumarbeiten wurde fast die gesamte Ausstattung des THW-Fahrzeugs sowie ein hydraulischer Spreizer der Feuerwehr, der einen größeren Öffnungswinkel als der des THW aufwies, eingesetzt.

J. G.

## THW im Landespavillon Stuttgart

Anlässlich des Jubiläums „25 Jahre Land Baden-Württemberg“ wurde im Jahre 1977 in Stuttgart in den Schloßgartenanlagen in unmittelbarer Nähe des Hauptbahnhofes ein Ausstellungsgebäude erstellt. Dieses Gebäude steht allen Verbänden und Gruppen der Bürgerschaft für Ausstellungen und Darbietungen zur Verfügung.

Durch die Gestaltung des Gebäudes und des Freigeländes ist es möglich, eine Ausstellung auf einer Fläche von 300 qm zu zeigen und tagsüber oder abends Diskussionen zu dem Thema der Ausstellung oder aus anderen Interessengebieten durchzuführen.

Gleichzeitig können im Freigelände weitere Veranstaltungen stattfinden, ohne daß eine Behinderung des Ablaufs im Innenraum erfolgt.

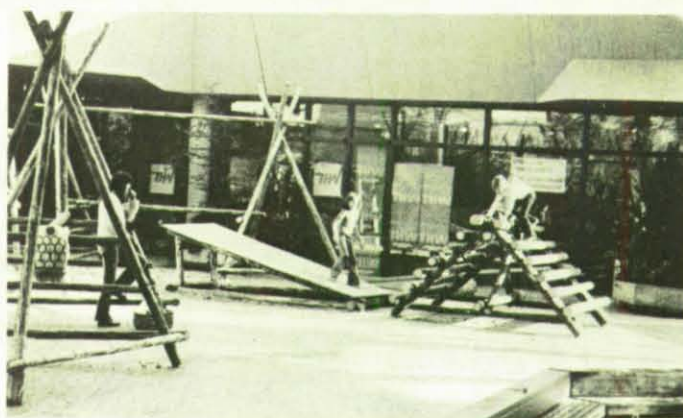
Eine durch Fotozellen gesteuerte Multivisionsschau über das Land Baden-Württemberg im Außenbereich erweckt ständig das Interesse der Ortsfremden. Viele Bürger des Landes, die im Stuttgarter Bahnhof umsteigen müssen, benutzen ihren Aufenthalt zum Besuch des Landespavillons, da durch 14tägigen Ausstellungsrhythmus und Sonderveranstaltungen hier stets etwas geboten wird.

In der Zeit der THW-Ausstellung wurden parallel 20 weitere Ausstellungen mit 20 bis 250 Teilnehmern von der Leitung des Landespavillons durchgeführt. Hierdurch bekam unbewußt ein großer Personenkreis mit dem THW Kontakt. Bei



Optisch sehr beeindruckend hatte das THW seine Ausstellung gestaltet.

Viel Anklang fand der im Vorhof des Landespavillons aufgebaute Kinderspielplatz.



zwei dieser Veranstaltungen hatte das THW mit zum Gelingen beigetragen, indem es eine Tanzfläche errichtete, bei der Veranstaltung „Tanz in den Mai“ mit der Landespressekonferenz den Maibaum aufrichtete und schließlich den 6 m hohen Ausstellungsbrunnen durch die 1. Preisträgerin des Festes taufen ließ.

Im Außenbereich des Landespavillons hatte der THW-OV Aalen diesen Brunnen errichtet. Aus 5 bis zu 6 m hohen Röhren spritzte oder planschte das Wasser, das durch eine Tauchpumpe aus dem Brunnentrog herausgepumpt wurde. Dieses Wasserspiel war in der Winterausbildung der GW-Gruppe des I-Zuges Aalen entstanden, indem die Arbeitsproben der Bereiche Rohrschweißen, Einbau von Ventilen und Schiebern, Schneiden und Kanten von Blechen zu diesem Wasserspiel zusammengefügt wurden.

Im Vorhof des Pavillons war ein von den Kindern aus der Umgebung des Schloßgartens stark beachteter Kinderspielplatz entstanden. Die THW-Ortsverbände Backnang und Schorndorf hatten die Geräte erstellt. Im Innern des Pavillons dokumentierten viele Fotos den guten Ausbildungsstand der baden-württembergischen THW-Helfer. Hier wurden Bilder von Hilfeleistungen des THW im Lande und in der weiten Welt gezeigt. Eine Reihe von Modellen bewiesen das handwerkliche Können der THW-Helfer. So bestach besonders ein Hängesteg der Junghelfergruppe Rottweil. An diesem Modell waren die Stiche und Bunde verschiedenfarbig gekennzeichnet. Die Besucher konnten auf einer Tafel ablesen, an welchen Konstruktionsteilen welche Leinenverbindungen gewählt wurden. Die Junghelfer aus Tuttlingen zeigten an einer Schautafel die meistbenutzten Holzverbindungen.

Etwas Besonderes hatten sich die Ellwanger Junghelfer einfallen lassen. An zwei 1,25 x 1,25 m großen Modellen zeigten sie die Tätigkeit des THW-Helfers nach teilweiser Zerstörung eines Wohnhauses und die Wiederherstellung der Ufer eines Flusses nach einem schweren Hochwasser. Mit unendlicher Liebe und Geduld war jedes Teil maßstäblich dargestellt, weder die Handfeuertöcher neben den Notstromaggregaten noch die Nägel und Geräte in den Werkzeugkisten waren vergessen.

Ergänzt wurden die Fotos und Modelle durch drei Info-Boxen, über deren Mattscheiben Filme, Tonbilder und Diashauen aus dem Leben des THW berichteten.

Eröffnet wurde die Ausstellung in Anwesenheit des Vizepräsidenten des baden-württembergischen Landtages, Oberforstdirektor Hans Albrecht (MdL), Herrn Wolff als Vertreter des baden-württembergischen Staatsministeriums und vieler Gäste durch den Landesbeauftragten des THW, Dipl.-Ing. Rolf Schneider.

## Nachruf

Die Helfer des THW-Ortsverbandes Donaueschingen haben ihren Verwaltungshelfer, den langjährigen Kameraden

### Wilfried Hilbert

durch einen tragischen Verkehrsunfall im Alter von nur 25 Jahren verloren.

Der Ortsverband trauert um einen immer einsatzfreudigen und beliebten Helfer.

Der Ortsbeauftragte und die Helferschaft des OV Donaueschingen

## Zwei Baumriesen in der Innenstadt gefällt

Der THW-OV Völklingen wurde mit einer nicht alltäglichen Hilfeleistung beauftragt: In der Innenstadt von Püttlingen waren zwei mächtige morsche Pappeln zu fällen. Die Bäume hatten jeweils eine Höhe von ca. 30 m und am Boden einen Durchmesser von rund einem Meter.

Das Fällen der Bäume gestaltete sich insofern schwierig, da die Riesen in unmittelbarer Nähe der stark frequentierten Marktstraße standen und außerdem die umstehenden Häuser und die Stromversorgungsleitungen Hindernisse bildeten.

Nachdem die umfangreichen Vorarbeiten, Absprachen mit Polizei und Feuerwehr, Elektrizitätswerk und Kranfirma, abgeschlossen waren, konnte der Einsatz beginnen. Zum Anheben und Umlegen der Bäume wurde ein Kranfahrzeug mit 45 m Ausleger und 65 Tonnen Tragkraft angemietet. Das Anschlagen der Haken erfolgte über eine Feuerwehroleiter. Durch die Zuhilfenahme des Kranfahrzeuges konnten die beiden Bäume sicher und exakt auf der Fahrbahn abgelegt werden. Dort wurden sie von THW-Helfern zerlegt und abtransportiert.

Die vielen Schaulustigen waren erstaunt, daß binnen drei Stunden diese beiden gefährlichen Baumriesen beseitigt waren. H. H.

## Einsatz bei Hochwasser

Nachdem die hochwasserführende Prims in Lebach über die Ufer getreten war, wurde auch der Dauer-Campingplatz bei Schmelz überflutet. Ca. 40 abgestellte Wohnwagen drohten vom steigenden Wasser weggeschwemmt zu werden. Zur Abwendung der Gefahr wurde der THW-OV Lebach alarmiert. Innerhalb von 30 Minuten war ein kompletter Bergungszug unter der Leitung von Zugführer Heer mit fünf Einsatzfahrzeugen an der Schadensstelle eingetroffen.

Als erste Maßnahme galt es, die Wohnwagen aus dem Gefahrenbereich auf Anhöhen zu ziehen. Doch dies reichte nicht aus. In zehnstündiger Arbeit wurde anschließend von den drei B-Gruppen mit den Gruppenführern Holler, Pesch und Sehn und mit Unterstützung der Gemeinde Schmelz ein ca. 250 m lan-

ger und 50 cm hoher Sandsack-Damm errichtet. Diese Maßnahme war erfolgreich, kein Wohnwagen kam durch das Hochwasser zu Schaden.

Besonders zu erwähnen ist in Zusammenhang mit diesem Einsatz die tatkräftige Mitwirkung des DRK Schmelz. G. F.

## THW bei „Welt der Familie“

Im Rahmen der Verbraucher-Ausstellung „Welt der Familie“ hatte der Oberbürgermeister von Saarbrücken, als Hauptverwaltungsbeamte verantwortlich für den Katastrophenschutz des Stadtverbandes Saarbrücken, ein Freigelände angemietet, um den im Katastrophenschutz tätigen Organisationen und Verbänden neun Tage lang Gelegenheit zur Selbstdarstellung zu geben mit dem

### Blick auf die ausgestellten Fahrzeuge und Geräte des THW.



Ziel, den Besuchern Sinn und Zweck des Katastrophenschutzes näherzubringen.

Zusammen mit DRK, Feuerwehr, einem Fernmeldezug, MHD, DLRG und BVS hatte das THW im Freigelände Süd eine Kfz- und Geräteausstellung aufgebaut, in der verschiedene Fahrzeuge und Geräte des Bergungs- und Instandsetzungsdienstes vorgestellt wurden. Des weiteren war eine Fläche freigehalten worden, die den Organisationen zu Demonstrationszwecken diente.

Freitags und sonntags – dem Abschlußtag der Ausstellung – war jeweils ein „Tag des THW“. An diesen Tagen erfolgten durch die kreiszugehörigen THW-Ortsverbände Saarbrücken, Völklingen, Ludweiler, Heusweiler, Riegelsberg, Sulzbach und Friedrichsthal sowie den OV Saarlouis praktische Vorführungen aus dem gesamten Bereich des Bergungs- und Instandsetzungsdienstes, wobei die Vorführung und der Betrieb der Trinkwasser-Aufbereitungs-

anlage, einer Warmwasser-Zuleitungsanlage mit Behelfswasch- und Brauseanlage, der Sauerstoffanlage und der Bau einer E-Freileitung, einer Rohrnetzstrecke sowie eines Hänge- und Chinasteges viel Anklang fanden. Der Andrang war zeitweise so groß, daß am Nachmittag der Hängesteg für die Besucher gesperrt werden mußte.

Viele Persönlichkeiten aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft ebenso wie auch der THW-Landesbeauftragte fanden lobende Worte für die Initiative des Oberbürgermeisters von Saarbrücken als Träger der Maßnahmen. Die Anerkennung galt schließlich auch den Helferinnen und Helfern aller KatS-Organisationen für die gezeigten Leistungen und die Aufklärungsarbeit zum Wohle der Allgemeinheit. G. F.

## Fachwerkgebäude abgestützt

Eine gute Gelegenheit ergab sich für den THW-OV Saarbrücken, seinen Ausbildungsstand unter Beweis zu stellen: Im Rahmen einer Sonderausbildung des 2. B-Zuges Saarbrücken unter der Leitung von Zugführer Mole wurde eine alte Schreinerei abgestützt. Die Gefahr bestand darin, daß der Dachstuhl sowie das Obergeschoß des Fachwerkgebäudes einzustürzen drohten und dabei das angrenzende Wohnhaus beschädigt hätten.

An einem Samstag rückte eine Gruppe des 2. B-Zuges an die Schadensstelle aus. Mit Hilfe von 8,5 m langen Rundhölzern wurde der Dachstuhl gegen die Wohnhauswand abgestützt. Die auf der Rückseite befindliche Wand mußte in Kleinarbeit Stück für Stück gesichert und abgestützt werden.

Nach sechsstündiger Arbeit war das Gebäude gesichert, so daß es vom Dachstuhl her abgetragen werden konnte. D. M.

## Zwei neue Fahrzeuge für den OV Alzenau

Am 10. März 1979 wurden dem THW-Ortsverband Alzenau im Rahmen einer Feierstunde zwei Fahrzeuge übergeben. Ein Kombi für technische Hilfeleistung auf Verkehrswegen und ein Gerätekraftwagen verstärken nun die Ausstattung des Ortsverbandes. Die beiden Fahrzeuge wurden von Stadtpfarrer Buhleier in Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste und der Helferschaft gesegnet.

Der THW-Landesbeauftragte für Bayern, Dipl.-Ing. Schwarz, wies in seiner Rede auf die Bedeutung des THW hin, wobei er die friedensmäßigen Aufgaben besonders hervorhob. Als Anerkennung der Förderung des Ortsverbandes Alzenau händigte der Landesbeauftragte das THW-Helferzeichen in Gold an MdB Paul Gerlach, Landrat Roland Eller und Bürgermeister Friedel Ritter aus. Er verband damit Dank und Anerkennung für die ideelle und materielle Unterstützung auf lokaler und überregionaler Ebene.

MdB Gerlach bedankte sich für die Ehrung und bezeichnete es als sehr wichtig, daß die Bevölkerung mehr Verständnis für den Zivilschutz aufbringt, um so die Forderung der Politiker zur Verbesserung des Zivilschutzes zu unterstützen.

Aufgrund seiner hervorragenden Verdienste gerade hinsichtlich der Kfz- und Gerätepflege wurde der Schirrmeister und Gerätewart des OV Alzenau, Ernst Wenzel, mit dem Helferzeichen in Gold ausgezeichnet.

Bei dem abschließenden gemeinsamen Mittagessen aus der Feldküche hatten die Helfer Gelegenheit, sich mit den anwesenden Politikern über spezielle THW-Probleme zu unterhalten. J. D.

## Flugzeugabsturz im Ebersberger Forst

Freitag, 30. März 1979: Alarm beim THW-Ortsverband Markt Schwaben. Ein zweistrahliger Jet ist gegen 18.30 Uhr mit 6 Insassen im Ebersberger Forst abgestürzt.

Sofort nach Ermittlung der Absturzstelle wurde für die Helfer des Ortsverbandes Markt Schwaben Funkalarm ausgelöst. Zur Absicherung der Unfallstelle und

Anläßlich der Übergabe der beiden neuen Fahrzeuge stellten sich dem Fotografen (v. l. n. r.): Geschäftsführer Schulze, THW-Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Schwarz, Helfer Wenzel, MdB Gerlach und Bürgermeister Ritter.



der folgenden Bergungsarbeiten wurde Beleuchtung benötigt, die vom THW durch Halogenscheinwerfer sichergestellt werden konnte. Die glücklicherweise nicht schwerwiegend verletzten Passagiere und der Pilot wurden zur ärztlichen Versorgung in das Krankenhaus Ebersberg gebracht.

Zu Ermittlungsarbeiten und Sicherung des Jets wurde die Unglücksstelle die ganze Nacht ausgeleuchtet. Aggregat und Halogenscheinwerfer sorgten ohne jede Störung für die Ausleuchtung. Nachdem der Experte des Luftfahrtbundesamtes am Samstagmittag seine Ermittlungen zur Absturzursache abgeschlossen hatte, mußten die Flugzeugteile abtransportiert werden. Dazu wurde in mühseliger Arbeit eine 100 m lange Schneise durch den Wald geschlagen und gesägt, damit die Teile des Unglücksflugzeuges auf einen inzwischen herbeigebrachten Tieflader gewuchtet und abtransportiert werden konnten.

Mit Axt, Trennschleifer und Seilwinde wurden die Wrackteile zerkleinert, durch die Schneise gezogen und auf den Tieflader gehoben. Um 22.00 Uhr war



Das THW leuchtete die Absturzstelle mit Halogenscheinwerfern aus und half bei dem Abtransport des völlig zerstörten Jets.

dieser für manche Helfer 27 Stunden dauernde Einsatz beendet.

Die Helfer des Ortsverbandes Markt Schwaben haben damit wieder einmal ihre Einsatzfähigkeit unter Beweis stellen können. J. D.

## Aktion „Waldputz“

Im Rahmen des Umweltschutzes wurde die „Woche der Sauberkeit“ in Bamberg ausgerufen. Die Jugendgruppe des THW-OV Bamberg säuberte dabei am „Europatag“ das Wäldchen rund um die Altenburg. Die elf beteiligten Jung Helfer trugen dabei einen Lkw voll Unrat zusammen, von Flaschen und Pappbechern bis hin zu einem alten Motorroller wurde alles abgefahren.

Die schlimmsten Verschmutzungen fand man am Fuß der Burgmauer vor, ein Zeichen dafür, wie achtlos Burgbesucher ihren Abfall loswerden wollen. Die Beteiligten waren sich einig: Dieser „Waldputz“ war dringend notwendig. J. D.

## Nachruf

Der THW-Ortsverband Alt-/Neuötting trauert um seinen langjährigen Helfer, Träger des Helferzeichens in Gold

### Hans Droysen

Er war einer unserer aktivsten Helfer, der durch seine Kameradschaft und Hilfsbereitschaft großes Ansehen genoß. Wir bedauern sein Ableben auf das tiefste und werden ihm stets ein ehrenvolles Andenken bewahren.

Der Ortsbeauftragte und die Helfer des Ortsverbandes



## Ausscheidungswettkampf in Rheinland-Pfalz

Der Bundesleistungswettkampf 1979 wirft seine Schatten voraus und regt Orts- und Landesverbände zu intensiver Vorbereitung an. Da zu diesen Vorbereitungen insbesondere vermehrte Ausbildung gehört, kann der oben erwähnte „Schatten“ nur in positivem Sinn zu verstehen sein.

Der THW-Landesverband Rheinland-Pfalz hat die Gruppe, die ihn in Arnberg vertreten soll, am 28. April 1979 in Bad Kreuznach in einem Ausscheidungswettkampf ermittelt.

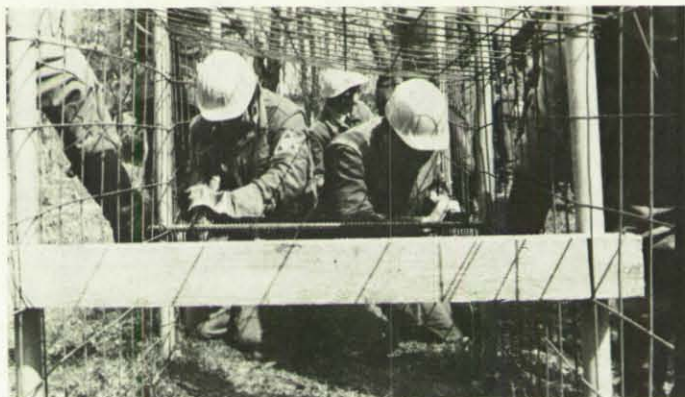
Zur Teilnahme hatten sich Gruppen aus sieben Ortsverbänden gemeldet. Mit den erforderlichen Kfz, je ein MKW und GKW – beide nach StAN beladen – waren sie so rechtzeitig eingetroffen, daß die Gruppenführer ihre aus jeweils zwölf Helfern bestehenden Wettkampfgruppen pünktlich melden konnten. Hauptsachgebietsleiter Geiger begrüßte die Teilnehmer und erklärte den vorgesehenen Ablauf des Wettkampfes.

Da es, nicht zuletzt aus Gründen der Wirtschaftlichkeit, nicht möglich war, sieben parallel laufende Wettkampfbahnen mit gleichen Stationen aufzubauen, konnten die Gruppen nur nacheinander auf die gleiche Bahn gehen.

Es begann mit einer Wissensprüfung aus dem Bereich der Grundausbildung. Hier waren auf verschiedenen Fragebögen – einer für die Gruppen- und Trupführer, der andere für die Helfer – Fachfragen anzukreuzen bzw. zu beantworten. Zur gleichen Zeit wurden von anderen Schiedsrichtern Fahrzeuge und Kraftfahrer vor allem auf die Einhaltung der Richtlinien der Kfz-Dienstanweisung überprüft.

Bei den praktischen Arbeiten wurde anhand von Fehlerkatalogen die fach- und zeitgerechte Ausführung beurteilt. Es waren folgende Aufgaben zu lösen: Abstützen einer einsturzgefährdeten Hauswand. Dabei mußte die Treibblende nach Anweisung hergestellt und eingebaut werden und die Strebstütze mit der Bügelsäge zugeschnitten werden. Ein Teil der Gruppe hatte die Aufgabe, die Schadenstelle mit drei Scheinwerfern und Stromerzeuger 5 kVA auszu-leuchten.

Anschließend galt es, sich durch einen 5 m langen Kriechgang mit eingebauten Hindernissen vorzuarbeiten. Die Hinder-



Die Hindernisse im Kriechgang mußten mit dem Bergungsbeil beseitigt werden.

nisse, ein Armierungseisen und ein Kantholz, durften nur unter Verwendung des Bergungsbeiles beseitigt werden. Mit dem für die nächste und letzte Station benötigten Gerät passierte die Gruppe den Kriechgang, um einen Verletzten aus Höhen zu bergen. Waagrecht mußte der Verletzte auf einer Krankentrage durch einen Deckendurchbruch abgelassen werden und durch den Kriechgang zurücktransportiert werden.

Die Auswertung der Fehlerlisten ergab ein recht gutes Gesamtergebnis aller beteiligten Gruppen. Besonders konnte ein annähernd gleicher Leistungsstand festgestellt werden. So siegte die Gruppe des OV Neuwied mit nur zwei Punkten Vorsprung vor den Gruppen aus Koblenz und Zweibrücken, die die gleiche Punktzahl erreicht hatten.

THW-Landesbeauftragter Dr. Friedrich C. Dölbör, der den größten Teil des Wettkampfes beobachtet hatte, stellte diesen in Theorie und Praxis gleich guten Ausbildungsstand heraus und lobte auch das disziplinierte Auftreten aller Gruppen. Alle hätten ihre Aufgaben ohne die geringste Nervosität bewältigt. Das berechtige zu besten Hoffnungen für den erstrebten Erfolg beim Bundesleistungswettkampf in Arnberg. Der Siegergruppe überreichte er den neu von ihm gestifteten Pokal, der bei den in Zukunft jährlich stattfindenden Wettkämpfen des Landesverbandes ausgetragen werden soll.

K.-H. G.

## THW auf der Rheinland-Pfalz-Ausstellung

Die alljährlich im Frühjahr in Mainz stattfindende Rheinland-Pfalz-Ausstellung ist die größte Regionalausstellung im Lande. Sie ist in erster Linie eine Verbraucher-Ausstellung und hat ihre Schwerpunkte in den Bereichen Bauen,

Wohnen, Freizeit und Hobby. Aber auch das konsequent ausgebaute informative Rahmenprogramm findet guten Anklang und trägt viel zum Erfolg der Ausstellung bei.

So hatte auch das THW seinen interessanten Stand in guter Lage im Bereich des größten Ausstellers, der Stadt Mainz. Hauptthema war die Trinkwasseraufbereitung. Die Anlage des Landesverbandes war in Teilen aufgestellt und durch Schrifttafeln erläutert. Eine ständig laufende Tonbildserie informierte über Aufbau, Betrieb und Einsatz der Anlage. Selbstverständlich wurde auch auf die Aufgaben des THW eingegangen und eine Auswahl typischer Geräte gezeigt.

Es ist verständlich, daß ein großer Teil der Besucher die THW-Helfer nach Kaufmöglichkeiten und Preisen der Geräte fragte. Dabei machten sich die zur Zeit in der Öffentlichkeit stark diskutierten Probleme der Energiekrise und die im letzten Winter aufgetretenen Stromausfälle durch extreme Witterungsbedingungen bemerkbar. Stromerzeuger, vor allem mit kleineren Leistungen, gaben den Anstoß zu vielen Informationsgesprächen. Daß auch prominente Gäste für den Stand Interesse zeigten und gern bereit waren, sich in das Gästebuch des THW einzutragen, sei nur am Rande vermerkt. H. W.



Die Trinkwasseraufbereitungsanlage zog viele Besucher der Rheinland-Pfalz-Ausstellung an den Stand des THW.

## Ereignisse am laufenden Band

... konnte der THW-OV Dillenburg in letzter Zeit verzeichnen. Einsätze, Hilfeleistungen und 25-Jahr-Feier waren der Anlaß, daß das THW immer wieder mit seinen „Taten“ in der Presse genannt und die Leistungen der freiwilligen Helfer gewürdigt wurden.

Hier ein Querschnitt aus der Chronik:

### THW in Sachen Umweltschutz

Die Beamten der Polizeistation hatten in der Gemarkung Driedorf während eines Hubschrauberfluges eine wilde Müllkippe ausfindig gemacht. Neun Autowracks lagen in der 15 m tiefen Schlucht eines ehemaligen Steinbruches. Die einstigen Besitzer der ausgedienten Wagen hatten es sich mit der Beseitigung einfach gemacht und ihre Blechkisten auf diese Weise aus dem Verkehr gezogen. Nicht ganz so einfach sollte sich die Bergung der rostenden Blechkisten gestalten.

Da die Stelle, an der eine Bergung möglich war, nicht mit einem herkömmlichen Fahrzeug eines gewerblichen Abschleppunternehmens zu erreichen war, wandten sich die Polizeibeamten an das THW.

Sechs Helfer unter der Leitung von OB Panzer und GF Benner übernahmen die komplizierte Bergungsaufgabe. Schwierig gestalteten sich die Arbeiten dadurch, daß die PKW ineinander verkeilt waren. Mit der Seilwinde des GKW 72 wurden nach und nach alle neun Autos geborgen und zum Abtransport bereitgestellt. Der Jagdpächter, der die Aktion des THW beobachtete, fand anerkennende Worte und spendierte den Helfern einen zünftigen Imbiß.

### Besuch aus Bonn

Andreas von Schoeler, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium, besuchte den OV Dillenburg. Wie der F.D.P.-Politiker mitteilte, war er von der Einsatzbereitschaft der Männer im Katastrophenschutz des Landkreises sehr beeindruckt. Der Chef der Polizeistation im Dillkreis, 1. PHK Gerhard Heimann, sprach in Anwesenheit des Politikers den Helfern des OV Dillenburg ein „dickes Lob“ für ihre erstklassige Zusammenarbeit aus und unterstrich damit die Bedeutung des THW.

Nach Besichtigung der Unterkunft und der Fahrzeughalle sprach der Staatsse-

ekretär zu den Helfern. Erfreut notierte von Schoeler zur Zeit in allen Bundestagsfraktionen eine steigende Bereitschaft zur finanziellen Unterstützung des Zivil- und Katastrophenschutzes, die sich hoffentlich in größeren Mittelzuweisungen auswirken werde.

Anschließend hatten die Helfer Gelegenheit, dem Staatssekretär die Sorgen und Nöte des OV und die zu langen Verwaltungswege zu verdeutlichen. Auch wurde die Frage laut, ob man nicht ausgesondertes Gerät und Fahrzeuge der Bundeswehr für den Katastrophenschutz in größerem Maße zur Verfügung stellen könnte als bisher. Lieber gebrauchtes, aber gut erhaltenes Gerät als gar nichts, war die einhellige Meinung der Helfer.

### THW-Bereitschaftsdienst an der „Sauerlandlinie“

Sofort nach Zuweisung der Ausstattung für die technische Hilfe bei Verkehrsunfällen führte der OV nach Absprache mit der Autobahnpolizeidienststelle einen Wochenendbereitschaftsdienst durch. Hier ein kleiner Auszug aus dem Einsatztagebuch:

Gegen 21.30 Uhr geriet ein PKW in einer Linkskurve ins Schleudern, überschlug sich und landete auf dem Dach in der Dill. Glück im Unglück hatte der Fahrer, der nicht verletzt wurde. Da Öl und Benzin auszulaufen drohten, wurde das THW über Funk von der Polizei angefordert. Die Helfer waren in kürzester Zeit mit Kombi und GKW 72 zur Stelle. Die Unfallstelle wurde ausgeleuchtet, der Pkw mit der Seilwinde geborgen und die Unfallstelle gereinigt.

Auf der BAB „Sauerlandlinie“ geriet ein englisches Gespann in eine Windböe, dadurch kam der Wohnwagen ins Schleudern, schlug gegen die Leitplanken und wurde dabei vollständig zertrümmert. Der Inhalt – von Konservendosen bis hin zum Fernsehgerät – sowie die Trümmer des Wohnwagens wurden dabei über die gesamte Fahrbahn verstreut. Vom Hänger selbst blieb dabei nur der Boden übrig. Das THW wurde zur Bergung und zur Räumung der Fahrbahn eingesetzt.

Solche und viele andere Einsätze, bei denen die Helfer neben Schwerverletzten auch Tote bergen mußten, sind im Jahresbericht des OV vermerkt.

### Glückwünsche zum Jubiläum

Zahlreiche Ehrengäste und Besucher

nahmen im vergangenen Jahr an der Feierstunde des OV Dillenburg zum 25jährigen Bestehen auf dem Unterkunftsgelände an der Alten Rheinstraße teil. Die heute 122 Helfer starke Mannschaft konnte dabei viele Glückwünsche entgegennehmen.

Karl Dorn, ein Mitbegründer des OV, wurde von GF Heinz Sommerlad für seinen Einsatz in der ersten Stunde gelobt. Als die Parole „Ohne mich“ Schlagwort war, habe er mit anderen Männern sein Können und Wissen der Bevölkerung zur Verfügung gestellt.

Großes Lob zollte auch Landrat Dr. Rehrmann dem THW und wies auf die gute Zusammenarbeit mit dem Kreis und den anderen KatS-Organisationen hin. Erst kürzlich sei vom THW zwischen Oberbiel und Albshausen eine Brücke über die Lahn geschlagen worden. THW-Bundessprecher Peter Merck sagte in seiner Rede, nur wer helfen gelernt habe, könne wirklich eingreifen. Dies habe der OV mehrfach bewiesen.

Der stv. THW-Direktor Ferdinand Ständer erklärte, bei einem Jubiläum sei nicht nur Rückschau zu halten, sondern auch an die Zukunft zu denken. Eine Fülle von Problemen sei noch zu lösen. Die Fahrzeug- und Unterkufrage stehe in vielen Ortsverbänden noch an. Ferner sei das THW auf den guten Willen der Kommunalpolitiker angewiesen, denn die friedensmäßige Betätigung sei für die Helfer, die ihre Kenntnisse anwenden wollen, lebensnotwendig.

Der stv. Landesbeauftragte Dipl.-Ing. Dietrich Franz dankte den Helfern für ihren Einsatz und betonte, daß gerade die Entwicklung des OV bis heute zeige, daß hier engagierte Bürger unseres Staates, die mit ganzem Herzen bei der Sache sind, erfolgreich für die Mitbürger ehrenamtlich wirken.

Die gute Zusammenarbeit wurde auch von Kreisbrandinspektor Siegfried Hermann, von DRK-Geschäftsführerin Ingrid Bernhammer und von Dillenburgs Polizeichef Gerhard Heimann hervorgehoben. Für die Bundeswehr gratulierte Oberstleutnant Dr. Schikowski. Dillenburgs Bürgermeister Gerhard Beermann, Einsatzleiter Müller von der Freiwilligen Feuerwehr Dillenburg, sowie Vertreter der Feuerwehren aus Oberscheld und Mittenaar schlossen sich diesen Wünschen an. Musikalisch umrahmt wurde die Feierstunde vom Musikzug Haiger.

C. K.

## Frühjahrsübung „NATEX 79“ im Warnggebiet VII

Für die Gestaltung und Durchführung der Frühjahrsübung „NATEX 79“ am 12. Mai 1979 waren den zehn Warnämtern, im Gegensatz zu sonstigen Übungen, Anhaltspunkte nur in Form von Rahmenrichtlinien vorgegeben. Der Ablauf und damit die Ausarbeitung und Erstellung des „Drehbuches“ – Festlegung der Übungseinlagen – lag somit in den Händen der einzelnen Warnämter.

Da im Warnggebiet VII als Übungsteilnehmer außer den Dienststellen des Warndienstes (Warnamt VII, WD-Verbindungsstelle 72 und WD-Leitmeßstellen 71–75) wiederum die ABC-Dienste der Städte und Gemeinden sowie der Kreise im Bereich der Bundesländer Rheinland-Pfalz und Saarland gewonnen werden konnten, wurde das Saarland schwerpunktmäßig in den Übungslauf am 12. Mai vormittags und Rheinland-Pfalz am Nachmittag einbezogen. Da außerdem das Warnnetz mit seinen Warnstellen zeitbezogen im gesamten Warnggebiet geschaltet war, konnte in Anlehnung an die internationale Warndienstübung „INTEX 78“, der fortgeschrittenen Ausbildung folgend, eine interessante Ausgangslage gestaltet werden, die das Zusammenspiel der beteiligten Stellen besser verfolgen ließ.

Als Übungsausgangslage wurde angenommen, daß nach einer längeren politischen Spannungszeit sich die Bundesregierung gezwungen sah, den Spannungsfall festzustellen. Da am 12. Mai in den Morgenstunden gegnerische Kräfte mit Kampfhandlungen begannen, in deren Verlauf auf dem Gebiet von Rheinland-Pfalz und Saarland auch Atomwaffen und chemische Kampfmittel zum Einsatz kamen, war die Bundesregierung in Abstimmung mit den NATO-Partnern gezwungen, den Verteidigungsfall zu verkünden.

Die sich übungsmäßig ergebenden Aufgaben der beteiligten Dienststellen und Einrichtungen:

### Beobachtungs- und ABC-Meßstellen (BAMSt)

- Verbindungsaufnahme mit den ABC-Melde- und Auswertestellen (AMAST) und der WD-Leitmeßstelle.
- Erstellen und fernmündliches Übermitteln der Beobachtermeldungen aus atomaren und chemischen Übungsein-

lagen an die WD-Leitmeßstelle und die ABC-Melde- und Auswertestelle.

- Erstellen und Übermitteln von Wetterhilfsmeldungen an die WD-Leitmeßstelle und die ABC-Melde- und Auswertestelle.
- Übermitteln von Verstrahlungswerten aus angenommenen atomaren Ereignissen.

### ABC-Melde- und Auswertestelle (AMAST)

- Verbindungsaufnahme zur WD-Leitmeßstelle und zur ABC-Melde- und Auswertestelle der Bezirksregierung sowie zu den eigenen Beobachtungs- und ABC-Meßstellen.
- Aufnahme und Auswertung der von den Beobachtungs- und ABC-Meßstellen eingehenden Beobachtermeldungen zu angenommenen atomaren und chemischen Ereignissen.
- Erarbeitung der ABC-Lage und Darstellung auf Karten für den jeweiligen Bereich.
- Erstellen von vereinfachten Niederschlagsvorhersagen aus atomaren Ereignissen.
- Austausch von Meldungen und Auswerteergebnissen mit der WD-Leitmeßstelle und den Nachbar-ABC- und Auswertestellen.
- Bestimmung des Stabilitätsgrades der Luft aufgrund der eingegangenen Wetterhilfsmeldungen.
- Erstellen von Wetterhilfsmeldungen im eigenen Bereich.
- Abhören und Auswerten der Warnstellendurchsagen zur Luft- und ABC-Lage.
- Übermitteln von Verstrahlungswerten aus angenommenen atomaren Ereignissen.
- Abgabe von Lageberichten an den Stab des Hauptverwaltungsbeamten.

### Stab des Hauptverwaltungsbeamten

- Erkennen von Gefahrenlagen, die sich aus den Lageberichten der ABC-Melde- und Auswertestellen, aus den Warnstellendurchsagen und aus sonstigen Erkenntnissen ergaben.
- Übungsmäßige Sirenenauslösung durch Fernastgeräte, wenn das Warnamt über die Warnstellendurchsage dazu auffordert (§ 7, Abs. 1 a VwV-Alarmdienst).
- Bei erkannter örtlicher Gefahr übungsmäßige, selbständige Sire-

nenauslösung durch Fernastgerät in den Fällen des § 7, Abs. 1 c der VwV-Alarmdienst und Unterrichtung des Warnamtes über jede selbständige Warnung (§ 10, VwV-Alarmdienst).

- Erstellen von Lageberichten an die Bezirks- bzw. Landesregierung.
- Meldungs- und Informationsaustausch mit den Stäben der Nachbar-HVB.

### WD-Leitmeßstelle

- Verbindungsaufnahme mit den ABC-Melde- und Auswertestellen sowie der Bezirks- bzw. Landesregierung.
- Aufnahme und Auswertung der von den Beobachtungs- und ABC-Meßstellen und ABC-Melde- und Auswertestellen eingegangenen Meldungen.
- Abhören und Auswerten der Warnstellendurchsagen zur Luft- und ABC-Lage.
- Meldungs- und Informationsaustausch mit den ABC-Melde- und Auswertestellen der Kreise bzw. der ABC-Melde- und Auswertestelle der Bezirksregierung.
- Weitergabe der erfaßten Daten an das Warnamt.
- Auswerten und Darstellen der ABC-Lage im eigenen Leitmeßbezirk.
- Erstellen von eigenen Wetterhilfsmeldungen und deren Auswertung sowie Auswertung der von den Beobachtungs- und ABC-Meßstellen eingegangenen Wetterhilfsmeldungen bzw. Beobachtungen.

### Warnamt

- Erfassung und Auswertung der eingegangenen Meldungen zur Luft- und ABC-Lage.
  - Warnung der Bevölkerung vor Gefahren, die ihr im Verteidigungsfall drohen, über Sirenen und über Rundfunk.
  - Unterrichtung der Inhaber von Warnstellen über die bestehende Luft-, ABC- und Warnlage.
  - Unterrichtung der Bundesregierung und der Warndienste der NATO-Nachbarstaaten über die jeweilige Gefahrenlage und der vom Warnamt getroffenen Maßnahmen.
  - Entwarnung nach Ende der Gefahr.
- Als Übungsziel sollte von dem hauptamtlichen Personal und den freiwilligen Helfern aller an der Übung beteiligten Dienststellen der Nachweis erbracht werden, daß das ihnen in der Standort-

ausbildung und in Lehrgängen vermittelte Wissen in die Praxis umgesetzt werden kann.

Durch die in den letzten Jahren im Warngebiet VII regelmäßig zweimal jährlich abgehaltenen Warndienstübungen unter Beteiligung der vorgenannten Stellen konnte der Ausbildungsstand des in diesem Bereich eingesetzten Personals wesentlich angehoben werden, mit der Folge, daß sich der Informationsfluß, die Qualität der Einzelmeldungen und die Schnelligkeit und Zuverlässigkeit der Auswertung von Mal zu Mal verbessert haben. Da die Übung für den Warndienst mit insgesamt zehn Stunden Dauer angesetzt war, wurde das Personal des Warndienstes im Zwei-Schichten-Betrieb eingesetzt.

K.-E. U.

### Hans Holzwarth trat in den Ruhestand

Mit Ablauf des 30. April 1979 schied der Leiter der WD-Verbindungsstelle 81/Meßstetten, Hans Holzwarth, nach dem Erreichen der Altersgrenze aus dem Dienst. Aus diesem Anlaß hatte er mit seiner Gattin im April zu einem Abschiedsabend in das Warnamt VIII/Rottenburg eingeladen. So fanden sich zahlreiche Gäste im Warnamt ein. Zur Freude aller Anwesenden waren auch die ehemaligen Warnamtsleiter Behniger, Bock, Boettcher, Danapel, Peterek und Weiser sowie der ehemalige Referent des Bundesamtes, Hane, unter den Gästen.

Zu Beginn der Veranstaltung begrüßte zunächst Hans Holzwarth seine Gäste, die zum Teil sogar aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen gekommen waren. Danach nahm der Leiter der



Nach Erreichen der Altersgrenze in den wohlverdienten Ruhestand: Hans Holzwarth.

Abteilung WD im Bundesamt für Zivilschutz, Ltd. Baudirektor Dr. Maske, die offizielle Verabschiedung vor. Er handigte die Dankesurkunde des Präsidenten des Bundesamtes aus und würdigte in einer Laudatio die Persönlichkeit und das langjährige verdienstvolle Wirken des Ausscheidenden. Als Abschiedsgeschenk der Abteilung Warndienst, der Warnamtsleiter und WD-Verbindungsführer überreichte Dr. Maske eine kleine Standuhr, die Holzwarth nun auch im Ruhestand zeigen soll, was die Stunde geschlagen hat.

Unter Aushandigung weiterer hübscher Erinnerungsgaben folgten herzliche Abschiedsworte zahlreicher Gäste, so des Vertreters der Warnamtsleiter, der WD-Verbindungsführer sowie der Vertreter der Dienststellen der Luftwaffe und der Stadtverwaltung in Meßstetten wie auch des zuständigen Warnamts VIII. In allen Reden kamen die besondere Kontaktfreudigkeit und allgemeine Beliebtheit des Ausscheidenden zum Ausdruck.

Hans Holzwarth, der im Kriege als Luftwaffenoffizier hohe Auszeichnungen erhalten hatte, trat 1966 in den Warndienst ein. 1968 übernahm er die Leitung der WD-Verbindungsstelle 51 in Goch und 1970 die der WD-Verbindungsstelle 81 in Meßstetten, die er bis zu seinem Ausscheiden behielt. Holzwarth hat sich in vielen Jahren in besonderem Maße um enge Kontakte zwischen dem Warndienst und den militärischen Dienststellen bemüht und stets gute Verbindungen hergestellt, die für die zivil-militärische Zusammenarbeit geradezu beispielhaft sind. In den nun wohlverdienten Ruhestand begleiten Hans Holzwarth die besten Wünsche aller ehemaliger Kameraden.

V. N.

### Verabschiedung von Einsatzleiter Gerhard Lucke im Warnamt IV

Am Freitag, dem 30. März 1979, wurde Einsatzleiter Gerhard Lucke nach fast 17jähriger Tätigkeit im Warndienst – davon acht Jahre als Sachbearbeiter 4 im Warnamt IV – mit einer kleinen Feierstunde in den wohlverdienten Ruhestand entlassen. Der 1914 in Magdeburg geborene Lucke trat nach einer zivilen technischen und fliegerischen Ausbildung bei der DVS Bremen Anfang 1935 in die damalige Luftwaffe ein. Während des II. Weltkrieges war er als Sturzkampfflieger mit hohen Auszeichnungen an allen Fronten im Einsatz.

Nach Kriegsende und Gefangenschaft verschlug es Gerhard Lucke zunächst



In einer kleinen Feierstunde überreichte Herr Umbach vom BZS Gerhard Lucke im Namen des Präsidenten des BZS die Entlassungsurkunde.

nach West-Berlin, 1962 kam er zum Warndienst und begann dort beim auszubauenden Warnamt X.

Herr Umbach vom BZS dankte in einer kurzen Ansprache für die geleistete Arbeit und überreichte die Entlassungsurkunde im Namen des Präsidenten des Bundesamtes für Zivilschutz. J. W.

### Einweisungslehrgänge für Warnstellenpersonal

Die Einführung der Warnstellendurchsagen in festgelegter Form (abgekürzt: WaDuForm) nahm das Warnamt II zum Anlaß, seine Warnstellenteilnehmer zu Einweisungslehrgängen einzuladen. Der Aufruf hierzu erfolgte im Rahmen der monatlichen Probedurchsagen über das Warnnetz.

In Amtshilfe sammelten die ZS-Sachbearbeiter der Kreise bzw. kreisfreien Städte die Anmeldungen und schafften die für die Durchführung der Lehrgänge notwendigen Voraussetzungen. Insgesamt waren 26 Lehrgänge mit 522 Personen zu organisieren.

Zwei Einsatzleiter des Warnamtes übernahmen abwechselnd die Durchführung der Lehrgänge. Der Lehrstoff umfaßte folgende Themen:

- Einrichtung und Ausstattung einer Warnstelle
- Zweck der Warnstellendurchsagen (WaDu)
- Inhalte der WaDu
- Aufnehmen, Darstellen und Auswerten der WaDu.

Schwerpunkte waren das Darstellen der Luftzielmeldungen auf der „Lagekarte für die Warnstellen“, das Aufnehmen der WaDuForm 1–9 sowie das zeichnerische Darstellen der ABC-Lage.

Das positive Echo bei den Teilnehmern ermutigt die Initiatoren, weitere Einweisungen anzubieten und die Kenntnisse in Ergänzungsausbildungen zu vertiefen.

G. A.

Aus dem ASB-Jahresbericht

## Vorschläge zur Verbesserung des Katastrophenschutzes

Stellenwert des Sanitäts- und Betreuungsdienstes soll angehoben werden

### Verbesserungsvorschläge

Der Arbeiter-Samariter-Bund beteiligte sich mit allen KatS-Organisationen und gemeinnützigen Hilfsgemeinschaften an den umfangreichen Gesprächen und Diskussionen zur Verbesserung des Katastrophenschutzes und hat dazu eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen hinsichtlich der besseren Finanzierung zur Diskussion gestellt:

- Kosteneffizienzüberlegungen auch unter Einbeziehung der staatlichen Stellen und Organisationen, wie z. B. Bundesamt für Zivildienst, Bundesverband für den Selbstschutz, Technisches Hilfswerk, Warndienst usw. mit dem Ziel des Abbaues unnötiger Kosten, und damit zusammenhängend: Umstrukturierung des Einzelplanes 36 des Bundeshaushaltes.
- Verstärkung des Stellenwertes des Sanitätsdienstes und des Betreuungsdienstes gegenüber den durch staatliche oder kommunale Mittel voll abgedeckten Bergungsdiensten und des Brandschutzdienstes. In den „Leitlinien für regelungsbedürftige und regelungsfähige Materien im Katastrophenschutz der Länder“ vom 20. 6. 1975 ist z. B. immer noch die Forderung enthalten, daß die mitwirkenden Einheiten und Einrichtungen eigene personelle und sächliche Mittel bereitzustellen haben. Dies führt zu der unhaltbaren Situation, daß die Ausstattung von THW und Feuerwehren zu 100 % aus öffentlichen Haushalten abgesichert ist, die Sanitätsorganisationen jedoch nur mittels Spendensammlungen oder durch Übernahme von ausgesonderten Materialien der Bundeswehr ihre Einsatzkraft erhalten können.

### KatS-Programm 80/84

Im September 1978 konnte vom BMI als Ergebnis der umfangreichen Gespräche mit Ländern und Organisationen ein „Programm für die Entwicklung des erweiterten Katastrophenschutzes in den Jahren 1980 bis 1984“, kurz: KatS-Programm 80/84, vorgelegt werden. Ziel des Programms ist es, die Leistungskraft des erweiterten Katastrophenschutzes bis 1984 durch Bildung von Schwerpunkten und Prioritäten so weit wie möglich zu steigern und dadurch eine wesentliche Stärkung der zivilen Verteidigung zu erreichen.

Wesentliche Punkte des Programms sind:

- Erhaltung des Helferbestandes
- Verzicht auf Ausdehnung des Kader-Mantel-Prinzips
- Einführung der von der Feuerwehr praktizierten Grundsätze der Mehrfachbesetzung bei anderen Fachdiensten
- Grundsätzliche Anerkennung des Vorranges von Ausstattung und Ausbildung gegenüber der Unterbringung
- Überprüfung der StAN mit dem Ziel ihrer Ausdünnung unter Erhaltung der Funktionsfähigkeit und Schlagkraft der Einheiten
- Begrenzung der Funktionen der Einheiten auf die unverzichtbaren Aufgaben unter entsprechender Anpassung der internen Organisation der Einheiten
- Vereinfachung der Verwaltung des erweiterten Katastrophenschutzes
- Entzerrung bestehender Ungleichheiten in der Verteilung des Potentials, insbesondere Korrektur der Unausgewogenheiten des Helferbestandes in

den Ländern. Ferner sollten durch Strafungsmaßnahmen freiwerdende Helfer zur Aufstockung anderer Fachdienste umgeschichtet werden.

Das neue Programm paßt somit recht gut in die Vorstellungen des Arbeiter-Samariter-Bundes zur Verbesserung des Katastrophenschutzes auf realistischer Basis. Die externen Fachgespräche über die Verwirklichung der Einzelheiten haben bereits stattgefunden. Auch liegen die ersten Ergebnisse hinsichtlich der Vereinfachung der umfangreichen Verwaltungsvorschriften des Katastrophenschutzes bereits vor.

### Finanz-Sonder-Programm

Flankierend zum KatS-Programm 80/84 hat nun der Bundestag ein Finanz-Sonder-Programm zur Stärkung des Zivildienstes erarbeitet. Sieht das KatS-Programm 80/84 bereits Investitionen von insgesamt 325 Mill. DM allein für den Erwerb von Fahrzeugen und Ausstattung vor, so können durch das Finanz-Sonder-Programm mit weiteren 320 Mill. DM für die Jahre 1979 bis 1982 gerechnet werden. 2048 Krankentransportwagen (Vier-Tragen) werden bis 1984 neu beschafft. Das zusätzliche Programm sieht darüber hinaus den Ersatz der 1963 und eines Teiles der 1964 beschafften Fahrzeuge und die Beschaffung von weiteren 250 Krankentransportwagen vor.

Es besteht deshalb eine begründete Hoffnung auf eine deutlichere Verbesserung der Lage des Katastrophenschutzes, besonders im Hinblick auf die Verbesserung der Einsatzbereitschaft.

## Erster Kinder-Notarztwagen in Hessen eingesetzt

Lücke im spezialisierten Rettungsangebot jetzt geschlossen

Im Angebot der spezialisierten Rettungs- und Sozialdienste ist beim ASB Kassel mit dem Einsatz des Kinder-Notarztwagens (K-NAW) ein weiterer Bereich erschlossen worden.

Um für das kurzfristige Aufnehmen der hochspezialisierten medizinisch-technischen Ausrüstung für Kleinkinder den normalen Rettungswagen überflüssig zu machen und damit zu entlasten,

wurde in zweijähriger Arbeit der K-NAW geplant und umgebaut. Nun konnte das Fahrzeug dessen Konzeption in Hessen einmalig ist, der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Die Aufgabe des Kinder-Notarzt-Rettungssystems besteht darin, ärztliche und pflegerische Erstversorgung bei gefährdeten Neugeborenen und bei kranken Kindern durchzuführen sowie die damit notwendigen Transporte zu gewährleisten. Deshalb besteht die Besatzung des Kinder-Notarztwagens aus einem Fahrer und Beifahrer, die vom ASB-Schichtdienst in Rufbereitschaft eingesetzt werden.

Weiterhin fahren bei jedem Einsatz ein Arzt und eine Kinderkrankenschwester oder zwei Ärzte mit. Die Ärzte werden von der Kinderklinik des Stadtkrankenhauses Kassel oder vom Kinderkrankenhaus „Park Schönfeld“ in Kassel gestellt.

Zur notwendigen Ausrüstung des Wagens gehören u. a.:

- Intensivpflege-Transportinkubator
- Babylog-Beatmungsgerät
- Absaugvorrichtungen
- Elektronisch gesteuerte Infusionspumpe
- EKG-Monitor-Gerät
- Herzton-Überwachungsgerät (Cardio-Peeper)
- Sauerstoffmeßgerät
- zwei Spezial-Notfall-Arztkoffer mit entsprechender Notfallausrüstung und Medikamenten.

Der Wagen wird in der Regel im Wirkungsbereich des Rettungsdienstes Kassel eingesetzt, kann aber in besonderen Fällen auch im weiteren Umkreis angefordert werden. Alarmiert wird der K-NAW generell über die Kinderklinik des Stadtkrankenhauses. Der dort diensthabende Arzt entscheidet über den Einsatz. Die Alarmierung der Besatzung erfolgt dann grundsätzlich durch die Leitstelle Hessen-Nord.

Die Erfahrungen aus dem bisherigen Einsatz zeigen schon, daß der Wagen etwa gleichermaßen im Stadtgebiet Kassel wie in der weiteren Umgebung eingesetzt wird. Bei diesen Einsätzen wurden wertvolle Erfahrungen gesammelt, die bei der weiteren Planung und Ausrüstung eines neuen K-NAW entsprechend berücksichtigt werden können. Bei dem Kinder-Notarztwagen, dessen Standort bei der Rettungswache des ASB Kassel ist, handelt es sich um einen VW-Krankentransportwagen, der nach Angaben der Technischen Leitung des ASB Kassel umgerüstet wurde. Ursprünglich war ein Rettungswagen Typ DB 408 vorgesehen. Nachdem aber festgestellt wurde, daß sich mit dem VW derselbe Zweck erreichen läßt, wurde aus wirtschaftlichen Gründen die Planung umgestellt. Die Ge-

samtkosten von 86 000 Mark, die sich konkret auf medizinisch-technische Ausrüstung mit 33 000 Mark, Kraftfahrzeugkosten mit 32 000 Mark, technische Umrüstkosten mit 14 000 Mark und Funkausrüstung mit 7000 Mark erstrecken, wurden maßgeblich durch Spenden finanziert. Etwa 50 % hat der ASB aus eigenen Mitteln dazugegeben. Als Spender und Mitfinanzierer traten fol-

gende Verbände und Organisationen in Erscheinung:

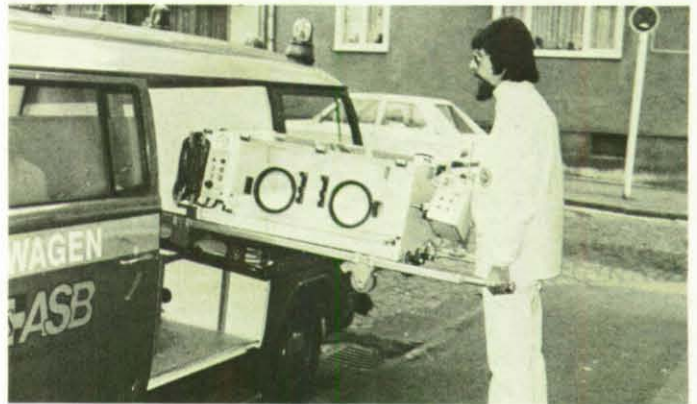
Round-Table, Kuratorium „Aktion für Behinderte“, Stadtkrankenhaus Kassel, Bund der Pfadfinderinnen und Pfadfinder, Stamm „Wilhelm Busch“. Der ASB Kassel dankt allen Spendern und Mitinitiatoren dieses Werkes.

Dietrich Leder

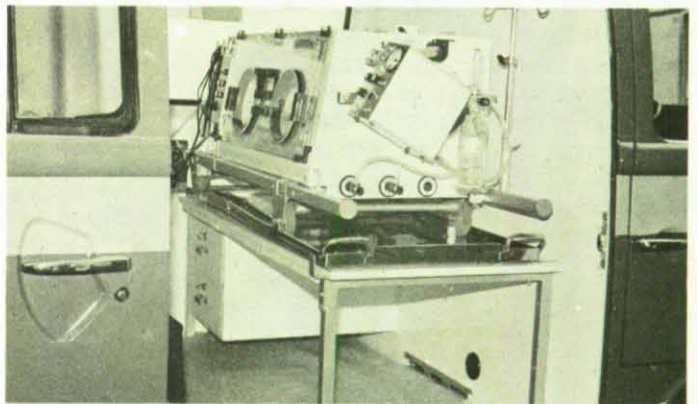
**Die ASB-Rettungswache Kassel ist Standort des ersten Kinder-Notarztwagens in Hessen.**



**Eine technisch-elegante Lösung wurde beim Kinder-Notarztwagen für die Unterbringung des Inkubators gefunden.**



**Blick in das Innere des Kinder-Notarztwagens. Im Inkubator sind die Kleinkinder vor Wärmeverlust, Luftzug, Infektionen und Sauerstoffmangel geschützt.**





## JUH 1978: deutlich positive Entwicklung

Die JUH hat sich im Jahr 1978 deutlich positiv weiterentwickelt. Die Entwicklung umfaßt alle Bereiche, kann als ausgewogen und damit als verantwortungsbewußt bezeichnet werden.

Es ist zu erwarten, daß das Jahr 1978 in Relation zu dem Leistungszuwachs auch ein entsprechendes Anwachsen des finanziellen Volumens zeitigen wird. Die Struktur der JUH in bezug auf das

Verhältnis von Ehrenamtlichen zu Hauptamtlichen, wobei letztere ja vielfach auch noch ehrenamtliche Leistungen erbringen, ist gesund, es ist, gemessen am Leistungsanstieg, deutlich besser geworden. Es dürfte aber wohl auch damit das Grenzverhältnis erreicht sein.

Die JUH hat sich 1978 zunehmend in Aufgaben des diakonischen Dienstes

engagiert. Hier sind zu nennen: Essen auf Rädern, Altenhilfe, Blindenhilfe, Behindertenhilfe und allgemeine Krankenpflege. In diesen Bereichen sollten wir überall noch mehr als bisher in Zusammenarbeit mit Diakonischen Werken, mit Kirchen und mit Gemeinden einem sicher gegebenen Bedarf an Hilfe nachgehen, um in stiller Arbeit zu helfen, auch wenn das nicht immer

### Gesamtzusammenstellung (in Klammern 1977)

#### Stärkemeldung

Stichtag 1. 10. 1978

Landesbezirk	1		2			3			4					5			6	7
	Beauftragte	Ärzte	Hauptamtliche Mitarbeiter			Gesamt Nr. 3	Ehrenamtliche					Gesamt Nr. 4	Gesamt		Aktive	Fördernde	Gesamt 1-6	
			voll	teil	ZDL		BF	ZF	GF	Helfer w.	Helfer m.		Jugend	w.				m.
Baden-Württemberg	27 (26)	23 (28)	15 (15)	7 (4)	43 (31)	65 (50)	18 (24)	15 (14)	68 (52)	211 (232)	455 (495)	211 (204)	978 (1021)	329 (339)	764 (786)	1093 (1125)	728 (510)	1821 (1635)
Bayern	33 (32)	41 (38)	38 (34)	3 (67)	46 (36)	87 (137)	7 (5)	25 (20)	81 (75)	397 (312)	958 (935)	209 (153)	1677 (1600)	525 (445)	1313 (1262)	1838 (1707)	741 (651)	2579 (2358)
Berlin	4 (4)	5 (5)	12 (9)	1 (1)	-	13 (10)	1 (1)	3 (4)	7 (8)	186 (203)	81 (54)	- (22)	278 (292)	192 (215)	108 (96)	300 (311)	42 (35)	342 (346)
Hamburg	9 (9)	13 (13)	7 (8)	1 (1)	10 (10)	18 (19)	3 (3)	8 (7)	24 (24)	108 (99)	256 (253)	52 (44)	451 (430)	141 (130)	350 (341)	491 (471)	338 (307)	829 (778)
Hessen, Rhld.-Pfalz, Saarl.	33 (35)	57 (51)	20 (14)	10 (10)	91 (67)	121 (91)	7 (5)	20 (17)	81 (73)	443 (356)	758 (729)	313 (332)	1622 (1512)	458 (516)	1375 (1173)	1833 (1689)	879 (779)	2712 (2468)
Niedersachsen	55 (45)	51 (39)	50 (29)	23 (14)	51 (33)	124 (76)	13 (11)	31 (24)	100 (82)	410 (279)	976 (727)	386 (355)	1916 (1478)	584 (434)	1562 (1209)	2146 (1638)	878 (1136)	3024 (2774)
Nordrhein-Westfalen	105 (103)	132 (131)	43 (40)	11 (7)	145 (129)	199 (176)	31 (29)	89 (79)	309 (294)	655 (671)	2364 (2173)	685 (660)	4133 (3906)	1007 (1003)	3562 (3313)	4569 (4316)	2512 (2120)	7081 (6436)
Schleswig-Holstein	25 (14)	20 (13)	3 (1)	2 (1)	7 (4)	12 (6)	4 (4)	11 (6)	41 (21)	194 (133)	404 (265)	50 (39)	704 (468)	225 (155)	536 (346)	761 (501)	159 (286)	920 (787)
BG, Präsidium u. B.-Schule	-	-	19 (16)	6 (6)	8 (7)	33 (29)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	33 (29)	-	33 (29)
Gesamt:	291 (268)	342 (318)	207 (166)	64 (111)	401 (317)	672 (594)	84 (82)	202 (171)	711 (629)	2604 (2285)	6252 (5631)	1906 (1809)	11 759 (10 707)	3461 (3237)	9570 (8526)	13 064 (11 787)	6277 (5824)	19 341 (17 611)

#### Übersicht über die theoretischen Ausbildungsleistungen der Schwesternhelferin-Ausbildung im Jahr 1978

Stand: 31. 12. 1978  
hinter dem / männl.  
Auszubildende  
(in Klammern 1977)

Landesverband	Ausbildung	Fortbildung
Baden-Württemberg	159/5 ( 172/7 )	275/5 ( 112/- )
Bayern	347/33 ( 498/34 )	333/8 ( 185/7 )
Berlin	29/- ( 32/- )	-/- ( -/- )
Hamburg	124/- ( 108/- )	103/- ( -/- )
Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland	319/20 ( 308/13 )	714/14 ( 563/1 )
Niedersachsen (Ost)	298/5 ( 366/11 )	232/5 ( 482/2 )
Niedersachsen (West)	352/12 ( 376/11 )	363/5 ( 337/- )
Nordrhein-Westfalen	208/2 ( 275/6 )	124/1 ( 79/3 )
Schleswig-Holstein	213/1 ( 282/7 )	266/1 ( 255/3 )
Gesamt:	2.049/78 (2.417/89)	2.410/39 (2.013/16)

in plastischen Zahlen faßbar ist. Die JUH kann mit ihren Ergebnissen 1978 zufrieden sein; dies ist kein Anlaß zur Selbstzufriedenheit, sondern für uns alle Ansporn, auf dem eingeschlagenen Weg weiter voranzugehen.

Die Tabelle mit der Übersicht der SHA zeigt allgemein die Schwerpunktverlagerung in Richtung Fortbildung, wie sie uns auch vom Bundesamt für den Zivilschutz vorgegeben worden ist. Noch schöner wäre es, wenn dennoch die Ausbildungszahlen hätten gehalten werden können. Aber bei dem sparsamen Kräfteinsatz in diesem Bereich ist das vorliegende Ergebnis sehr positiv zu bewerten; herauszuheben hierbei

sind die Fortbildungsleistungen in Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland sowohl im Hinblick auf die absolute Zahl, die Steigerung gegenüber dem Vorjahr als auch den Anteil an der Gesamtzahl.

Aus der Tabelle mit der Übersicht über die Einheiten, die von der JUH für den Einsatz im Katastrophenschutz vorgehalten werden, geht eine deutliche Zunahme der Kapazitäten hervor, wenn man die Zahlen für 1978 mit jenen des Vorjahres vergleicht. (Die Zahlen aus 1977 sind aus Gründen der Übersichtlichkeit in diesem Schema nicht aufgenommen.)

### **Bereitschaftsübung einmal anders: Hilfe für ein Altenheim**

Mit der Bitte um Hilfe hatte sich der Evangelische Hilfsverein Hannover an die Johanniter-Unfall-Hilfe gewandt, als die Verlegung eines Altenheimes von der Insel Langeoog nach Barsinghausen erforderlich wurde.

Die JUH Deister hatte diese Unterstützung zugesagt und führte den Transport der Altenheimbewohner im Rahmen einer Bereitschaftsübung durch.

Es galt, 28 Personen im Alter zwischen 65 und 97 Jahren mit ihrer persönlichen Habe aus dem „Baltenheim“ auf der Insel Langeoog abzuholen und sie unter ständiger Betreuung und Versorgung, zum Teil waren liegende Transporte erforderlich, zu ihrem neuen Heim, dem „Brigittenstift“ in Barsinghausen, zu bringen. Daß diese Reise ein einschneidendes Ereignis und eine große Umstellung für die älteren Menschen bedeutete, war der JUH Deister bewußt. Deshalb wurde der Transport besonders sorgfältig vorbereitet und organisiert. 85 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer wurden eingesetzt, weitere Unterstützung erhielten diese durch die JUH Jever-Klevern. 23 Fahrzeuge wurden bereitgestellt, außerdem ein Krankenwagen der Feuerwehr und ein Krankenwagen der Inselgemeinde für den Transport der liegenden Patienten vom Baltenheim zum Anlegesteg auf Langeoog. Der Küchentrupp war vorbereitet, die Verpflegung der „Reisenden“ und ihrer Betreuer zu übernehmen. 2 Materialerhaltungstrupps sorgten für eine reibungslose Fahrt ohne technische Pannen, der Krankentransportzug übernahm die Beförderung der Heimbewohner und der Verbandplatzzug – zusammen mit dem Sanitätszug – die Betreuung während der Fahrt, einschließlich eines Notarztendienstes.

So auf- und ausgerüstet konnte die „Übung“ beginnen. Am Sonntagmorgen, die Helferinnen und Helfer waren bereits am Samstag auf der Insel eingetroffen, wurden die Bewohner zur Fähre gebracht. Die liegenden Patienten wurden von den „Insel-KTWs“ aufgenommen und zum Anlegesteg gebracht. Dort wurden sie von JUH-Helfern übernommen, auf die eigenen Tragen umgebettet und auf die Fähre gebracht.

Um 10 Uhr legte das Fährschiff „Cosmos“ in Bensorsiel an; und nun begann die eigentliche Aufgabe der JUH Deister. Bald hatte jeder Heimbewohner seinen „Reiseplatz“ erhalten, und die Gepäckstücke waren in die mitgeführten Lkw verladen. Die Reise konnte beginnen. Sorgsam wurde die Betreuung durch die Helferinnen und Helfer durchgeführt. Besonders die liegenden Patienten konnten durch zusätzlich eingesetzte Hilfsmittel weitgehendst bequem und sicher transportiert werden.

Um 12 Uhr servierte der Küchentrupp bereits ein Mittagessen. Nach einer Kaffeepause in Hasbruch, dieser Halt wurde gleichzeitig für eine technische Überprüfung der Fahrzeuge genutzt, kam man gegen Abend in Allertal an.

Hier wurde noch einmal ein technischer Halt eingelegt und das Abendessen gereicht. Gegen 21 Uhr dann erreichte die Kolonne das „Brigittenstift“ in Barsinghausen.

Als Bereitschaftsübung der Katastrophenschutzeinheit der JUH Deister hatte dieser Transport folgende Ziele und Aufgaben: Vorbereitung und Durchführung eines Kfz-Marsches mit 23 Fahrzeugen verschiedener Typen, technische Betreuung der Fahrzeuge während des Marsches, Transport, Betreuung und Verpflegung der Altenheimbewohner – zum Teil unter erschwerten Bedingungen – und die Erprobung des Küchentrupps mit dem speziell ausgerüsteten Fahrzeug im Einsatz. Die Führungsgruppe Bereitschaft übernahm die Einsatzleitung.

Der reibungslose Ablauf dieser „Übung“ trotz aller Schwierigkeiten und Probleme, die solch ein Auftrag wie die Altenheimverlegung selbstverständlich mit sich bringen muß, veranlaßte die Geschäftsführerin des Evangelischen Hilfsvereins, Frau Monika Arnecke, allen Beteiligten Lob und Anerkennung auszusprechen. In einem Schreiben an den JUH-Landesverband Niedersachsen bedankte sich der Evangelische Hilfsverein für die sofort zugesagte Hilfe und die hervorragende Unterstützung durch den besonderen Einsatz der JUH Deister und ihrer Helferinnen und Helfer.

Landesgeschäftsführer Cordt von Kalckreuth hatte den Transport begleitet und konnte als fachmännischer Beobachter feststellen, daß die JUH Deister wieder einmal ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis gestellt hat, wie bereits in Katastropheneinsätzen und in der täglichen Arbeit im Rettungsdienst. Auch er sprach dem Ortsverband seine Anerkennung aus. sb

### **JUH-Jugendzug als Erkundungsgruppe**

**In den „Ruhr-Nachrichten“ für Gladbeck und Kirchhellen war folgendes über eine Übung der JUH zu lesen:**

Was macht man, wenn in einer Schule eine Gasexplosion stattfindet? – Diese Frage versuchte die Johanniter-Unfall-Hilfe in einer Übung zu beantworten. Es wurde dabei davon ausgegangen, daß in der Hauptschule Butendorf bei einer Explosion 21 Schüler verletzt wurden.

Gegen acht Uhr rückte der Jugendzug der Unfallhilfe als „Erkundungsgruppe“ aus. Die neun Helfer mußten jedoch bald feststellen, daß ihre „Erste-Hilfe“-Maßnahmen nicht ausreichten. So forderten sie den Verbandplatzzug an, mit dem weitere fünfzehn Helfer kamen. Gemeinsam versuchte man dann, die ‚Verletzten‘ zu versorgen. Dies geschah in zwei Abteilungen: der Arztgruppe unter Leitung von Josef Neuhäuser, die alles bis zum Eintreffen des Arztes vorbereitete, und der Pflegegruppe mit Dieter Weimann, die die weniger schweren Fälle behandelte.

In einem Klassenraum wurde ein provisorischer Operationsaal eingerichtet, und ein „Schwererletzter“ wurde in einem Rettungswagen zum Krankenhaus gebracht. Die Übung endete gegen zwölf Uhr. Nach dem Abschminken der „Opfer“ und der Essensausgabe ging es zur Zentrale zurück.

Zugführer Uwe Kucklau war mit dem Ausgang der Übung zufrieden. „Die Helfer haben sich sehr angestrengt, die ‚Verletzten‘ schnellstens zu versorgen. Hier ist eine Verbesserung gegenüber den bisherigen Übungen festzustellen. Auch die Befehlstchnik klappte besser als beim letzten Mal“, resümierte er.

Uwe Kucklau bedauert allerdings, daß die Anteilnahme der Bevölkerung so gering war: „In der ganzen Zeit kamen nur vier bis sechs Passanten, um sich unsere Arbeit anzuschauen.“



## Trinkwasser für Montenegro

Malteser-Helfer mit Wasseraufbereitungsanlage  
im jugoslawischen Erdbebengebiet

Am Morgen des Ostersonntag, dem 15. April, ereignete sich an der jugoslawischen Küste das stärkste Erdbeben in diesem Land seit 1963, das die Stadt Skopje in ein Trümmerfeld verwandelte. Bei dem Schadensgebiet handelt es sich um den 120 km langen Küstenstreifen von der albanischen Grenze bis zur Bucht von Kotor. In diesem Bereich leben etwa 80 000 Menschen, die zum Großteil durch die Erdstöße obdachlos wurden. Besonders die Küstenorte Kotor, Bar, Ulcenij, Budva und Bijela wurden schwer verwüstet. Die Menschen der montenegrinischen Küste leben fast ausschließlich vom Fremdenverkehr. Diese Existenzgrundlage wurde ihnen durch das Erdbeben genommen.

### Hilfe aus aller Welt

Bereits am Sonntagnachmittag begannen in fast allen europäischen Ländern und in den USA Überlegungen zur Hilfeleistung für das Katastrophengebiet. Der deutsche Caritasverband entschloß sich, als erste Hilfsmaßnahme eine Sendung von mehreren tausend Decken und Zelten mit Hilfe der Bundesregierung einzufliegen. Da sich bereits unmittelbar nach der Katastrophe eine akute Störung der Trinkwasserversorgung einstellte und somit die Seuchengefahr ständig wuchs, wurde mit der Hilfsendung auch ein dreiköpfiges Team des Malteser-Hilfsdienstes mit einer Wasseraufbereitungsanlage, die in einem VW-Bus eingebaut ist, in das Schadensgebiet gesandt.

### Unser Einsatz in Jugoslawien

Erst am Dienstagnachmittag wurde meinem Kollegen Achim Gröger, einem speziell ausgebildeten Helfer vom MHD Augsburg, und mir mitgeteilt, daß wir noch in derselben Nacht von Köln mit einer gecharterten Maschine der Air Cargo Egypt nach Titograd (Hauptstadt Montenegros) eingeflogen werden sollten. Schnellste Vorbereitungen mußten

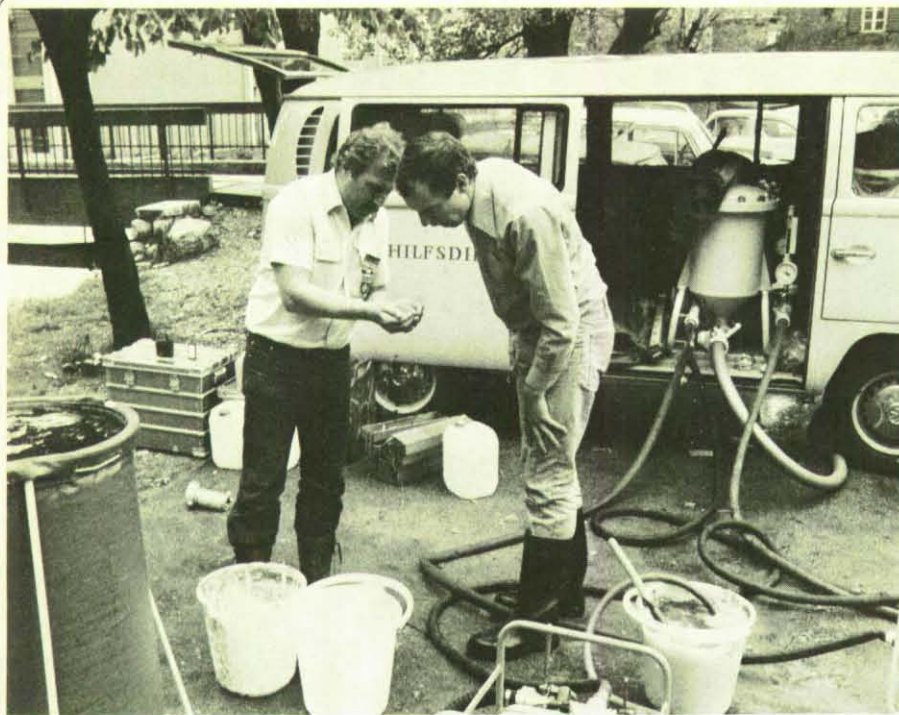


Mit einem massiven Bretteraufbau auf einem Lkw wurde in Titograd eine Entlademöglichkeit für die mobile Trinkwasseraufbereitungsanlage geschaffen.

getroffen werden, um den Zug nach Köln zu erreichen. Als wir nach 23.00 Uhr am Flughafen Köln ankamen, erwartete uns bereits der Abteilungsleiter des Malteser-Hilfsdienstes/Auslandsdienst Köln, Dieter Hürtgen, der den Einsatz leitete, mit der Wasseraufbereitungsanlage. Um 3.30 Uhr landeten wir in Titograd. Da dieser Flughafen fast ausschließlich von Passagiermaschinen angefliegen wird, ergaben sich große Probleme beim Entladen der Fracht. Die Zelte und Decken wurden einzeln durch einheimische Helfer, die trotz der frühen Morgenstunde zahlreich zur Verfügung standen, aus dem Flug-

zeug per Hand auf bereitstehende Lkw umgeladen und in eine Lagerhalle des Flughafens gebracht. Es erwies sich jedoch als schwierig, den VW-Bus aus der drei Meter über dem Boden befindlichen Luke zu entladen, da keine fahrbare hydraulische Laderampe vorhanden war. Das Problem wurde gelöst, indem wir mit einem massiven Bretteraufbau auf einem LKW eine Entlademöglichkeit für den VW-Bus schafften.

Nach Absprache mit dem Krisenstab in Titograd fuhren wir über Bar in das kleine Bergdorf Ostros an der albanischen



Das aufbereitete Wasser wurde ständig untersucht und durch das kleine Labor überwacht.

schen Grenze. Bereits auf dem Wege dorthin sahen wir die ersten schwer beschädigten Gebäude. Die vom Erdbeben stark zerstörten Straßen hatte man notdürftig instand gesetzt. In Ostros begannen wir, aus der Regen-zisterne Trinkwasser für das Dorf und die umliegenden Gehöfte aufzubereiten.

Die Bewohner begegneten uns mit der größten Gastfreundlichkeit, zeigten aber anfangs großes Mißtrauen gegenüber unserem technischen Gerät und dem damit gewonnenen Wasser, zumal wir dem Wasser Chlor zusetzen mußten, welches sich durch Geruch und Geschmack bemerkbar machte. Es dauerte einige Zeit, bis es uns und dem ansässigen örtlichen Krisenstab gelang, die Bewohner von der Notwendigkeit zu überzeugen, nur unser gefiltertes Wasser zu trinken. Die Zisternen und Brunnen hatten durch das Erdbeben Risse bekommen, durch die Erdreich und damit möglicherweise Krankheitserreger in das Trinkwasser geraten waren. Obwohl einige Gebäude rein äußerlich einen gut erhaltenen Eindruck machten, mußten wir bald feststellen, daß überall höchste Einsturzgefahr bestand, und wir, wie alle anderen Einwohner, im Zelt schlafen mußten. Die allgemeine Versorgung der Bevölkerung war gut und wurde überall durch freiwillige Helfer und das Militär unterstützt. Besonders bei Nacht machten sich die wiederholten Nachbeben stark bemerkbar, und wir wurden mehrmals aus dem Schlaf gerissen. Vier Tage nach unserer

Ankunft war es dem Einsatzstab gelungen, die Wasserversorgung in Ostros mit Hilfe eines Tanks so zu sichern, daß wir in ein anderes Einsatzgebiet geschickt werden konnten.

Der neue Einsatzort – Virpazar – wurde uns vom Krisenstab in Bar zugeteilt, wobei uns der deutschsprechende Epidemiologe des dortigen Krankenhauses – welches schwer beschädigt ist – bei den Verhandlungen mit dem Stab eine große Hilfe war. Die Verständigung mit der Bevölkerung brachte keine Probleme, da sehr viele Jugoslawen der deutschen oder der englischen Sprache mächtig sind. Virpazar besteht aus vielen kleinen Dörfern und Einzelgehöften, hier wurden wir am härtesten mit dem Schicksal der durch die Katastrophe betroffenen Personen konfrontiert. Die zum Teil im 16. Jahrhundert erbauten Häuser waren zum Großteil total verwüstet. Zahllose Menschen suchten zwischen Trümmern nach ihren verschütteten Habseligkeiten. Die Bergung der Verletzten und Toten war zu diesem Zeitpunkt abgeschlossen. Hierbei war ein Spezialteam mit besonderen Geräten und Hunden der Schweizer Bergwacht von großer Bedeutung.

Da die Orte, in denen Wasserbedarf bestand, für eine zentrale Wasserversorgung viel zu weit verstreut lagen, begannen wir, zusammen mit einem jugoslawischen Bakteriologen, die einzelnen Brunnen und Zisternen zu chlorieren und teilweise zu analysieren.

Am 24. April änderte sich das Wetter. Orkanartige Stürme und sintflutartiger Regen setzten ein. Was das Erdbeben noch nicht zerstört hatte, wurde durch die Wassermassen vernichtet, und ein Teil der Zelte wurde einfach weggeschwemmt. Durch das Unwetter waren alle Hilfsarbeiten stark beeinträchtigt. Nachdem durch unsere Arbeit die Eigenversorgung mit Wasser in Virpazar hergestellt war, machten wir uns bereit, zu unserem letzten Einsatzort Kotor zu fahren.

In Kotor war es bis zu unserem Eintreffen weitgehend gelungen, die Versorgung der Bevölkerung mit Wasser sicherzustellen. Aufgrund des Unwetters war jedoch in einem Ortsteil von Kotor Schmutzwasser in das Versorgungsnetz gedrungen, so daß wir hier mit unserer Wasseraufbereitungsanlage helfend einspringen konnten.

An einem Abend ergab sich für uns die Gelegenheit, den apostolischen Administrator des Bistums Kotor, Monsignore Ivanovic, in Dobrota bei seiner zerstörten Kirche zu besuchen und ihn über die Situation zu befragen. So erfuhren wir, daß im Bistum Kotor ca. 100 Kirchen und Kapellen vom Erdbeben zerstört oder schwer beschädigt worden waren.

Am 30. 4. 1979 war unser Einsatz nicht mehr erforderlich, und wir wurden vom Krisenstab und dem Direktor der Wasserversorgung in Kotor offiziell verabschiedet, wobei man sich für die geleistete Hilfe unserer Organisation bedankte. Nach Ende des Einsatzes kamen wir zu dem Schluß, daß Montenegro durch das Erdbeben zwar große wirtschaftliche Einbußen erlitten hat, aber diese mit ausländischer Hilfe in einigen Jahren mit Sicherheit behoben sein werden: die kulturellen und historischen Einbußen aber sind kaum wiedergutmachen.

### Hilfe heute und morgen

Zur Rettung dieser kulturellen Denkmäler wäre neben dem Wiederaufbau eine internationale Unterstützung genauso wünschenswert wie die großartige Soforthilfe, die für Montenegro geleistet wurde. Wir waren wiederholt beeindruckt von der Anteilnahme und der großzügigen Hilfe fast aller europäischen Länder und der USA. Nach unseren Erfahrungen in Katastrophengebieten sind wir davon überzeugt, daß die Hilfsgüter durch die gute Organisation wirklich schnell an die Bedarfsstellen geleitet werden.

Oscar Pfeifer

**Dabeisein –  
komplett  
informiert sein.**



## INTERSCHUTZ 80 DER ROTE HAHN

**Internationale Ausstellung für  
Brand- und Katastrophenschutz  
+ 25. Deutscher Feuerwehrtag  
HANNOVER, 7.-15. 6. 1980**

### Interschutz

Ausstellung ist täglich geöffnet von  
9.00 – 18.00 Uhr; Eintrittspreise:  
DM 5,- pro Person und Tag, DM 4,-  
für Schüler/Studenten (mit Ausweis),  
DM 10,- Dauerkarte pro Person

### 25. Deutscher Feuerwehrtag

6. 6. 1980 – 9.00 Uhr – Fachtagung  
des DFV (öffentlich)  
7. 6. 1980 – 9.30 Uhr – Kundgebung

und anssl. Festumzug zum Deutschen  
Feuerwehrtag

– 19.00 Uhr – Feuerwehrtreffen in der  
Innenstadt

8. 6. 1980 – 8.00 Uhr – Bundeswer-  
tungsspielen

13. 6. 1980 – 8.00 Uhr – Training für  
intern. Feuerwehrwettkämpfe

14. 6. 1980 – 8.00 Uhr – Intern. Feuer-  
wehrwettkämpfe/Endkämpfe

– 14.00 Uhr – Intern. Jugendfeuer-  
wehr-Wettkämpfe

### Umfrage des Referates 11 Brandschutzgeschichte zum Thema „Musik und Lied in der deutschen Feuerwehr“

Ein Teilgebiet der gegenwärtig bearbei-  
teten Brandschutzgeschichte nennt  
sich „Musik und Lied“. Wir wollen er-  
kunden, wann und wie es mit der Musik  
began, von den Einsatz-Signalen an-  
gefangen bis zur Konzertmusik, vom  
Spielmanszug bis zum Musikzug. Und  
wir wollen das Liedgut der Feuerwehr  
erforschen, vom selbstgereimten Text  
auf vorhandene Melodien bis zu den  
Versen eines Dichters, die von einem  
Komponisten singbar gemacht wurden.

#### Darum fragen wir:

Wo sind die ältesten Musikkapellen  
der Feuerwehr?

Wo liegen Chroniken von Musikkapellen  
vor?

Wer besitzt noch alte Satzungen,  
Dienstsanweisungen oder dergleichen  
für Musikkapellen der Feuerwehr?

Wo sind noch Regelungen für die Uni-  
formierung und die Abzeichen der Feu-  
erwehr-Musiker vorhanden?

Wo befinden sich noch Unterlagen über  
die Signale bei den Feuerwehren?

Welche eigens für die Feuerwehren  
komponierten Musikstücke gibt es?  
Wer hat noch alte Konzertprogramme  
von Feuerwehr-Musikkapellen?  
Welches ist die erste Schallplatte eines  
Feuerwehr-Musikzuges?  
Welche von Feuerwehrmusikzügen  
oder Spielmanszügen bespielte Schall-  
platten gibt es?

Wer besitzt noch alte Feuerwehr-Lie-  
derbücher?

Welche Feuerwehren haben noch ein  
eigenes Feuerwehrlied?

In welchen Feuerwehren wurde früher  
viel gesungen?

Wer kennt noch alte Feuerwehrlieder?

Alle musiktreibenden Züge der Feuer-  
wehren sowie alle Feuerwehren sind  
aufgerufen, diese Fragen zu beantwor-  
ten. Dabei sind möglichst genaue Anga-  
ben erwünscht.

#### Ihre Antwort erbitten wir an:

Benno Ladwig, Hauptstraße 54,  
5241 Wallmenroth



Diese Seiten  
erscheinen in  
Verantwortung des  
Deutschen  
Feuerwehrverbandes

### Strahlenschutz-Lehrgänge

Für die Feuerwehren sind bei der GSF  
Neuerberg für das 2. Halbjahr 1979  
und das 1. Halbjahr 1980 Strahlen-  
schutz-Lehrgänge (Grund- mit Ergän-  
zungslehrgang) zu folgenden Terminen  
eingeplant

24. 9. – 05. 10. 1979

19. 11. – 30. 11. 1979

25. 2. – 7. 3. 1980

9. 6. – 20. 6. 1980

Darüber hinaus ist vom 12. 3. bis 14. 3.  
1980 eine weitere Informationstagung  
vorgesehen.

Anmeldungen zu den Lehrgängen der  
2. Jahreshälfte 1979 sind zu richten  
bis spätestens 15. 11. 1979 an:  
Lehrgängen des 1. Halbjahres 1980  
bis spätestens 15. 11. 1979 an:  
Ltd. Branddirektor Brandl  
Berufsfeuerwehr München  
Blumenstraße 34, 8000 München 2.

### Ausschreibung für die Bundes- ausscheidungen 1980 im Internationalen Jugend- feuerwehr-Leistungsbewerb

Die III. Internationalen Jugendfeuer-  
wehr-Leistungsbewerbe des CTIF finden  
1981 statt. Hierzu kann der Deutsche  
Feuerwehrverband 2 Wettkampfgruppen  
benennen und entsenden. Aufgrund  
des bestehenden Interesses deutscher  
Jugendfeuerwehren an diesen Wett-  
kämpfen finden Ausscheidungswett-  
kämpfe auf Bundesebene statt, um  
die 2 besten bundesdeutschen Mann-  
schaften zu ermitteln.

1.0 Die Bundesausscheidungswett-  
kämpfe in Hannover finden  
am Samstag, den 14. Juni 1980, statt.  
Beginn: 14 Uhr.

Der Austragungsort in Hannover wird  
den teilnehmenden Gruppen rechtzeitig  
mitgeteilt.

1.1 Ein offizieller Trainingstag für die  
Wettkampfgruppen ist nicht angesetzt.

1.2 Zur Durchführung der Bundesaus-  
scheidungswettkämpfe durch den Deut-  
schen Feuerwehrverband wird ein Wett-

kampfausschuß und ein Kampfrichterstab gebildet. Verantwortlich für die Durchführung ist der Fachgebietsleiter „Wettkämpfe“ der Deutschen Jugendfeuerwehr.

2.0 Der Verteilerschlüssel richtet sich nach dem Beschluß des Deutschen Jugendfeuerwehrausschusses:

je Bundesland 2 Wettkampfgruppen der Jugendfeuerwehren.

Sollten einzelne Mitgliedsverbände die zustehende Zahl an Wettkampfgruppen nicht in Anspruch nehmen, sind diese auf andere Mitgliederverbände des DFV nicht übertragbar.

3.0 Als derzeit gültige Wettkampfordnung für die Internationalen Jugendfeuerwehr-Leistungsbewerbe gilt die Drucksache 14.03, Ausgabe 79/07.

3.1 Für die Altersbewertung bei der Bundesausscheidung in Hannover gilt als Stichtag der 14. Juni 1980.

4.0 Die Anmeldung der Wettkampfgruppen zu den Bundesausscheidungswettkämpfen hat von den Mitgliedsverbänden des DFV bis zum 31. März 1980 bei der Bundesgeschäftsstelle des Deutschen Feuerwehrverbandes (Bonn) zu erfolgen.

4.1 Aufgrund dieser Anmeldung durch die Mitgliedsverbände erhalten die Wettkampfgruppen die notwendigen Anmeldeunterlagen zugesandt. Die Startreihenfolge wird vorher ausgelost und den Wettkampfgruppen mitgeteilt.

5.0 Die Kosten für die Teilnahme an den Bundesausscheidungswettkämpfen in Hannover und an den III. Internationalen Jugendfeuerwehr-Leistungsbewerben 1981 gehen jeweils zu Lasten der teilnehmenden Wettkampfgruppen. Mit einer Zuwendung aus Mitteln des Deutschen Feuerwehrverbandes bzw. der Deutschen Jugendfeuerwehr oder der Bundesregierung kann nicht gerechnet werden.

6.0 Schlußbestimmung

Diese Ausschreibung wurde vom Deutschen Jugendfeuerwehrausschuß in seiner Sitzung am 10. März 1979 in Kempten beschlossen.

### **Deutsche Feuerwehr-Skilanglaufmeisterschaft 1. und 2. März 1980 Schonach**

Der Deutsche Feuerwehrverband veranstaltet am 1. und 2. März 1980 in Schonach im Schwarzwald die erste deutsche Feuerwehr-Skilanglaufmeisterschaft.

Ausrichter:

Landesfeuerwehrverband Baden-Württemberg

Organisation:

Freiwillige Feuerwehr Schonach und Skiclub Schonach.

Wettbewerbe:

1. Leistungslauf über 12 km in den

Klassen

Senioren 18–30 Jahre

Alterskl. 1 30–40 Jahre

Alterskl. 2 40–50 Jahre

Alterskl. 3 über 50 Jahre

Frauen

2. Leistungslauf Jugendfeuerwehr über 6 km

3. Staffellauf 4 x 10 km

Der Staffellauf ist auf 100 Staffeln begrenzt.

4. Prominentenlauf über 12 km mit feuerwehrtechnischer Einlage.

5. Volkslauf über 20 km mit Massenstart.

Teilnahmeberechtigt:

Alle Angehörigen der Feuerwehren der Bundesrepublik Deutschland.

Alle Teilnehmer erhalten Plaketten und Urkunden. Für die Leistungsläufe und den Staffellauf werden Wanderpokale und Sachpreise ausgesetzt. – Dieser Vorankündigung folgt im September 1979 die offizielle Ausschreibung.

Albert Bürger, Präsident

### **Deutsches Feuerwehr-Museum**

Das Deutsche Feuerwehr-Museum in Fulda konnte im Frühjahr 1977 eine

Halle als erste Bauphase der Öffentlichkeit übergeben. Dort sind vorerst Großgeräte ausgestellt. In dem Alten Stadtschulbau, dem Museumsbau im Stadtzentrum, sind vorerst noch kleinere Geräte und Handfeuerlöcher ausgestellt.

War bislang schon das Interesse an den ausgestellten Zeugnissen des Feuerwehrwesens erfreulich, so ist der Besuch durch den Neubau der Halle deutlich gestiegen. Wegen dieses Interesses sind in der Zeit von Mai bis September Öffnungstage und -zeiten eingerichtet worden. Das Museum ist mit seinen beiden Abteilungen an folgenden Tagen zu besichtigen:

Mittwoch 14–16 Uhr,  
Samstag 10–12 Uhr und 14–16 Uhr  
sowie an Sonn- und Feiertagen von 10–12 Uhr und 14–16 Uhr.

Es wird ein Eintritt erhoben, der bei Gruppen ab 10 Personen reduziert ist. (Erwachsene 1,50 DM, als Gruppe 1,- DM pro Person, Jugendliche -,75 DM, in einer Gruppe -,50 DM.)

Feuerwehren, die als Gruppen nach Fulda kommen, werden gebeten – wenn möglich – die angegebenen Zeiten zu nutzen. Neben einer modernen Hauptstützpunkt-Feuerwehr hat Fulda und seine Umgebung zahlreiche, kulturhistorisch bedeutsame Kostbarkeiten aufzuweisen, die einen Besuch lohnen.

Anmeldungen an die Feuerwehr Fulda.

### **STELLENANZEIGE**

Der Deutsche Feuerwehrverband sucht zur Entlastung seines Bundesgeschäftsführers einen

#### **SACHBEARBEITER**

für eine sofortige oder spätere Einstellung.

Gesucht wird ein kontaktfreudiger, dynamischer und verantwortungsbewußter Mitarbeiter, der in der Lage sein muß, nach Einarbeitung Sachgebiete aus dem Verwaltungsbereich und technischem Bereich selbständig zu bearbeiten.

Erwartet wird die II. Verwaltungsprüfung oder eine gleichgestellte berufliche Abschlußprüfung. Eine Mitgliedschaft bei der Feuerwehr ist erwünscht, jedoch keine Voraussetzung.

Geboten werden eine Vergütung nach BAT sowie die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen. Eine interessante Tätigkeit im kleineren Team und ein moderner Arbeitsplatz in den neuen Räumen unserer kürzlich neu bezogenen Bundesgeschäftsstelle in Bonn-Bad Godesberg.

Bewerbungen mit üblichen Unterlagen werden erbeten bis 20. Juli 1979 an:

**Deutscher Feuerwehrverband**

**z. Hd. des Bundesgeschäftsführers**

**Koblenzer Straße 133, 5300 Bonn 2, Tel. 02221 / 331093**

**Bundespräsident Walter Scheel verlieh Prof. Dr. Josef N. Schmitz das Bundesverdienstkreuz**



Zum Verfassungstag am 22. Mai 1979 hatte Bundespräsident Walter Scheel den Präsidenten der DLRG, Prof. J. N. Schmitz, nach Bonn eingeladen und ihm das Verdienstkreuz Erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Die Ehrung erfolgte in Anerkennung der Tätigkeit von Prof. Schmitz in der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft und als Sportpädagoge.

Zusammen mit dem DLRG-Präsidenten, der vom Präsidialvertreter der DLRG in der Bundeshauptstadt, Vizepräsident Jan Schmitz, begleitet wurde, erhielten namhafte Persönlichkeiten aus Politik und Kultur den Verdienstorden der Bundesrepublik in einer Feierstunde in der Bad Godesberger Redoute, so u. a. die Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg und Niedersachsen, der Berliner Regierende Bürgermeister und der Schauspieler Paul Dahlke.

Da viele DLRG-Mitglieder die Berichterstattung über die Ordensverleihung im Fernsehen mitverfolgt hatten, gingen schon am nächsten Tage zahlreiche Glückwünsche bei Prof. Schmitz ein.

**Sicherung der Regatta „generalstabsmäßig“ geplant**

Wie alle Jahre waren zu Pfingsten wieder rund hundert Segler aller Klassen auf der traditionellen Regatta am unteren Rheinlauf unterwegs, diesmal von Köln-Porz bis Wesel. Drei Tage dauerte die Kür, bis die Sieger der diesjährigen „Rheinwoche“ feststanden. Für die nordrheinische DLRG war die Sicherung dieses Unternehmens wieder Gegenstand einer Art Generalstabsplanung, in der sowohl eine schwimmende Leitstelle als vor allem auch alle Anrainer-Bezirke und -Ortsgruppen mit ihren Rettungsbooten, Stationen und Landfahrzeugen einsatzmäßig eingeteilt werden mußten.

Dreißig „schwimmende Einheiten“ waren im rollierenden Einsatz, drei Boote liefen die ganze Strecke mit durch; 16 Landstationen leisteten Beobachtungshilfe, und an besonders problematischen Stromstrecken fuhren Einsatzwagen am Ufer mit zu Tal. Vom Sicherungsleitboot „Rheinadler“ aus wurde der Einsatz ausschließlich über Funk

geleitet: Die in ihre Bereitstellungen beorderten Boote der verschiedenen DLRG-Gliederungen meldeten sich über Funk an, wurden über Funk ins Regattafeld eingewiesen, gaben über Funk laufend Positions- und Beobachtungsmeldungen ab und wurden per Funk auch wieder aus der Sicherung entlassen. So lief der Sicherungseinsatz wie eine dreitägige Katastrophenschutzübung ab.

Zum Einsatz kamen einige aus dem Sicherungsgeleit unverzüglich vorübergehend abgestellte Boote schon kurz nach Regattastart in Köln, als ein Sportboot, das an der Regatta nicht beteiligt war, bei voller Fahrt umschlug und einer der Insassen nicht wieder auftauchte; die Suche nach dem Vermißten mußte nach einer dreiviertel Stunde erfolglos abgebrochen werden. Harte Nervenproben hatten alle Regattateilnehmer und die DLRG-Bootsbesatzungen in den wiederholt eintretenden fast völligen Flaute bei hochsommerlichen Hitze-graden zu bestehen, die auch den Rettungstauchern an Bord des schnellen und großen Rettungsbootes „Stadt

Bonn" arg zu schaffen machten. Kurz vor Schluß der Regatta wühlte dann noch vor Wesel ein Gewittersturm mit peitschendem Regen Wogen und Segler durcheinander – bei Sichtverhältnissen von zeitweise weniger als 200 Metern.

Der als Einsatzleiter der Sicherung fungierende Bootswart des DLRG-Landesverbandes Nordrhein, Günter Zimmermann, Bonn, zeigte sich bei einer ersten Manöverkritik zufrieden mit der Einsatzfähigkeit der Boote und dem Einsatzwillen ihrer Besatzungen sowie der Landstationen und der dortigen Helfer. LV-Leiter Jan Schmitz, und am Pfingstsonntag auch der Präsident der DLRG, beobachteten den Verlauf des Sicherungseinsatzes an Bord des „Rheinadler“; Präsident Prof. Schmitz zollte vor allem der Souveränität und Geduld des Funksprechers auf dem Leitboot, Winfried Hartmann, Bonn, seine Anerkennung.

Die aus dem diesjährigen Einsatz gewonnenen Erkenntnisse werden wahrscheinlich dazu führen, daß in Zukunft noch mehr als nur drei Rettungsboote die gesamte Regattastrecke über drei Tage hin mitfahren werden. Darüber wird aber erst zu Anfang des nächsten Jahres entschieden werden können.

### **Die DLRG ist künftig noch schneller**

Nachdem die DLRG Biebrich-Amöneburg in ihrer Rettungsstation am Biebricher Rheinufer bereits Ostern wieder den Notdienst eingerichtet hat, wurde nun mit dem regelmäßigen Wachdienst begonnen. In den Sommermonaten wird an jedem Wochenende – samstags von 13 bis 18 Uhr und sonntags von 9 bis 18 Uhr – die DLRG-Station besetzt sein.

Wie jede DLRG-Tätigkeit wird auch dieser Wach- und Bereitschaftsdienst ehrenamtlich geleistet. 40 Aktive haben sich zur Verfügung gestellt, unter ihnen zahlreiche Jugendliche. Verantwortlich für den ordnungsgemäßen Ablauf des Wachdienstes ist der zweite Vorsitzende Günther Reitz gemeinsam mit dem Technischen Leiter Wolfgang Pausch.

Die Biebricher DLRG ist voll mit Funk ausgerüstet und steht neuerdings mit der Leitfunkstelle Rhein-Taunus in Verbindung. Dadurch sind Noteinsätze noch schneller als bisher durchführbar. Daß dieser Aufwand gerechtfertigt ist, zeigt laut der Aktiven die Bilanz vom letzten Jahr.

Nach Angaben des ersten Vorsitzenden Günter Walter mußten die Rettungs-

mannschaften zu 51 Einsätzen ausfahren. Oft seien es unerfahrene Wassersportler, die mit ihren manchmal viel zu kleinen Booten in Seenot gerieten und geborgen werden müßten. Bei starkem Schiffsverkehr auf dem Rhein sei dies nicht immer einfach und erfordere viel Umsicht und Erfahrung der DLRG-Leute.

Für die Einsätze stehen der DLRG-Gruppe Biebrich-Amöneburg insgesamt drei Boote zur Verfügung. Neben dem Arbeitsboot sind die zwei Rettungsschnellboote, die auch als Mehrzweckboote in den friedensmäßigen Katastrophenschutzdienst mit einbezogen werden, einsatzbereit. Eines der Schnellboote ist mit 85 PS und das andere mit 115 PS bestückt. Beide Boote erreichen bei Noteinsätzen beachtliche Geschwindigkeiten.

Die Biebricher Rettungsstation, die für die Saison einen neuen Anstrich erhalten hat, soll in absehbarer Zeit auch die geplanten Garagen für ihre Fahrzeuge erhalten. Erster Vorsitzender Günter Walter hofft, daß mit der notwendigen Erweiterung noch 1979 begonnen werden kann. Außer drei Garagen soll auch ein Schulungsraum für Bootsführer und Funker entstehen, der dem gesamten Landesverband zugute kommt. Der erste Bauabschnitt der Rettungsstation am Biebricher Rheinufer war 1973 fertiggestellt worden.

### **Pokale für die erfolgreichen Bundeswehr-Einheiten**

In einer Feierstunde im Hause des Bundeswehr-Verbandes in Bonn wurden die Sieger des Wanderpokal-Wettbewerbs 1978 geehrt, der von DLRG und Bundeswehr-Verband gemeinsam ausgeschrieben ist und die Leistungen von Bundeswehr-Einheiten in der Schwimm- und Rettungsschwimm-Ausbildung würdigt.

Jahressieger in den drei Bundeswehr-Gruppen waren 1978:

Gruppe Einsatzeinheiten:

1. 5./PiBtl 13, Stade
2. PzJgKp 60, Stadallendorf
3. Topographiebat. 601, Rendsburg

Gruppe Ausbildungseinheiten:

1. I.Insp. KTS I, Hammelburg
2. InstAusKp 3/12, Kulsheim
3. Insp. Marineküstendienstschule, Grossenbrode

Gruppe Ämter und vergl. Dienststellen:

1. Gerätedepot, Obertshausen
2. Bereichsfernmeldeführer, Köln
3. Bundeswehrkrankenhaus, Bad Zwischenahn

Nach Grußworten des DLRG-Präsidenten und Sachgebietsleiters Bundeswehr und uniformierte Verbände, Heinz-Günter Meyer-Kirschner, und des Vorsitzenden Marine des Bundeswehr-Verbandes, Günther Bierwirth, würdigte DLRG-Vizepräsident Jan Schmitz die erheblich vermehrte Teilnahme von Bundeswehr-Einheiten am Wanderpokalwettbewerb und hob hervor, daß Lebenserhalten auch letzter Sinn im soldatischen Bereich sei. Gemeinsam mit Günther Bierwirth überreichte er Pokale und Urkunden. Anschließend gab der Beauftragte für den Wettbewerb bei der Bundeswehr, Major Weichert, einen Überblick über den Verlauf der Aktion in den vergangenen Jahren.

Bei einer zwanglosen Aussprache ergab sich eine Reihe von Anregungen für die Intensivierung des Wettbewerbs. Unter anderem wurde der Wunsch laut, daß künftig auch die nachplazierten Teilnehmer mit Pokalen und Urkunden bedacht werden sollten.

### **Benefizplatte für die DLRG**

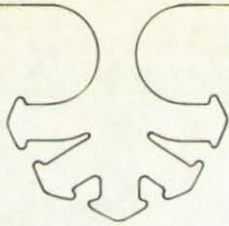
In Kürze wird eine neue DLRG-Benefizplatte erscheinen. Sie trägt den Titel „Günter Noris spielt für die DLRG“. Für diese Instrumental-Langspielplatte hat Günter Noris seine besten Aufnahmen zusammengestellt. Die Platte, zu der auch eine entsprechende Kasette herausgegeben wird, wird vom Präsidium der DLRG in Zusammenarbeit mit einer Schallplattenfirma angeboten. Beides ist bei jeder DLRG-Gliederung oder bei der Bundesgeschäftsstelle, 4300 Essen, Alfredstr. 73, erhältlich. Den Reinertlös will die DLRG für den Ausbau ihres Rettungswachdienstes und für die Ausbildung verwenden.

### **Aufgaben**

Die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) betreibt Wasserrettung seit 1913, Mitwirkung im Katastrophenschutz seit 1975, freiwillige, gemeinnützige, ehrenamtlich wirkende Organisation.

**Aufgaben:**

Organisation und Durchführung örtlicher und überörtlicher Wachdienste in und auf dem Wasser, Schaffung und Förderung aller Einrichtungen und Maßnahmen gegen den Ertrinkungstod, Aus- und Fortbildung der Bevölkerung im Schwimmen und Retten. Hilfe bei Katastrophenfällen. 450 000 Mitglieder in 2400 örtlichen Gliederungen, die in 14 Landesverbänden zusammengeschlossen sind.



## Presseschau DES INLANDS

### Einmal monatlich ABC-Alarm

**Selbstschutz und Katastrophenschutz scheiterten oftmals an zu viel Verwaltung, beklagte sich ein für den Zivil- und Katastrophenschutz zuständiger Sachbearbeiter der Stadt Ansbach. Jedoch einmal im Monat werde für die drei Beobachtungsposten in Ansbach-Stadt und -Land ABC-Probealarm ausgelöst.**

... Der Ansbacher ABC-Schutz ist zudem nur auf den Verteidigungsfall eingestellt und unterhält in Stadt- und Landkreis drei Beobachtungsposten. Insgesamt hat der Bund zwölf ABC-Schutz-Helfer bewilligt und gibt für sie auch die nötigen Zuschüsse. Diese Männer müssen sich in der Regel für zehn Jahre verpflichten, da sie die Arbeit im Katastrophenschutz als Ersatz für ihre Bundeswehrzeit gewählt haben. Jeder ABC-Schutz-Helfer erhält im Laufe seiner Ausbildung viele Informationen und bekommt mehrere Seminare angeboten, die seinen Wissensstand vergrößern sollen.

... Die Katastrophenschutzleitung in der Stadt Ansbach liegt in den Händen von OB Dr. Ernst-Günther Zumach. Bei ihm laufen alle Meldungen zusammen, er gibt den Führungskräften Handlungsdirektiven. Ansprechpartner sind das Wetteramt, das alle sechs Stunden die neueste Lage durchgibt, das Warnamt, die Bundeswehr, Nachbarorganisationen in Neustadt a. d. Aisch, Nürnberg, Weißenburg, Fürth und Erlangen, die Beobachtungsposten der Stadt Ansbach sowie der Zivilschutzstab unter dem Oberbürgermeister.

Diese Arbeit und Informationsaustausch bleiben dem Bürger allerdings noch vollkommen unbekannt. Er erfährt erst von einer Gefahr durch das Heulen der Sirenen.

Der Selbstschutz wird in Ansbach ebenfalls kleingeschrieben, vor allem weil er personell nicht durchführbar ist. Bei der Bevölkerung ... bestehe auch kein großes Interesse daran. Er - so der Sachbearbeiter - habe die Idee gehabt, den Selbstschutz mit Hilfe prominenter Persönlichkeiten attraktiver zu gestalten.

Der Selbstschutz wie der Katastrophenschutz scheiterte aber immer wieder an „zu viel Administration“ ...

### Bergstollen als Garage und Schutzraum

**Möglicherweise wird Sonthofen bald über eine sehr moderne Schutzraum-anlage verfügen, wenn Pläne verwirklicht werden, die eine Mehrzweckanlage in einem Bergstollen vorsehen. Die Vorschläge kommen aus der SPD-Ratsfraktion, der Bauausschuß hat bereits zugestimmt.**

Demnach sollen für ... Mehrfamilienhäuser, ... für deren Bau der Ausschuß jetzt grünes Licht gab, 80 Parkplätze in einem Stollen des Berges geschaffen werden. Gleichzeitig werden sie einen Schutzraum für 2000 Personen bieten. Diese Anlage soll der erste Bauabschnitt für eine Tunnel-Unterführung ... sein, an dessen Ende weitere unterirdische Parkplätze errichtet werden können. Im Endausbau würde dann ein Zivilschutzraum für insgesamt 10 000 Menschen entstehen - also für die Hälfte der Sonthofener Bevölkerung.

„Aus Mitteln für den Zivilschutz gibt es hohe Zuschüsse vom Bund, so daß die Realisierung unserer Pläne im Bereich des Möglichen liegt“, betonte Sonthofens Bürgermeister Karl Blaser. Der Bauträger, der die ... Eigentümshäuser ... erstellt, hat der Stadt bereits zugesagt, daß er sich mit der Summe, die er durch den Wegfall der Tiefgaragen einspart, an den Kosten für die Stollen-Garage am Fuße des Berges beteiligen will. Von diesem Stollen soll ein Aufzug zu den Wohnhäusern nach oben führen ...

Die Kosten für den ersten Bauabschnitt, bei dem die 80 Stellplätze und das erste Teilstück des Tunnels entstehen, werden auf 4,8 Millionen Mark geschätzt.

(Allgäuer Zeitung, Kempten)

### Schutzraumtüren im Ernstfall verschlossen?

**Pannen im Ernstfall werden in Mannheim befürchtet, weil die Schlüssel zu den vorhandenen Bunkeranlagen nicht verfügbar wären. Die für den Zivilschutz zuständige Stadtverwaltung hat nicht einmal einen Reserve-schlüssel, weil die Schlüssel zu den meisten Anlagen die Bundesvermögensstelle unter Verschuß hält.**

... Wieder einmal wird um Zuständigkeiten gerangelt und um Pflichten ge-

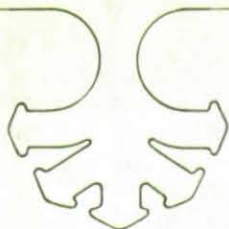
stritten. Die Stadt weigert sich, jene 28 von 32 Mannheimer Bunkeranlagen zu übernehmen, die noch nicht ABC-sicher ausgebaut sind. Grund für die Bundesvermögensstelle, den städtischen Zivilschutzern den Zutritt zu den Bunkern zu verweigern. „Eine groteske Situation“, meinte der Vorsitzende des Bürgervereins, Bernd Siegholt, zu dem Schlüsselstreit. Aber auch von den vier atomar, biologisch und chemisch (ABC) sicher ausgebauten Bunkern könnte nach seiner Befürchtung im Ernstfall keiner bezogen werden, weil bis heute das notwendige Bedienungspersonal für diese Anlagen fehlt. Gegen solche Mängel im Katastrophenschutz will nun eine Bürgerinitiative angehen. Seit der Gründung im Februar sind bisher rund 25 Mannheimer in den Bürgerverein „Zivilschutz“ eingetreten, um sich mit diesem „unpopulären und kostenintensiven“ Thema zu beschäftigen. Die Mitglieder scheuen sich nicht, der Stadtverwaltung ungenügende Schutzmaßnahmen vorzuwerfen. So fehlt es nach ihrer Ansicht in den Mannheimer Bunkern an Duschen, um bei einer Nuklearkatastrophe verseuchte Partikel von der Haut zu waschen. Lebensmittel und Medikamente seien ebensowenig eingelagert wie Sauerstoffflaschen oder wichtige Meßinstrumente.

... fehlt es auch für die rund 90 Mannheimer Notwasserbrunnen an Bedienungspersonal. So hat es die Stadt nach Ansicht des Zivilschutz-Vereins versäumt, in der Nähe solcher Brunnen wohnende Bürger entsprechend auszubilden ... Die ersten Notwasserbrunnen wurden in Mannheim bereits 1968 gebaut. Ohne Bedienungspersonal aber ... kann im Ernstfall keiner der Brunnen genutzt werden. Selbstschutz-Berater sollen nach dem Willen des Gesetzgebers der Zivilbevölkerung helfen, eine Katastrophe zu überstehen ... „In Mannheim“, so stellt Bernd Siegholt vorwurfsvoll fest, „gibt es solche Selbstschutz-Fachleute nicht.“

... Um selbst stets umfassend informiert zu sein, wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die das gesamte Informationsmaterial zum Thema Zivilschutz sichten und auswerten soll.

... „Warum die Stadt die Möglichkeit versäumte, bei der Neugestaltung des Marktplatzes mit verhältnismäßig geringen Mitteln einen Schutzraum für Tausende von Bürger zu bauen“, ist eine der Fragen aus dem Mängelkatalog des Zivilschutz-Vereins, die er Stadträten und Verwaltung vorhalten wird.

(Die Rheinpfalz, Ludwigshafen)



## Presseschau DES AUSLANDS

### Aufwendungen für den Bevölkerungsschutz

#### VÄESTÖNSUOJELULEHTI



Die Bedeutung des Bevölkerungsschutzes ist in den letzten Jahrzehnten immer größer geworden, das hängt mit der Weiterentwicklung der verschiedenen Massenvernichtungsmittel zusammen.

Daraus folgert, daß auch die Zivilbevölkerung weit von der eigentlichen Front entfernt geschützt werden muß. Abgesehen davon ist es auch notwendig, gewisse Schutzmaßnahmen für Katastrophenfälle zu treffen, die der Zivilbevölkerung im Frieden drohen können. In solchen Fällen ist die Mitarbeit der Zivilbevölkerung erforderlich. Vor diesem Hintergrund ist die Tätigkeit des freiwilligen Bevölkerungsschutzes zu sehen, die seit über 50 Jahren geleistet wird und erst spät eine gesetzliche Regelung fand. Die finnische Bevölkerungsschutz-Organisation hat in dieser Zeit Bemerkenswertes geleistet; erst recht nach der Gründung der Bevölkerungsschutz-Abteilung im Innenministerium.

Die heute durchgeführte Schulung der Bevölkerung ist – obwohl der Bevölkerungsschutz die Aufgabe der öffentlichen Hand ist – kaum ohne die Hilfe dieser Organisation möglich. Ein Schwerpunkt liegt darin, daß eine solche Tätigkeit unbürokratischer durchgeführt werden kann. Darum ist es unbedingt erforderlich, die Unkosten, die hier durch die Erledigung der Aufgaben, die normalerweise den Behörden obliegen, entstehen, in voller Höhe vom Staat wieder ersetzt werden. Der freiwillige Bevölkerungsschutz kann seine Aufgaben nur dann im umfassenden Sinne erfüllen, wenn er weite Kreise der Bevölkerung erfassen kann.

(Helsinki, Nr. 7/8 – Jahrg. 44)

### Schüler graben Luftschutz-Tunnel

#### Journal of CIVIL DEFENSE

Die Rote-Garde-Grundschule hat etwa 1400 Schüler und 79 Lehrer. Man hatte uns darauf hingewiesen, daß die Schüler dieser Schule in Dairen ebenfalls am Tunnelbauprogramm und an anderen Zivilschutzmaßnahmen beteiligt seien. Auf das, was wir dann zu sehen bekamen, waren wir allerdings nicht vorbereitet. Nach der üblichen Vorstellung hielt uns ein 12jähriges Mädchen einen Vortrag über den Schutz-Tunnel, den die Schüler der Schule selbst gegraben hatten. Mit der Arbeit wurde im Jahre 1964 begonnen, inzwischen ist der Tunnel über eine Meile lang. Zu Beginn der Ausgrabungsarbeiten traten – so das Mädchen – allerhand Schwierigkeiten auf. Man verfügte über keinerlei technisches Wissen – also fragte man die Arbeiter und die Soldaten um Rat. Das Werkzeug brachten die Schüler von zu Hause mit – Schaufeln und Pickel.

Die Arbeit am Tunnel wirkte sich auch auf das schulische Programm aus. Neues Lehrmaterial tauchte auf, Zeichnungen wurden hergestellt, mathematische Probleme des Baues im Mathematik-Unterricht gelöst. In den Unterrichtsfächern, die zur Gesundheitslehre zählen, lernten die Schüler, wie man Ungeziefer bekämpft und was es mit der chemischen Kriegsführung auf sich hat.

Im fertiggestellten Teil des Tunnels waren unterirdische Klassenräume in seitwärts ausgearbeiteten Erweiterungen untergebracht. Die Eingänge zum Tunnel führten von einem Hügel aus in das Innere. Allerdings waren die Innenarbeiten dieses Luftschutzsystems nicht in der Weise vollendet handwerklich gestaltet, wie wir das von anderen Anlagen her kannten. Während unserer Anwesenheit im Tunnelsystem wurden uns militärische Ausbildungslehrgänge der Kinder an Waffen vorgeführt.

Den bei weitem größten und umfangreichsten Tunnelkomplex sahen wir am anderen Tage an einer anderen Stelle Dairens; in ihm war ein komplettes Warenhaus untergebracht.

(Aus einem Bericht des US-Kongreßmitgliedes G. William Whitehurst nach einem Besuch in China)

(Starke/Florida, Vol. X, Nr. 1)

### Geplante Änderungen im Schutzraumbau



## CIVILT FÖRSVAR

Das Reichsamt für Zivilverteidigung ist damit befaßt, neue technische Vorschriften für Schutzräume auszuarbeiten. Die gegenwärtig geltenden technischen Vorschriften für Normalschutzbauten wurden Anfang 1974 genehmigt.

Seither wurden die Kriterien für die Erstellung von Schutzräumen durch das Zivilverteidigungsgesetz wesentlich geändert.

Die Pflicht des Gebäudeeigentümers, Schutzräume für den eigenen Bedarf herzustellen, entfällt; sie wird durch eine kommunale Schutzraumplanung ersetzt. Die neue Planung beinhaltet, daß zur Verfügung stehende Schutzräume optimal genutzt werden sollen; die Neueinrichtung von Schutzräumen richtet sich nach dem kommunalen Schutzraumplan, wonach Schutzräume in besonders geeigneten Gebäuden errichtet werden sollen.

Weil diese Schutzräume normalerweise mehr als den eigenen Bedarf decken, soll derjenige, dem die Errichtung von Schutzräumen auferlegt wird, eine Entschädigung für die Mehrkosten erhalten, die durch den Bau des Schutzraumes verursacht werden. Die Mittel hierfür werden aus dem Staatshaushalt zur Verfügung gestellt.

Die Schutzräume sollen eine einheitliche Qualität erhalten und gegen Brand, Trümmer, Splitterwirkung und Sprengwirkung Schutz gewähren. Sie müssen mit Luftreinigungsanlagen ausgestattet sein. Die gemäß diesen Vorschriften errichteten Schutzräume gewähren auch einen gewissen Schutz gegen radioaktive Niederschläge und lang anhaltende Stoßwellen. Es ist anzustreben, daß diese Räume weitgehend eine friedensmäßige Verwendung finden können. Sie sollen in solchen Räumen vorgesehen werden, die normalerweise in dem Gebäude geplant waren. Erst wenn dieses nicht möglich ist, können die Schutzräume auf andere Weise gebaut werden. Aber auch dann ist Wert darauf zu legen, daß eine friedensmäßige Verwendung möglich ist.

(Stockholm, Nr. 4/1978)



# WISSENSCHAFT UND TECHNIK

## Feuerlöscher sind rostgefährdet

Genauso wie Feuchtigkeit und Streusalz ungeschützten Karosserieteilen mit Rostfraß schaden, so sind auch die roten Feuerschützer gefährdet, die ständig im Freien hängen. Besonders trifft das für die Geräte zu, die bei jedem Wetter an Lkws und Tankwagen über die Straßen mitfahren. Splitt und Stein Schlag zerstören den schützenden Lack, der Rostfraß beginnt. Eine „angefressene“ Schweißnaht reicht, um den Feuerlöscher mit seinem Innendruck von 15 bar undicht und damit wirkungslos werden zu lassen. Böse, wenn das erst im Ernstfall entdeckt wird!

Die Überprüfung von Feuerlöschern an Lkws, die gefährliche Ladung transportieren, muß daher auch jährlich erfolgen!

Neuerdings gibt es aber auch roststichere Feuerlöscher, sogenannte „Langzeitlöscher“, die aus Edelstahl hergestellt sind. Bei diesen robusten Geräten ist man die Sorge mit dem Rost los



und kann auch auf die Anbringung von Schutzhauben verzichten. Diese ständig aufgeladenen Sicherheitslöscher sind zudem sofort einsatzbereit, ohne daß separate Treibgasflaschen geöffnet werden müssen.

## Leichte Gewebedruckschläuche

Es ist ein neuer Feuerlöschschlauch auf dem Markt, der ca. 30 % weniger als konventionelle Schläuche wiegt. Neben dem geringeren Gesamtgewicht gibt der Hersteller noch folgende weitere Vorzüge und werkstoffabhängige Eigenschaften an:

Geringer Rollendurchmesser, hochverschleißfest, hydrolysebeständig, resistent gegen Mikroben- und Pilzbefall, gute Chemikalienbeständigkeit, hohe Drucksicherheit und -belastbarkeit nach DIN 14 811, lange Lebensdauer, beste Gebrauchstüchtigkeit auch bei tiefen Temperaturen u. v. a. m.

Der neue Werkstoff, aus dem der Schlauch gefertigt ist, verbindet die hochwertigen mechanischen Eigenschaften mit der wirtschaftlichen Verarbeitungstechnik von thermoplastischen Kunststoffen. Der außergewöhnlich dünne Innenschlauch, er ist nur 0,3 mm dick, ermöglicht bessere Raumausnutzung oder die Mitnahme von mehr Schläuchen auf dem Löschfahrzeug.

Das leichtere Gewicht macht dem Feuerwehmann den Einsatz leichter. Der Schlauch bietet einen günstigen Biegeradius ohne knicken. Ein weiterer Vorteil dieses Schlauch-Typs ist die Flexibilität in der Kälte auch unter extremen Bedingungen. Er wurde in einem Kühlhaus bei 30 Grad unter Null getestet. Das Ausrollen der Feuerlöschschläuche aus dem neuen Kunststoff war genauso problemlos wie bei normalen Außentemperaturen. Ein Feuerlöschschlauch-Hersteller führte einen zweijährigen Verrottungstest mit dem neuen Schlauch durch. Ergebnis: Beste Alterungs- und Mikrobenbeständigkeit, keine Veränderungen.

## Schock-Set

Neu auf dem Markt ist ein Schock-Set zur Bekämpfung von Unfallschock oder Schock durch hohen Blutverlust bzw. Verbrennungen. Das Schock-Set ist komplett in einer einzigen Packung



aus Styropor untergebracht. Es besteht aus:

- 500 ml Infusionslösung
- 1 Infusionsgerät mit 1 Venenpunktionkanüle
- 2 Alkoholtupfern
- 2 Pflasterfixierstreifen
- 1 Venenstauer mit Klettverschluß
- zusätzlich auf Wunsch 1 Rettungsdecke zur Verhinderung von Aus- und Unterkühlung.

Der Styroporbehälter schützt den Inhalt vor unterschiedlicher Wärmebeeinflussung sowie vor mechanischer Beschädigung und sonstigen Einflüssen wie Staub und Nässe.

Der Hersteller empfiehlt folgende Verwendungsbereiche: Rettungsdienst und Krankentransport, Rettungshubschrauber, Feuerwehr, Polizei, Ärzte, Heilpraktiker, Privat-Pkw, Krankenhäuser, Schiffe, Sanitätsstationen in der Industrie und bei Behörden, Flughäfen und Flugzeuge, Bergrettung, Katastrophenschutz, Automobilclubs und Schulen.

## Neue Vorschriften für Autofeuerlöscher

In der Neufassung der DIN 14 406 trägt der Fachnormenausschuß den Forderungen der Fachleute und der Automobilclubs Rechnung, die Autofeuerlöscher mit nur 1 kg Pulver von jeher ablehnten.

Am 26. Mai tritt diese Neufassung der DIN in Kraft, die zum einen eine Mindestkapazität von 2 kg vorschreibt, zum anderen ein Prüfventil zur Druckkontrolle und die Nachfüllbarkeit der Geräte fordert. Eine stabile Halterung, laienfreundlich, einfache Bedienung, absolute Funktionssicherheit und hohe Löschleistung sind weitere Punkte, die ein guter Autofeuerlöscher erfüllen sollte. Es wird geschätzt, daß nur jeder zehnte deutsche Autofahrer einen Feuerlöscher mitführt. Nach Auffassung des AvD dokumentieren die alljährlich rund 50 000 Brandschäden, wie wichtig Autofeuerlöscher sein können.



neue BÜCHER

### Verbandlehre – ZDv 49/23

**Herausgeber: Der Bundesminister für Verteidigung – Inspektion des Sanitäts- und Gesundheitswesens – II**  
**Verlag E. S. Mittler & Sohn GmbH, Herford**

Das Handbuch, welches in der Bundeswehr als ZDv im Gebrauch ist, ist in erster Linie für die Ausbildung des Sanitätspersonals gedacht. Es werden alle Verbandformen behandelt, die der Sanitätssoldat kennen muß.

Da man grundsätzlich davon ausgehen muß, daß hier eine Ausbildung vermittelt wird, die in einem tatsächlichen Anwendungsfall – also unter Zeitdruck und außergewöhnlichen Belastungen – sich bewähren muß, besticht die Übersichtlichkeit des vermittelten Lehrstoffes. Sicher wird man ein in gleicher Weise übersichtliches und das Wesentliche zusammenfassendes Lehrbuch schwer finden.

Einführend wird eine Übersicht aller gebräuchlichen Verbandmittel gegeben, bevor die einzelnen Verbandarten erschöpfend behandelt werden. Für jeden, der sich entsprechende Kenntnisse aneignen will, eine ausgezeichnete Vorlage für praktische Übungen.

### Retter ohne Ruhm Das Abenteuer der Seenothilfe

**Von H. G. Prager**  
**Köhlers Verlagsgesellschaft mbH**  
**Herford**  
**3. überarbeitete Auflage**

Mit diesem ungewöhnlichen Buch will der Verfasser aufzeigen, warum Seenotretter durchaus die gleiche Aufmerksamkeit verdienen wie etwa Astronauten. Hier wird die „Internationale der Rettungsmänner und Seenotflieger“ geschildert, jene „Brotherhood of the Sea“, die bestenfalls dann einmal Schlagzeilen macht, wenn ein Boot nicht mehr vom Einsatz zurückkehrt.

Prager weiß, wovon er schreibt, hat er doch als freiwilliger Rettungsmann nicht weniger als sechsmal ein Bordpraktikum absolviert und in Herbst- und Winterstürmen seine Rettungseinsätze gefahren.

Vielfältig sind die geschilderten Rettungseinsätze, vielfältig auch die angewendeten Methoden und das Gerät. Prager begnügt sich nicht mit der nur „interessanten“ Darstellung, er bringt auch die technische Seite ins Blickfeld, nicht zuletzt durch eine reichliche Illustrierung seines Buches.

Ein Register hilft der „Landratte“ wie dem Fachmann, bestimmte Buchtexte aufzufinden.

### Rettungsdienst in Nordrhein-Westfalen – Kommentar

**Von Biese / Jocks / Runde**  
**Mit ergänzenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften**  
**Deutscher Gemeindeverlag – Unternehmensgruppe Kohlhammer, Köln – Hannover – Kiel – Mainz – München**

Die neue Organisation des Rettungsdienstes mit ihren Leitstellen, dem zentralen Krankenbettnachweis, Rettungswachen, Einsatzfahrzeugen, Rettungshubschraubern und sonstigen Einrichtungen soll eine flächendeckende, für alle Betroffenen möglichst chancengleiche rettungsdienstliche Versorgung in Nordrhein-Westfalen sicherstellen.

Die zum Rettungsgesetz ergangenen Durchführungsvorschriften sind – ebenso wie das Gesetz selbst – für viele Behörden der verschiedenen Ebenen von erheblicher Bedeutung. Dies trifft natürlich für alle Hilfsorganisationen, Krankenhäuser – und für Industrie- und Gewerbebetriebe hinsichtlich der Unfallhilfe – genauso zu.

Der Kommentar ist für die Mitarbeiter in diesen Einrichtungen und Behörden gedacht. Sein umfangreicher Anhang und ein Stichwortverzeichnis erleichtern die Benutzung.

### Verbandlehre – Ein Leitfaden für Arzthelferinnen, Krankenschwestern und Krankenpfleger

**Von Elisabeth Most und Norbert Kaiser**  
**Georg Thieme Verlag, Stuttgart**

Dieses Taschenbuch, aus der Lehrtätigkeit in Fachklassen für Arzthelferinnen

entstanden, berücksichtigt auch die Erfahrungen einer Kinderkrankenschwisterschule der Universitätsklinik Kiel und einer Krankenpflegeschule. Es will dem Umstand abhelfen, daß selbst in der täglichen Praxis und an den Kliniken bereits ausgebildetes Personal nicht alle modernen Verbandverfahren beherrscht.

Aus diesem Grunde wollen die Verfasser ein Lehrbuch für die ständige Weiterbildung an die Hand geben. Verbände, die nur in ganz seltenen Fällen von Spezialisten angelegt werden, sind deshalb nicht erwähnt. Wohl aber wird der Tatsache Rechnung getragen, daß der Arzt heute infolge ständiger Überlastung auf die selbständige Mitarbeit seiner Helfer angewiesen ist.

In einem besonderen Kapitel sind die Vorbereitungen zur Anwendung von Bewegungsschienen, Drahtextensionen und Lochstabgeräten dargestellt.

Zahlreiche Skizzen und Abbildungen sowie ein Literaturverzeichnis ergänzen das Handbuch. Besonders interessant sind die untergliederten Fragen zur Selbstprüfung in der Verbandlehre.

### Empfehlenswerte Hand- und Sachbücher

**Die Roten Hefte**  
**Lehrschriften für den Feuerwehrmann**  
**Strahlenschutz der Feuerwehr**  
**Von Dipl.-Ing. Helmut Farrenkopf**

Eine Einführung in die Grundbegriffe des Strahlenschutzes für Einsätze der Feuerwehren an strahlengefährdeten Brand-, Unfall- und sonstigen Schadensstellen. – 4. Auflage.

**Brennbare Flüssigkeiten und Gase**  
**Von Dipl.-Ing. Kurt Klingsohr**  
**2. Auflage**

**Leinen, Seile, Hebezeuge – Ziehen und Heben**  
**Von Obering. Karl Schlosser**  
**Neubearbeitet von Ing. (grad.) Heinrich Reuter**  
**10. Auflage**

Alle Ausgaben der „Roten Hefte“ erschienen im  
**Verlag W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart**

**Töpfer / Lind**  
**Notstandsrecht der Bundesrepublik Deutschland – 46. Ergänzungslieferung**  
**Stand: 1. Januar 1979**  
**Verlag R. S. Schulz, Percha am Starnberger See**

Helmut Freutel

# Das Minimagazin

In diesem Monat: Erste Hilfe ist wichtig

## Wußten Sie schon, daß . . .

. . . die Wohnung, betrachtet man die Unfallhäufigkeit, ein äußerst gefährlicher Platz ist? Fast 10 000 bis 12 000 Tote und zwei Millionen Verletzte pro Jahr sind die Folge von Unfällen im Heim- und Freizeitbereich. Es geschehen hier noch mehr Unglücksfälle als an Arbeitsstätten.

Forscher haben in einer Risiko-Analyse insgesamt 90 unfallträchtige Schwachstellen bei der Hausfrauenarbeit ermittelt. Sie stellten fest, daß Hausfrauen ständig von Verletzungen bedroht sind, und das durch Stechen, Schneiden, Stolpern, Stürzen, Gifte, Gase, Rauch, Nässe, Elektrizität und Lärm. Darüber hinaus drohen Gesundheitsschäden durch Allergien, falsch geplante und gebaute Küchen, die bei Bränden zur tödlichen Falle werden, durch falsch konstruierte Fenster, die sich nur putzen lassen, wenn man eine Artistenausbildung hat.

## Wußten Sie schon, daß . . .

. . . im Jahre 1977 731 813 Unfälle in Schulklassen und auf Schulhöfen registriert wurden? Davon verliefen 2139 Unfälle tödlich; 2028 Kinder und Jugendliche wurden zu Frührentnern. Für ihre Heilbehandlung mußten 183 Millionen Mark bezahlt werden. Bei der Frage nach den Ursachen wurde festgestellt, daß immer häufiger Unfälle durch aggressives Verhalten der Schüler verursacht werden. Offensichtlich entlädt sich die während des Stillsitzens beim Unterricht aufgestaute Energie in den Pausen. Rund 40 Prozent aller Unfälle ereignen sich auf Schulhöfen, etwa 30 Prozent davon sind hauptsächlich auf Aggressionshandlungen der Schüler zurückzuführen.

Untersuchungen haben ergeben, daß die durch Eintönigkeit und Bewegungsarmut aufgestaute Aggressivität durch vermehrte Spiel- und Beschäftigungsangebote abgebaut werden können. Hierzu bieten sich an: Malwände, Rutschen, Torwände, Korbball-Ständer, Hinkelspiele, Kletternetz mit Sandbett, Tischtennis u. ä.

## Wußten Sie schon, daß . . .

. . . im Jahr 1978 auf den Straßen der Bundesrepublik 14 580 Menschen ihr Leben verloren oder innerhalb eines Monats an den Unfallfolgen starben? Insgesamt ereigneten sich 380 138 Unfälle mit Personenschäden. Dabei wurden 508 557 Menschen verletzt. Die Polizei meldete 1 237 000 Unfälle, bei denen nur Sachschaden entstand. Das Verkehrsministerium führt den Rückgang der tödlichen Unfälle um 2,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf ein gestiegenes Sicherheitsbewußtsein der Kraftfahrer zurück. Tempo-Limits, Gurt anlegen, verbesserte Technik und die Erziehung der Autofahrer zu verkehrsgerechtem Verhalten mögen auch ihren Teil dazu beigetragen haben.

Eine jetzt vorgelegte Analyse des Deutschen Verkehrssicherheitsrates (DVR) zeigt an, daß im Jahr 1977 69 548 Kinder im Alter unter 15 Jahren im Straßenverkehr verunglückten. 1354 wurden tödlich, 23 627 schwer und 44 567 leicht verletzt. 38 Prozent der Kinder verunglückten als Fußgänger, 32 Prozent als Radfahrer und 29 Prozent als Mitfahrer in Autos. Die Zahl der Kinderunfälle nahm 1977 im Vergleich zu 1976 um 4,2 Prozent zu. Dem leichten Rückgang bei der Zahl der tödlich verunglückten Kinder um 2,8 Prozent steht eine Steigerung der mit dem Fahrrad verunglückten Kinder um 8,4 Prozent gegenüber.

## Wußten Sie schon, daß . . .

. . . sich in den Betrieben und Verwaltungen der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1977 2 044 431 Berufsunfälle (Wegunfälle, Arbeitsunfälle, Berufskrankheiten) ereigneten? Gegenüber 1976 sind das 15 688 Unfälle weniger. Dies ergibt sich aus dem jährlich erscheinenden Bericht der Bundesregierung über den Stand der Unfallverhütung und des Unfallgeschehens. Bei der Zahl der tödlichen Berufsunfälle (4454) ist im Jahre 1977 gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang von 5 Prozent zu verzeichnen. Insgesamt ist die seit Jahren zu beobachtende Tendenz zu mehr Arbeitssicherheit und damit zu weniger Arbeitsunfällen festzustellen.

## Wußten Sie schon, daß . . .

. . . die Volkswirtschaft Jahr für Jahr durch etwa 25 bis 50 Milliarden DM durch Arbeitsunfälle und ihre Folgekosten belastet wird? Hier wird deutlich, daß zu der sozialen und ethischen Verpflichtung, Schäden für Mitarbeiter der Betriebe und die Bevölkerung zu vermeiden, die wirtschaftliche Notwendigkeit zur Vermeidung von Folgekosten hinzukommt. Der hohe Stellenwert der Unfallverhütung im Arbeitsbereich manifestiert sich in dem Paket von Gesetzen, Verordnungen, Verwaltungsvorschriften, Richtlinien, Unfallverhütungsvorschriften, technischen Regeln usw., die in den letzten Jahren entstanden sind.

Die Unfallverhütungsarbeiten in den Betrieben konzentriert sich vornehmlich auf die technische Unfallverhütung sowie auf die sichere Arbeitsweise und das sicherheitsbewußte Verhalten.

Darüber hinaus gehört zur Fürsorgepflicht des Arbeitgebers die Bereitstellung und die Organisation einer wirksamen Ersten Hilfe. Umfang und Ausgestaltung des betrieblichen Rettungswesens hat sich dabei nach Art und Größe des einzelnen Betriebes auszurichten.

Durch die Heranziehung der Versicherten zur aktiven Mitarbeit, d. h. sich als Ersthelfer zur Verfügung zu stellen, wird die Grundlage für das Funktionieren der Rettungskette geschaffen, deren erstes Glied der gut ausgebildete Ersthelfer ist. Dies verlangt die neue Unfallverhütungsvorschrift. Sie verpflichtet auch den Unternehmer, die für die Durchführung der Ersten Hilfe notwendigen Vorkehrungen zu treffen. Er hat also dafür zu sorgen, daß die zur Leistung der Ersten Hilfe notwendigen Einrichtungen und die zur Rettung aus Gefahr für Leben und Gesundheit erforderlichen Rettungsgeräte wie auch das erforderliche Personal zur Verfügung stehen und jederzeit einsatzbereit sind.

Die Teilnahme an einem Erste-Hilfe-Lehrgang ist kostenlos. Die Kosten trägt die Berufsgenossenschaft. Die Abrechnung erfolgt intern zwischen den ausbildenden Organisationen und den Berufsgenossenschaften.

Postvertriebsstück – Gebühr bezahlt  
Vertrieb: A. Bernecker,  
Postfach 140, 3508 Melsungen  
Vertriebskennzahl G 2766 EX

# Zivilschutz - plakativ dargestellt

Einen Plakatwettbewerb zum Thema „Zivilschutz“ veranstaltete der Bundesverband für den Selbstschutz zu Beginn dieses Jahres. Die Resonanz war erfreulich groß – die Jury hatte es nicht ganz einfach, die besten Arbeiten aus knapp 1600 Einsendungen auszuwählen, zumal sich an dem Wettbewerb nicht nur professionelle Grafiker, sondern auch Jugendliche und Studenten beteiligten. Die Preisverleihung nahm der sicherheitspolitische Sprecher der F.D.P.-Fraktion im Deutschen Bundestag, Jürgen W. Möllemann, vor, der in seiner Rede u. a. hervorhob, daß es keine Konkurrenz und keine Rivalität zwischen der militärischen Landesverteidigung und der Zivilverteidigung geben dürfe. Der Plakatwettbewerb sei ein guter Anlaß und Weg, das Thema Zivilschutz der Bevölkerung nahe zu bringen. Den ersten Preis erhielt Ursula Lanz aus Darmstadt, die einen Regenschirm gegen jegliche Gefahren als Symbol für den Zivilschutz kreiert hat (Titelseite); den zweiten Preis gewann Rainer Kamp aus Katensen, dessen Plakat unter dem Motto steht: „Was ist, wenn?“; der dritte Preis fiel an Heinz Hessler aus Dettenhausen für seine ironische, naive Zeichnung (siehe unten und Beitrag im Innern dieses Heftes).



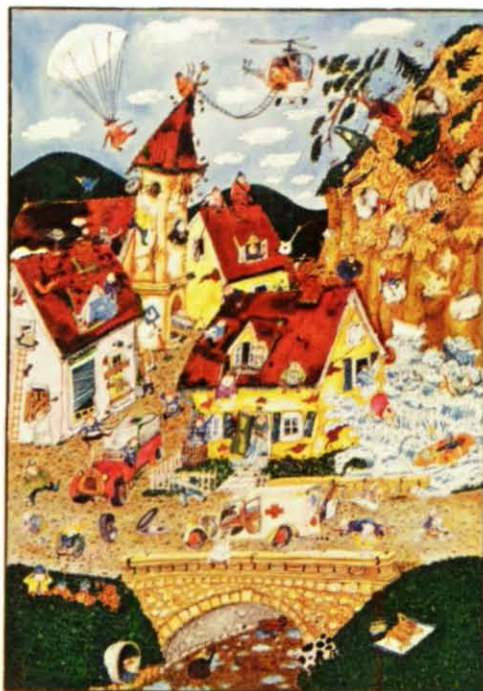
Täglich  
Katastrophen-  
weit entfernt  
wir sind nur Zuschauer  
uns kann nichts passieren...  
...oder?

# was ist, wenn..?

Bitte informieren Sie sich beim  
Bundesverband für den Selbstschutz  
Postfach 50000 Köln 41



...deshalb:



# Zivilschutz!